

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Die nächste Niederlage der NATO

Am 15. August 2021 rückten die Taliban in Kabul ein und beendeten den 20jährigen Besatzungsterror der NATO. Wegen „uneingeschränkter Solidarität mit den USA“ hatte SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Anschlägen des 11. September 2001 gegen Widerstand auch in der eigenen Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen deutsche Soldaten nach Afghanistan geschickt. Im Bundestag kam es zu Tumulten, als sich die damalige PDS gegen den Krieg wandte. Die Vertreter aller anderen Fraktionen erläuterten ihr, die deutsche Landesverteidigung müsse auch am Hindukusch stattfinden, und im übrigen sei die Bundeswehr im Rahmen der NATO dort, um Brunnen zu bohren und Mädchenschulen zu errichten. Nach 20 Jahren dieser segensreichen Tätigkeit waren mehrere Hunderttausend Einheimische tot, und die Taliban galten der Bevölkerung als die einzigen, die sie gegen den kolonialistischen Westen und dessen korrupte Marionetten verteidigen konnten. Die Bilder der panischen Flucht von NATO-Soldaten erinnerten an die vom Sieg Vietnams über die USA 1975.

Auf den Tag genau vier Jahre nach jenem 15. August trafen sich US-Präsident Donald Trump und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin auf einem US-Armeestützpunkt in Alaska. Westeuropäische Politiker und ihre Medien hatten vorab den Gipfel für sinnlos und überflüssig erklärt. Noch am Mittwoch zuvor hatte Bundeskanzler Friedrich Merz im Beisein Wladimir Selenkis in Berlin fünf Bedingungen für die Gespräche Trumps mit Putin formuliert. Eingeladen wurde aber weder ein westeuropäischer Politiker noch die Marionette aus Kiew. Sie mußten an jenem Freitag aus der Ferne mit ansehen, wie Trump seinen Gast demonstrativ als Gleichrangigen begrüßte und damit faktisch verkündete: Die NATO hat auch diesen Krieg, ihren ersten heißen gegen Rußland, verloren. Offensichtlich war die Weltkriegsgefahr so gestiegen, daß dieser „Dringlichkeitsgipfel“, wie ihn die SPD-Außenpolitikexpertin Petra Erler nannte, nötig wurde. Nach ihren Worten fand er als Versuch statt, „zu retten, was noch zu retten ist. So wie es ist, darf es nicht weitergehen.“

Das Treffen hat die westeuropäischen antirussischen Kriegsherren zu politischen Bankrotteuren gemacht. Denn bis zum zweiten Amtsantritt Trumps im Januar 2025 hatten sein Vorgänger Joseph Biden und sie erklärt, mit Putin könne nur gesprochen werden, wenn Rußland wirtschaftlich



„Streben nach Frieden“ (Anchorage, 15. August)

am Boden und militärisch geschlagen sei. Das war ebenso grotesk wirklichkeitsvergessen wie gefährlich, insofern kam die jetzige Niederlage mit Ansage. Im Juni-Heft 2014 des „RotFuchs“ schrieb zum Beispiel Klaus Steiniger: „Die Imperialisten haben die erste große Niederlage seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas einstecken müssen. Der Versuch von NATO und EU, sich durch einen von Faschisten und Antisemiten angeführten Staatsstreich die Ukraine im Frontalstoß zu unterwerfen und Rußlands wichtigstes Nachbarland in ihr Blocksystem einzugliedern, ist gescheitert.“ Damals nannte US-Präsident Barack Obama Rußland verächtlich eine „Regionalmacht“, und das Titelblatt des „RotFuchs“ zeigte eine Grafik Gertrud Zuckers, auf der eine Obama-Sprechpuppe das verkündet. Das ist mehr als elf Jahre her. Der NATO-Krieg hat seitdem ungezählte Opfer gefordert. Ist der Imperialismus bereit, seine Gier nach Land, Leuten und Reichtümern mit offener Gewalt zu befriedigen, kennt er kein Halten. Im Krieg gegen Rußland haben sich aber insbesondere die westeuropäischen Länder selbst wirtschaftlich am meisten geschadet, allen voran die Bundesrepublik. Sie sind heute nach den Embargomaßnahmen gegen Rußland von den USA abhängiger denn

je. Dennoch ist offen, ob sich der Realismus, den Trump im Fall Ukraine an den Tag legt und in Anchorage besiegelte, in EU und NATO durchsetzen kann. In Fanatismus stehen die westeuropäischen Wertekrieger den Taliban nicht nach. Hinzu kommt: Sie haben in der Ukraine faschistische und nationalistische

Ideologie planmäßig gefördert. Das Bannera-Land spielt inzwischen eine wichtige Rolle beim faschistischen Vormarsch in den westlichen Ländern.

Denn wer unentwegt Krieg führt, will keine aufgeklärten Bürger und keine bürgerliche Demokratie, sondern Gefolgschaft. Die Niederlage wird daher die Verlierer nicht zur Besinnung bringen. Die ab 2026 geplante Stationierung neuer US-Raketen gegen Rußland in der Bundesrepublik ist nicht abgesagt. Sie muß von allen, die für Frieden und Demokratie eintreten, verhindert werden!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Von der Zeitenwende zur Systemwende	3
Militarisierung im Gesundheitswesen	6
Gier	8
Unser Planet muß weiterleben	9
USA zwischen Zerfall und Widerstand	11
Krise, Krieg, Profit	12
Friedensplan wird Gegenstand der Gipfelpolitik	13
Die Atombombenlüge	16
„Ich bin rechts“	17
Fünf Tage Krieg in Südostasien	18
Westafrika vor Zerreißprobe?	20
Unbekannte Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen	21
„Objektiv“ sein oder Partei ergreifen?	23
Wer leistete den Nazis Widerstand?	25
Die bewaffnete Selbstbefreiung von Mauthausen	26
Faschistische Ideologie und Imperialismus	27
Die falsche Offiziersuniform	28
„Sie lesen ja ein Buch ...!“	32
Landbaumeister auf Rügen	33
Theo Balden zum 30. Todestag	34

Auszug aus dem Aufruf zur bundesweiten Demonstration in Berlin und Stuttgart am 3.10.2025

Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!

Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels, würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. Die Hochrüstung führt zu massiver Verschuldung, drastischem Sozialabbau und der Militarisierung der Gesellschaft. Dies geht insbesondere auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Kranken sowie der arbeitenden Menschen. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut. Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Stopp des Hochrüstungskurses. Stattdessen Abrüstung für Soziales, Klima und Entwicklung.

- Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Entschlossenen Einsatz für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen.
- Nein zur Wehrpflicht.
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft. Keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit.
- Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern und von Krieg bedroht sind.
- Diplomatisches Engagement für ein schnelles Ende der Kriege in Europa und im Nahen und Mittleren Osten.
- Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Unsere Vision bleibt eine Welt ohne Atomwaffen und Krieg. Wir fordern gemäß der UN-Charta, auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu verzichten. Es braucht die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. (...)

Wir wollen:

- Diplomatische Initiativen. Nur Verhandlungen und Abrüstung schaffen Sicherheit.

- Eine neue Entspannungspolitik für Europa, die die Friedens- und Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.
- Politische Konfliktlösungen, Friedenslogik und eine Kultur des Friedens.

(...)

Frieden ist die Grundlage für ein gutes Leben künftiger Generationen. Deswegen demonstrieren wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart!

(...)

Vorbereitungskreis: Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden

Dieses Bündnis ist entstanden aus der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ und einem Aktionsbündnis innerhalb der Friedensbewegung, an dem u.a. ICAN, DFG-VK, IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben und pax christi beteiligt sind. Wir wollen zwei bundesweite große Demonstrationen zeitgleich in Berlin und Stuttgart durchführen, die die verschiedenen Flügel der Friedensbewegung gemeinsam repräsentieren.

„Trotz ununterbrochener Propaganda schwindet die Unterstützung für die Politik des Kanzlers in der Bevölkerung“, schrieb die UZ (DKP) am 15.8. „Es ist gut, daß die Friedensbewegung gerade jetzt auf der Straße ist und weitere Proteste vorbereitet.“

Da war die Kundgebung Anfang August vor dem Brandenburger Tor, die aus dem Spektrum der Kritiker der Corona-Maßnahmen vorbereitet worden war. Da waren die dezentralen Aktionen zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zu nennen sind die Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1. September oder die vielen Aktionen der Palästina-Solidarität und vieles andere mehr.“ RF informiert über eine weitere bemerkenswerte Initiative aus Berlin.

LEBENSLAUTE – ein Aktionsorchester spielt auf

Das Aktionsorchester „Lebenslaute“ (www.lebenslaute.net) war im August mit etwa einhundert Musikerinnen und Musikern, Chor und Orchester in mehreren Städten, u.a. in Eisenhüttenstadt, Potsdam und Berlin, unterwegs.

So gedachten die Mitglieder des Orchesters am 9. August mit ihrem Konzert in Potsdam – gemeinsam mit unterstützenden Gruppen – des 80. Jahrestages des US-Atombombenabwurfs auf Nagasaki und riefen zur Beendigung der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten auf. Anschließend bot das Orchester in der Französischen Kirche ein Programm mit Werken von Mozart und Schostakowitsch sowie Musik aus vielen Ländern der Erde, Morricone, Rap und Klassik.

Unter dem Motto „Mit Pauken und Trompeten gegen Grenzzäune und Raketen“ verband die Gruppe ihre Solidarität mit Geflüchteten und von Abschiebung Bedrohten mit dem Protest gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesrepublik in der sogenannten Zeitenwende. Sie machten deutlich: Krieg ist der wichtigste Antreiber der globalen Fluchtbewegungen. Deutschland ist daran führend beteiligt. Einen Tag zuvor gab es sogar eine musikalische Besetzung der Baustelle des neuen Bundespolizeipräsidiums in Potsdam. Trotz des zum Teil aggressiven Verhaltens von Bundespolizei-Beamten gegen Pressevertreter konnten sie das Aktionsorchester nicht daran hindern, den Konzertort zu erreichen. Einzelne Beamte gingen gezielt

gegen das Zeigen des Transparents „Mit Pauken und Trompeten gegen Grenzzäune und Raketen“ vor.

Die Bauarbeiten wurden für den Tag abgebrochen. Zwischen den Musikstücken wurde eine weithin deutlich vernehmbare Aufforderung an Beamte der Landesregierung verlesen, das Grundgesetz zu achten und ihrer Remonstrationspflicht nachzukommen.

Das Konzert war der Höhepunkt der Aktionswoche, in der die Akteure auf die Verbindung von deutscher Kriegstüchtigkeits- und Aufrüstungspolitik mit der rassistischen und menschenrechtswidrigen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der medialen und gesellschaftlichen Hetze im Land aufmerksam machten.

Von der Zeitenwende zur Systemwende

Der Weg zwischen dieser und jener Wende ist für die im transatlantischen Gehorsam eingebundenen Medien (die vierte Gewalt) eine Herausforderung, vor deren Bewältigung sie schon längst kapituliert haben – falls sie sie jemals als eine solche erkannt bzw. angenommen haben. Der Soziologe Hartmut Rosa hat in einem längeren Interview mit der „Berliner Zeitung“ am 13. Juli auf die Frage, welche Rolle und Verantwortung er für sich selbst sowie für die Geistes- und Sozialwissenschaften insgesamt in der aktuellen Lage sähe, geantwortet: „Um ehrlich zu sein, habe ich keine große Lust auf Interviews wie dieses, da ich bereits ahne, welche Konsequenzen sie haben werden. Es gibt wieder einen gewaltigen Shitstorm. Ich werde dann als Putin-Freund, Naivling, Ewiggestriger usw. bezeichnet. Wer hat schon Lust, sich dem freiwillig auszusetzen? Deshalb frage ich mich immer: Soll ich das eigentlich machen? Und ich komme zu dem Ergebnis: Ja, ich glaube, es gibt eine Pflicht dazu. In gewisser Weise würde ich sagen, ich werde dafür bezahlt.“ Als ich diese Sätze las, mußte ich an „Flüsterwitze“ im Faschismus denken, als die Verbreitung „systemzersetzer“ Witze staatliche Ahndung und den Vorwurf der Wehrkraftersetzung zur Folge hatte.

Wie sagte schon Theodor Adorno: „Das Leben endet jäh. Demokratien können auch jäh enden, und meist merkt man es nicht – oder erst spät.“ Ein solcher Prozeß erfolgt in der Tat in so kurzen Schritten, daß es schwierig ist, sie gleich auf den ersten Metern wahrzunehmen. „Diese Entwicklung“, so der Journalist und Autor Jakob Schirrmacher, „vollzieht sich nicht etwa in Diktaturgesten, vielmehr im Namen der Demokratie selbst – und genau darin liegt die Gefahr. Die Verteidigung der demokratischen Ordnung ist zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Einschränkung geworden. ... Die wahre Gefahr für die Freiheit entsteht nicht durch ihre Gegner, sondern durch jene, die sie mit Bedingungen verknüpfen. Wer nur dann für Meinungsfreiheit eintritt, wenn er der Meinung zustimmt (*also nur mit den Wölfen heult, H. Sch.*), hat sie nicht verstanden. ... Eine offene Gesellschaft erkennt man nicht durch ihre Parolen, sondern an ihrem Umgang mit Abweichung. Und an ihrer Fähigkeit, Kritik nicht als Bedrohung, sondern als Prüfung ihrer Reife zu begreifen. ... Kaum ein Begriff wurde dabei so umgedeutet wie der der ‚Zivilgesellschaft‘. Gemeint soll damit nicht die Fähigkeit sein, Widerspruch auszuhalten – vielmehr die Fähigkeit, ihn vorab zu neutralisieren. ... Die Demokratie soll nicht mehr streitbar, sondern stabil sein. Nicht mehr offen, sondern ordentlich. Nicht mehr plural, sondern

planbar. ... Folglich wird jede abweichende Position als Realitätsverweigerung gebrandmarkt. Das wichtigste Fundament der Meinungsfreiheit basiert indes auf dem Vertrauen darauf, daß ein Satz nicht nur geduldet, sondern gehört wird.“ Ergänzend hierzu ein Zitat, das Voltaire zugeschrieben wird: „Ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich würde mein Leben dafür geben, daß Sie sie äußern dürfen.“

überwunden werden, die Menschen normalerweise gegenüber der Idee haben, andere umzubringen. Soldaten werden gezielt so trainiert, daß es ihnen im Zweifelsfall leichtfällt, Menschen zu töten. Kriegstüchtigkeit heißt, daß sich unsere Gesellschaft darüber Gedanken macht, wie wir bessere Instrumente entwickeln, um andere Menschen umzubringen. Zeitenwende bedeutet also, daß wir besser in der materiellen und kulturellen Tötungstechnologie werden



Vom 8. Mai 1945 zur Zeitenwende-Rede (27. Februar 2022)

Für einen großen Teil des politischen und medialen Establishments blieb die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 (mit ihrem Kernsatz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“) so unverdaulich, daß sie bis heute Schluckbeschwerden auslöst. Nicht zuletzt deshalb ging ein Aufatmen durch die Reihen vieler politischer Akteure und ihrer Sprachrohre, als Olaf Scholz als Bundeskanzler den Begriff der „Zeitenwende“ in den Diskurs einführte, als Schlußfolgerung daraus, daß der Krieg nach Europa zurückgekehrt sei. Was folgte, war der bis heute andauernde Versuch, die Bevölkerung einer Gehirnwäsche zu unterziehen, in der Absicht, sie davon zu überzeugen, daß Kriegstüchtigkeit das gleiche wie Verteidigungsfähigkeit bedeute. Dem ist entschieden zu widersprechen. Der Begriff der Zeitenwende steht für eine neue Mentalität. „Kriegstüchtigkeit bedeutet“, so Hartmut Rosa, „daß man sich darauf vorbereitet, Krieg zu führen, also zu töten und getötet zu werden. Dafür muß die Hemmung

und bereit sein müssen, sie anzuwenden – das ist eine Katastrophe.“ Deshalb wird Zeitenwende, wenn man schon diesen Begriff aufnimmt, zwingend begleitet von einem quasi verordneten Gesinnungswandel in der Bevölkerung.

Von der Gesinnungswende zur Kriegsertüchtigung

Klaus Wittmann ist ein Brigadegeneral a. D. Seit geraumer Zeit ist er aber wieder i. D., womit ich sagen will, daß er im Dienst der „Berliner Zeitung“ diejenigen Leserinnen und Leser bedienen darf, die sich der Kriegsertüchtigung verschrieben haben oder dies künftig tun sollen. Seine Beiträge werden auf der „Open Source“-Seite veröffentlicht. Open Source bietet Autorinnen und Autoren die Möglichkeit, Texte mit inhaltlicher Relevanz und professionellen Qualitätsstandards anzubieten. So weit, so gut. Ich verstehe diesen Satz aber so, daß die Redaktion letztlich entscheidet, ob ein Beitrag gemäß diesen Kriterien gedruckt wird. Wittmanns jüngstes Opus (8. Juli 2025) steht unter

dem Titel: „Putin versteht nur die Sprache der Stärke“. Unter der Zwischenüberschrift „Kehrtwende der Rußlandpolitik“ schreibt Wittmann: „Der russische Präsident hat in seinem Schreiben an NATO und US-Regierung vom 17. Dezember 2021 geradezu ultimativ seine Ziele für die Unterwerfung Europas verlautbart ...“

Ich lasse den Satz fürs erste so stehen und gehe auf das von Wittmann genannte Datum ein: Der 17. Dezember 2021 ist mir in guter Erinnerung. Damals hat Rußland der NATO und den USA jeweils einen Vertragsentwurf zukommen lassen, der Sicherheitsgarantien für beide Seiten rechtsverbindlich festlegen sollte. Seine wichtigsten Punkte:

- Beide Seiten sollten bestätigen, sich nicht als Gegner zu betrachten.
- Rückkehr zu den Prinzipien der „gleichen und unteilbaren Sicherheit.“
- Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt.
- Verzicht darauf, Situationen zu schaffen, die eine Seite als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit ansehen könnte.
- Wiederbelebung des NATO-Rußland-Rates und anderer bi- und multilateraler Gesprächsformate.
- Rückzug der westlichen Streitkräfte und Waffensysteme auf das Niveau vor der ersten NATO-Osterweiterung.
- Verzicht einer Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen in Gebieten, von denen aus sie das Hoheitsgebiet der anderen Partei angreifen könnten
- keine weitere Ausdehnung der NATO (insbesondere nicht um die, namentlich genannte, Ukraine).
- Verzicht der NATO auf militärische Aktivitäten auf dem Gebiet der Ukraine sowie anderer Staaten Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens.
- Einrichtung eines weitgehend entmilitarisierten Korridors zwischen NATO und Rußland.

„Diese Angebote haben wir selbstverständlich unverzüglich abgelehnt“, so der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Besitz eingebildeter militärischer Stärke. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Brigadegeneral die russischen Vorschläge wie auch Stoltenbergs Reaktion nicht kennt. Deshalb bieten sich Wittmann nur zwei Auswege an. 1. Er beruft sich auf den Ex-Kanzler Helmut Schmidt, der einst gesagt hat, daß Journalisten schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Daß sie sogar etwas schreiben dürfen, von dem sie wissen, daß es falsch ist. 2. Wenn er sich diese Sichtweise zu eigen macht, müßte er sich einer Kernaussage der regierenden Koalition entgegenstellen, derzufolge „die bewußte Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen“ unter

Strafe zu stellen ist. Wenn er das nicht tut, müßte er wegen der Verbreitung propagandistischer NATO-Narrative sanktioniert werden.

Die eigentlichen Realitätsverweigerer bedienen sich einer Sprache, die dem Bellens getroffener Hunde vergleichbar ist, wobei – Vergleiche hinken immer – Hunde ihren Durst in der Regel nicht aus einer stinkenden Kloake stillen. Aus dieser schlürften die Qualitätsmedien und die ihnen dienenden „Experten“ auf den Stühlen der personell einseitig besetzten Talkshows, wo sie völlig enthemmt auf die „unbelehrbaren Friedensapostel“ der Verfasser des SPD-Friedensmanifests unter dem Titel „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“ einprügeln durften. Der Historiker Karl Schlögel, der im Oktober mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt werden soll, verlor in einer dieser Talkshows die Contenance und stellte die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht an die Seite der AfD, begleitet von „Silent Ovations“ der anderen Teilnehmer der Runde ...

Von der Kriegsertüchtigung zur Systemfrage

Bei aller berechtigten Wut und Empörung über diese gelenkten Diskurse muß die Frage gestellt werden, wer eigentlich verantwortlich für die Züchtung der hysterischen Russophobie ist und wessen Interessen sie dient. Der Filmhistoriker und Publizist Detlef Kannapin gibt auf diese Frage eine auch in ihrer Kürze schlüssige Antwort: „In Gesellschaften mit dem Strukturprinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln und dem Zwang der Profitmaximierung sind die Medien als Transportmittel von Information und Ideologie logischerweise dem gleichen Prinzip unterworfen. ... Der behauptete Idealzustand war im Kapitalismus immer mit der Heuchelei verbunden, sich selbst als ‚vierte Gewalt‘ im Staat zu bezeichnen, obwohl eben dieser Staat als Integrationsfaktor zur Aufrechterhaltung des Privateigentums diese beanspruchte Funktion schon per definitionem ausschließt.“ („junge Welt“, 26. Juni)

Vor 90 Jahren, 1935, fand der Erste Internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur statt, der sich gegen die weltweite Bedrohung durch den Faschismus richtete. Der Kultur- und Literaturwissenschaftler Jürgen Pelzer geht in seinem Beitrag (jW, 23. Juni) der Frage nach den Ursachen der faschistischen Gefahr nach und gibt die Position Bertolt Brechts wieder: „Er bezog sich auf die Greuel des Faschismus, der ‚die westliche Kultur in Blut und Schmutz erstickt‘. Freilich wies Brecht sofort darauf hin, daß das Erschrecken über diese Greuel oder sogar deren Darstellungen, so wichtig sie seien, noch nicht viel zur

Bekämpfung solcher Greuel beitrage. Der bloße Affekt, der Aufschrei, das entsetzte Aufspringen, helfe nicht bei der Abstellung der Greuel. Brecht ging noch weiter und bemerkte, daß der Zorn über das schreiende Unrecht, das Mitleid mit den Mißhandelten ‚ausgehen kann‘. Die Häufung der Verbrechen mache diese letztlich sogar unsichtbar. Das Unrecht gelte als unvermeidbare, erwartbare Tatsache, an der sich wenig ändern lasse. Der Beobachter wende sich ab, da er nicht eingreifen könne: ‚Selbst der beste Mensch verweilt nicht bei dem Schmerz eines anderen.‘ Doch statt der emotionalen Reaktion lasse sich nach dem Hintergrund fragen, nach den Motiven für die Schläge, die auf das Opfer niedergehen. Man könne fragen: ‚Warum fällt der Schlag? Warum wird die Kultur über Bord geworfen wie ein Ballast?‘, wobei jene Reste von Kultur, die übriggeblieben seien, ohnehin wenig gelten angesichts von Millionen Menschen, die ‚verarmt, entblößt, halb oder ganz vernichtet‘ sind. Brecht gab sich nicht mit dem Argument zufrieden, die öffentlich angewandte Gewalt sei ein Zeichen allgemeiner Verrohung, denn dann komme die Rohheit von der Rohheit, die Barbarei von der Barbarei. Vielmehr zelebriere der Faschismus geradezu einen Kult der rohen Gewalt, des rücksichtslosen Durchgreifens, wie er gleichzeitig Kriegsbereitschaft, Selbstzucht und Opfersinn propagiere und diese als ideale und wahre Kultur im nationalen Sinn hinstelle. Zu fragen sei deshalb nach den wahren Ursachen der Verrohung, die letztlich in den Eigentumsverhältnissen, im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf, zu suchen seien. Die Grausamkeiten des Faschismus seien dementsprechend zwangsläufig, sie seien gewollt und nötig. Es wäre deshalb ein Fehler, die immer wieder berichteten Grausamkeiten als unnötig oder übertrieben hinzustellen.“

Auf der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz hat Ulrike Eifler, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft der PDL, die Defizite sowohl der Gewerkschaften wie auch der Friedensbewegung aufgezeigt („Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“). Die Friedensbewegung und die Gewerkschaften sind aufeinander angewiesen. Der Kampf gegen den Wahnwitz der Hochrüstung und Kriegsvorbereitung müsse mit der sozialen und der Klassenfrage verknüpft werden. Die Sorge, daß dies geschieht, treibt den Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Rainer Dulger, bereits um. Gegenüber dpa erklärte er: „Ich weiß nicht, wie lange unsere Demokratie das noch aushält, bevor einige hier die Systemfrage stellen.“ Einige? Millionen!!

Kriegsvorbereitung oder Schauspiel für das Volk?

Faktisch in Ergänzung des Beitrages von Achim Seider „Nationalsozialismus? Nein, Faschismus!“ im Juni-RF liegen ca. fünf Kilo neue, öffentlich zugängliche, in Hochglanz aufbereitete Magazine der Bundeswehr für jede Waffengattung vor mir. Auch an die Kinder der Militärs wurde mit einer Broschüre gedacht. Der Inhalt der Dokumente kommt ganz unverfänglich daher, keine vordergründige Ausrichtung auf einen von den Politikern beabsichtigten und geplanten Krieg. Es wird auch auf den Begriff „Kriegsbereitschaft“ verzichtet. Der Trend ist trotzdem unverkennbar sichtbar. Aufrüstung um jeden Preis und mentale kriegsbezogene Ausrichtung der Bundeswehr, um dem als sicher geltenden „Angriff der Russen“ 2029/30 widerstehen zu können. Bis dahin muß nicht nur die Verteidigungsfähigkeit gegen wen auch immer, sondern die Kriegsbereitschaft festgezurrert sein. Alles, um angeblich Frieden zu wollen und die „Demokratie“, die sie seit Jahrzehnten zur Hure gemacht und seitdem zusehends verhackstückt haben, zu verteidigen.

Werfen wir einen Blick in die Zeitschrift der Bundeswehr „Ostflanke“ und „Bevölkerungsschutz“:

„**Ostflanke**“: Die Zeitschrift trägt den Untertitel „Bedrohung, Schutz und Reaktion“. Gestellt wird die Frage: „Was wäre, wenn die Russen angreifen würden?“ Eigens deshalb wurde dauerhaft eine deutsche Bundeswehrbrigade in Litauen installiert. Die Deutschen kehrten also dorthin zurück, wo sie vor 80 Jahren schon mal waren. Und das soll bei den Russen nicht die Alarmglocken läuten lassen, wenn das deutsche Balkenkreuz wieder wenige Kilometer vor der russischen Grenze auftaucht?

Der Kriegsminister fordert, die militärische und die gesamte Infrastruktur

Deutschlands auf den „kommenden Ernstfall“ auszurichten. Deutschland muß als Durchmarschgebiet der NATO-Truppen gegen Osten entsprechend ertüchtigt werden. Das solche Planspiele beiderseits im kalten Krieg stattfanden, hielt man damals für normal, weil es die NATO einerseits und den Warschauer Vertrag andererseits gab und damit eine militärische Pattsituation entstanden war. Dies änderte sich, als Gorbatschow unter Verlust seines strategischen Denkvermögens 1990 einseitig die Pattsituation aufgab. Rußland wurde absichtsvoll von der NATO durch die Osterweiterung umzingelt.

„**Bevölkerungsschutz**“: Im voraussehlenden Gehorsam spricht der Leiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Ralph Tiesler davon, beschleunigt die Pläne zum Ausbau und zur Modernisierung seiner Zivilschutzinfrastruktur zu realisieren, um sich auf einen möglichen Krieg mit Rußland vorzubereiten. So sollen Tiefgaragen, U-Bahn-Tunnel und öffentliche Keller in Schutzräume umgewandelt werden, in denen eine Million Menschen untergebracht werden können und die komplett mit Lebensmitteln, Toiletten und Schlafräumen ausgestattet sind. Und was wird mit den verbleibenden 80 Millionen Einwohnern der BRD? Glaubt man ernsthaft, in einem atomaren Inferno in einer Tiefgarage überleben zu können? Selbst wenn, wie sollte dann in einer total verwüsteten und verstrahlten Umwelt ein Weiterexistieren möglich sein? Doch Tiesler ist davon überzeugt: „Nahezu jeder Keller kann zu einem sicheren Ort bei Angriffen werden.“

Notfall-Warn-Apps sollen künftig Anweisungen für den Fall von Raketenangriffen enthalten, weil die Bevölkerung wissen

müsse, wie sie sich verhalten solle, wenn Raketen und Marschflugkörper auf dem Weg sind. Pistorius denkt dabei an Hypererschallraketen, bei denen nur wenige Minuten oder Sekunden Reaktionszeit verbleiben. Zugleich schließt er aus, daß russische Panzer nach Berlin kommen.

Ja, was denn nun, Herr Kriegsminister Pistorius? Kommen die Russen nun oder kommen sie nicht? Die politische Schizophrenie kennt keine Grenzen.

Achim Seider schreibt „Rüstung schafft also, wie wir wissen, nicht nur keine gesellschaftlich nützlichen Gebrauchswerte, sondern auch keine Werte. Sie frißt sie lediglich auf. Für die Rüstungskonzerne ist zudem ein riesiger Vorteil, daß sie für den möglichst baldigen einmaligen Verbrauch produzieren“. Mit anderen Worten, Rüstungsunternehmen produzieren für den Krieg. Wozu und wofür sonst? Pappberger von Rheinmetall kann ja vor Kraft kaum laufen, weil die Aktienkurse in traumhafte Höhen steigen. Das gesellschaftliche Vermögen wird nutzlos in die Rüstung gepumpt und verbildend mit Verteidigungsfähigkeit und Friedenssicherung begründet. Letztlich bezahlt das Volk seine Verarmung selbst zugunsten derer, die sich daran dumm und dämlich verdienen. Ich denke nur an den Diener, Höfling und Komiker des Kapitals Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum, der damit schwadronierte, daß die Menschen nichts mehr besitzen würden, aber glücklich wären. Solche gedanklichen Ausgeburten werden doch nicht in der kalten Küche geboren. Sie sind Kalkül, Ziel und Richtung für das Vorgehen dieser Kriegstreiber.

Reiner Neubert
Berlin



KEEP SMILING ODER DAS LÄCHELN DER KRIEGSBEREITEN *

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.
Das meinen die Herren Krawattenträger
Und lächeln zum Beisein der Panzerjäger.
Im Hintergrund das Rohr – noch ruht es.

Was will uns das bunte Foto sagen?
Die Fröhlichkeit wirkt aufgesetzt.
Noch sind die Beteiligten unverletzt.
Schuldet das Bild etwa Fragen?

* Verteidigungsminister Boris Pistorius und Bundeskanzler Friedrich Merz zugeeignet.

Lutz Jahoda

Militarisierung im Gesundheitswesen

Kriegsgeschrei. Martin Wolff, Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr: „Die Ukraine ist nicht der eigentliche Kriegsgegner. Wir sind es: Deutschland als Drehscheibe der NATO auf dem europäischen Kontinent“. Das Gesundheitswesen soll nach der Fuchtel des Militärs in die Kriegsvorbereitung tanzen. „Das gesamte Gesundheitssystem muß mit Blick auf Szenarien der Landesverteidigung raus aus dem Dornröschenschlaf, wir müssen uns auf ein Kriegsszenario vorbereiten“, klärt Generaloberstabsarzt Ralf Hoffmann, Be-

Gegenantrag von sechs Delegierten wurde nicht zur Abstimmung gestellt. In ihm hieß es: „Als Ärztinnen und Ärzte wissen wir, daß wir bei der Gefahr heutiger kriegerischer und/oder sogar atomarer Auseinandersetzungen keine sinnvolle Hilfe leisten können. (...) Die deutsche Ärzteschaft darf sich nicht an der fatalen Illusion beteiligen, die Auswirkungen von Kriegen und erst recht von Atomkriegen wären mit medizinischer Unterstützung beherrschbar. Beschränken wir uns darauf, unsere Tätigkeit in den Dienst der Menschlichkeit und für den Erhalt und die Wiederherstel-

es im Bereich Personal, Ausstattung oder in bezug auf Steuerungsinstrumente, mit denen wir die Zusammenarbeit koordinieren.“ Selbst die ansonsten gähnend langweilige „Apotheken-Umschau“ titelte am 25.4.2025: „Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach fordert, Deutschland müsse die medizinische Versorgung im Inland auf einen möglichen Kriegsfall vorbereiten.“ In der Tat sind die Krankenhäuser nicht „auf einen großen militärischen Konflikt vorbereitet“, analysiert das Handelsblatt vom 17.7.25, es brauche „eine komplette Neuausrichtung“. Der Zeitenwende-These, daß die Kriegsertüchtigung der Zivilmedizin überfällig sei, widersetzen sich nur wenige. Ganz im Stil einer Frontberichterstattung drehen sich die Ausgaben der „Ärztezeitung“ oder der „Pharmazeutischen Zeitung“ neuerdings darum, wo all das Geld und das Personal für den militaristischen Umbau des Gesundheitswesens herkommen soll, und darum, wie Krankentransporte, Notaufnahme, Chirurgie und Intensivstationen sich gegen den erwarteten „Massenanfall von Verletzten“ (MANV) wappnen können. Nach wie vor orientiert sich alles an der Vorgabe von Ex-Gesundheitsminister Karl Lauterbach aus dem März 2024: „Nichtstun ist keine Option. Es braucht auch eine Zeitenwende für das Gesundheitswesen. Zumal Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte. Im Krisenfall muß jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Gesundheitsamt wissen, was zu tun ist.“ Solche Wünsche treffen indes auf eine gegenläufige Wirklichkeit: 2024 wurden in Deutschland 23 Krankenhäuser geschlossen; hinzu kommen zahlreiche Schließungen von Abteilungen, darunter 13 Geburtshilfestationen. Über 90 Krankenhäuser sind im laufenden Jahr von der Schließung bedroht. Da die Zahl der Krankenhäuser stetig sinkt, dezimiert sich auch die Zahl der Patientenbetten. Waren es zu Beginn der 90er-Jahre noch etwa 665 500, sind es aktuell um die 470 000. Wie das in Anzahl, Personal und Ausstattung kaputt rationalisierte zivile Gesundheitswesen nun auch noch „kriegstüchtig“ werden soll, darauf gibt es letztlich nur die eine Antwort: Diejenigen, die es im Kriegsfall nicht schaffen, überhaupt eine Klinik zu erreichen, bleiben auf der Strecke; diejenigen, die die Schwelle zur Notaufnahme überschreiten, dürfen sich mit hundert anderen Verletzten glücklich schätzen, wenn sie nach langem Warten ein Bett unter Feldlazarettbedingungen zugewiesen bekommen. Die Hauptlast im Kriegsfall tragen zivile Kliniken und niedergelassene Ärzte, das ergibt sich schon aus den Zahlen,



Am 24. Juli protestierten die „Ärzte gegen den Atomkrieg“ vor der Berliner Charité

fehlshaber des Zentralen Sanitätsdienstes der Truppe die Ausgangslage. Die Vorstände der Ärzte- und Apothekerverbände und im Gefolge die Rettungsdienste (Malteser, Johanniter, Rotes Kreuz) folgen geflissentlich. Auf dem 129. Deutsche Ärztetag (Leipzig, 27.5.–30.5.2025) beschloß die Mehrheit der 250 Delegierten folgende Leitlinien: „In allen zukünftigen Maßnahmen des deutschen Gesundheitssystems müssen Krisen unterschiedlicher Ursachen und militärische Bedrohung, hybride Angriffe, der Bündnis- sowie der Landesverteidigungsfall mitgedacht werden. Das Gesundheitssicherungsgesetz (...) muß zügig finalisiert und verabschiedet werden. Wesentlich ist, daß Zuständigkeiten und Prozesse auch in Krise und Krieg klar verständlich formuliert und funktional ausgerichtet sind. Resilienz erfordert Reserven! Deshalb müssen alle Leistungserbringer des Gesundheitssystems auch für die Phasen von Krise und Krieg, zivil wie militärisch, hinreichend ertüchtigt werden.“ Der

lung der Gesundheit unserer Patientinnen und Patienten zu stellen.“ Vor allem der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) rührt die Trommel für den nächsten großen Krieg. Auf einer Tagung der Bundesärztekammer zum Status des deutschen Gesundheitswesens im Oktober 2024 tönte BÄK-Präsident Klaus Reinhardt: „Die meisten Menschen in Deutschland wurden in eine Gesellschaft hineingeboren, die durch Frieden und Fortschritt geprägt war – daß in Europa wieder ein Krieg ausbricht, erschien lange Zeit undenkbar. Um so wichtiger ist es, daß wir die neuen Realitäten akzeptieren und uns in allen gesellschaftlichen Bereichen auf den Ernstfall vorbereiten.“ Ralph Tiesler, Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) stößt ins gleiche Horn: „Um sicherzustellen, daß wir auch in einem Verteidigungsfall jederzeit in der Lage sind, Erkrankte und Verletzte zu versorgen, müssen wir die Akteure des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes stärken – sei

mit denen die Kriegsertüchtiger selbst ihre Bedarfspläne aufstellen: Alle fünf Bundeswehrkrankenhäuser (BWK) verfügen zusammen über 1 800 Betten. Bundeswehrführung und NATO rechnen mit einem Minimum von 1 000 meist schwerverletzten Soldaten je Kriegstag; mit anderen Worten: Selbst wenn alle Betten der BWK frei wären, ist spätestens nach 40 Stunden deren Kapazität erschöpft. Hinzu kommt ein Umstand, den man in der Bundestags-Drucksache 20/9592 (2023) nachlesen kann: „Im Kriegsfall wird ein Großteil des Personals der Bundeswehrkrankenhäuser v. a. in Feldsanitätseinrichtungen Dienst leisten. Die Kapazitäten der Bundeswehrkrankenhäuser wären deshalb alleine nicht ausreichend, um über längere Zeit die Anzahl der nach Deutschland zurücktransportierten, verwundeten Soldatinnen und Soldaten behandeln zu können. Eine Abstützung auf das zivile Gesundheitssystem wäre deshalb notwendig. Hinsichtlich entsprechender Szenarien stehen die zuständigen Ressorts in Kontakt.“ In allen Bereichen der Akut- und Langfristversorgung von Verletzten, beim Transport, Verlegung, Blutversorgung, Sanitätsmaterial und Medikamentierung ist das Militär gezwungen, auf zivile Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken, Rettungsdienste zurückzugreifen. Die Zivilopfer sind die Quantité négligeable, die zu vernachlässigenden, in dieser Konstruktion, die dürfen in ihrer Not auf das zurückgreifen, was übrig bleibt, nämlich die Selbsthilfe. Über die Folgen des Umbaus des Gesundheitssystems unter militärischer Prämisse für die Zivilbevölkerung wird öffentlich nicht gesprochen. Mit gutem Grund: Panik und Widerstand gegen die Kriegspläne wären die Folge, aber ohne Gefolgschaft läßt sich ein Krieg nur verlieren. Das Zentrum für Katastrophenmedizin an der Universität Göteborg hat vor zwei Jahren die typischen Verletzungsmuster ziviler Opfer in modernen Kriegen der letzten 50 Jahre untersucht („Civilt skadepanorama i krig“): 26 % Kopfverletzungen, 18 % Brustverletzungen, 10 % Bauch- und Beckenverletzungen, 4 % Wirbelsäulenverletzungen, 32% Verletzungen der oberen Extremitäten, 18% Verletzungen der unteren Extremitäten und 16 % Brandverletzungen (Psychotraumata wurden in der Studie nicht erfaßt). Wegen des Fehlens unmittelbarer Feindeinwirkung liegt der Anteil der Schußverletzungen niedrig, bei Zivilopfern bestimmen Explosionsfolgenverletzungen, wie Zerquetschungen, Verbrennungen, Kopf- und Hirnverletzungen und Frakturen das Bild. Die sogenannte Schutzraumkorrelation ergibt für Deutschland ein trauriges Bild: Nur jeder 200. Schutzsuchende hat theoretisch Chance auf einen Platz im

Bunker, lebt er außerhalb der Großstädte, bleibt der eigene Keller, dessen Mauern angesichts der Durchschlagskraft moderner Fliegerbomben allerdings nur geringen Schutz bieten. Nimmt man die übrigen Konstanten der NATO-Szenarien (Kriegsausbruch an der NATO-Ostflanke, zunächst regional begrenzt) hinzu, nämlich die prognostizierte Massenflucht von

Deutschland“ vor, die im Mai letzten Jahres verabschiedeten „Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung“ (RRGV) beinhalten das gesamtgesellschaftliche Raster der Unterordnung des Zivilen unter das Militärische. Durch die im Mai 1968 beschlossenen Notstandsgesetze wird die Bundesregierung im Spannungs- oder Bündnisfall ermächtigt, sämtliche zivile

Bereiche dem Diktat des Militärs zu unterstellen. Art. 80a GG regelt die Entsperrung dieser Rechtsvorschriften, die als Schubladengesetze seither geschaffen wurden. Für das Gesundheitswesen war die Schaffung eines sogenannten Gesundheitssicherungsgesetzes (Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines „Verteidigungsfalles“, 31.5.1980) gescheitert. Die Initiative der Bundeswehr konzentrierte sich schon damals darauf, Personal und Einrichtungen des zivilen Gesundheitswesens „im V-Fall“ militärischem Befehl zu unterstellen. Die Bundesärztekammer unterstützte das, aber in der Ärzteschaft rumorte es. Der Entwurf wurde 1981 zurückgezogen, die Ideen auf Eis gelegt. Nun soll genau das im zweiten Anlauf durch die amtierende schwarz-rote Koalition durchgesetzt werden. Es ist bekannt, daß ein neuer Entwurf des „GeSig“ bis Ende 2025 vorgelegt werden soll. Folgt man den in der einschlägigen Bundeswehrpresse und den Sprachrohren der Ärzteverbände geäußerten Wünschen, stehen genau die Maßnahmen ins Haus, die vor 44 Jahren verhindert worden sind:



Broschüre des Verbandes demokratischer Ärztinnen und Ärzte

Osten nach Westen, gezielte Angriffe des Gegners auf Versorgungsinfrastruktur, Truppentransportwege, Energieversorgung und Nachrichtenwesen (Deutschland ist Drehscheibe des Aufmarsches Richtung Osten), ist jede Hoffnung auf medizinische Hilfe für den Einzelnen zerstoßen. Die Katastrophenforschung hat auf der Fachtagung „Katastrophenvorsorge 2024“ für dieses Phänomen (Zivilisten können sehen, wo sie bleiben) auch schon den verharmlosenden Begriff der „Ressourcenmangelage“ in die Fachdiskussion eingeführt: Da keine Chance besteht, im Kriegsfall ein „äquivalentes Verhältnis“ zwischen dem bereits maroden zivilen Gesundheitssystem und erhöhtem militärischem „Bedarf“ an medizinischer Leistung herzustellen, braucht es die „Anpassungsleistung der Akteure des Gesundheitswesens“, sprich: Das Gesundheitswesen hat sich den Forderungen der kämpfenden Truppe unterzuordnen. Die gesetzlichen Leitplanken, um dieses Ziel zu erreichen, Widerstände zu brechen und das militärische Primat in der Medizin durchzusetzen, sind bereits eingeschlagen. Den militärischen Takt gibt der an die NATO-Strategie angelehnte „Operationsplan

Zwangsverpflichtung von Krankenhäusern und Einzelärzten zur vorrangigen Versorgung von Militärpersonal, Verlängerung der Dienstzeiten des Personals; Dienstverpflichtung des zivilen medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Personals für „verteidigungsdienliche“ Zwecke (einschließlich der ehrenamtlich in Pflege, Sozialdiensten, Rettungsdiensten und Feuerwehren Tätigen); Einrichtung von Hilfskrankenhäusern durch Beschlagnahme der Räumlichkeiten in Heimen, Schulen, Sporteinrichtungen, städtischen Hallen; Umsetzung zivil-stationärer Patienten in nur noch ambulante Behandlung; militärische Triage: Über die Behandlungsnotwendigkeit entscheidet die Einsatzwiederverwendbarkeit des Verletzten.

Der Widerstand gegen die Militarisierung im Gesundheitswesen ist noch schwach und ihm bleibt nicht mehr viel Zeit. Für ihn streitet jedoch eine einfache Wahrheit, deren Konsequenzen jeder versteht, die 1981 auf den Flugblättern protestierender Mediziner stand und 2025 genauso gilt: „Im Kriegsfall werden wir euch nicht helfen können“.

Dr. Ralf Hohmann

Gier

Im Griff nach fremden Ressourcen spiegelt sich auch immer die Gier nach Macht und Reichtum. Die wechselvolle Geschichte der Ukraine macht dies besonders deutlich. Insbesondere die Bezeichnung der Ukraine als „Kornkammer“, aber auch ihr Reichtum an Bodenschätzen zogen immer wieder fremde Mächte an, die mit Gewalt einen entsprechenden Zugriff erlangen wollten. Bis Anfang Dezember 1918 war die Ukraine für drei Monate von deutschen Truppen besetzt. In der Folge wurden bis November 1918 auf Grundlage des sogenannten Brotfriedens insgesamt rund 35 000 Waggonladungen Lebensmittel, Getreide und Rohstoffe aus der Ukraine nach Deutschland transportiert. Damit sollten die negativen Folgen des Krieges und vor allem der Hunger unter der Bevölkerung gemindert werden. Als eine Art Ausgleich wurde der Ukraine militärische Hilfe gegen die russischen und ukrainischen Bolschewiki zugesichert. Und nicht zuletzt sollte der deutsche Einfluß in dem Gebiet gesichert werden. Gelungen ist dies bekanntermaßen nicht, und auch der nächste Sprung gen Osten in Form des von Deutschland angezettelten 2. Weltkrieges führte für den deutschen Imperialismus nicht zum Ziel. Die Gier nach dem „neuen Lebensraum im Osten“, nach den Bodenschätzen und der Erweiterung des deutschen Einflußgebietes und die Gier nach enormen Profiten durch Unterdrückung der „Völker im Osten“ führten letztlich dazu, daß das deutsche Volk zweimal in einen unerbittlichen Vernichtungskrieg geführt wurde. Mit Hilfe der deutschen Medien wurde es von der Notwendigkeit einer Kriegführung überzeugt, es wurde „kriegstüchtig“ gemacht, so u.a. mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935. Nahezu täglich hämmerten Nachrichten und Parolen auf die Bevölkerung ein, die einen bevorstehenden russischen Angriff auf Deutschland suggerierten und damit den unermeßlichen Rüstungsaufwand begründeten. Erinnert sei auch an die „Proklamation an das deutsche Volk vom 22. Juni 1941, in dem Goebbels heuchlerisch erklärte: „Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit über zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken ...“ Ein deutscher Präventivschlag also? Eine von deutschen und internationalen Historikern mehrfach wiederlegte These. Und heute? Das Kriegsgeschrei wird immer lauter. Zuerst hieß es, daß in etwa fünf Jahren ein Angriff Rußlands auf Westeuropa zu erwarten sei. Diese „Frist“ wurde auf etwa drei Jahre „verkürzt“. Untermuert wird

dies durch sogenannte Experten, die sich in einer Vielzahl von Talkshows dahingehend äußern. Und wieder hämmern täglich solche Parolen auf die deutsche Bevölkerung ein. Ähnlichkeiten zu Rufen aus finsterner deutscher Vergangenheit sind nicht von der Hand zu weisen. Doch Deutschland steht in seinem „Abwehrkampf“ gegen einen russischen Angriff nicht allein. Beim kürzlich stattgefundenen NATO-Gipfel in Den Haag haben die 32 Mitgliedsstaaten eine gigantische Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung bis 2035 beschlossen. Sollte das nicht ausreichen – so Generalsekretär Rutte – wären Rückgriffe auf das Gesundheits- und Rentensystem möglich. Insgesamt wurden Einigkeit und Stärke dokumentiert. Kanzler Merz erklärte: „Es soll niemand wagen, die NATO anzugreifen und zwar an keiner Stelle.“

Vergleicht man die Rüstungsausgaben der NATO mit denen Rußlands, (10:1 für die NATO), so kommt man zu dem Schluß, daß ein russischer Angriff jeder militärischen Logik widerspricht. Ein Scheinargument also. Doch bleibt wie so oft die Frage: Wem nützt es? Zunächst ist dieses „Argument“ für eine rücksichtslose Militarisation nicht nur Deutschlands, sondern des gesamten EU-Raumes erforderlich. Verfolgt man die Veröffentlichungen in unterschiedlichen Medien, so wird sichtbar, daß die Militarisation der Gesellschaft immer weiter voranschreitet. Beispielsweise soll sich „der Gesundheitsbereich auf den Kriegsfall vorbereiten“, so der ehemalige Gesundheitsminister Lauterbach. Investitionen von 800 Mio. € in den Sanitätsdienst der Bundeswehr fordert Verteidigungsminister Pistorius. Der Verbandchef für Güterkraftverkehr zieht in Betracht, daß im Kriegsfall Frauen und Rentner als LKW-Fahrer eingesetzt werden könnten. Dazu Jugendoffiziere der Bundeswehr, die an den Schulen das „Kanonenfutter“ für den Krieg garantieren sollen. Diese Aufzählung ließe sich bis hin zur Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht fortsetzen. Enorme Umsatz- und Gewinnsteigerungen sind bei den deutschen Rüstungskonzernen zu verzeichnen, wie übereinstimmende Aussagen ihrer führenden Vertreter in Medien zeigen. Die Gier nach immer mehr Profit wird überdeutlich, verbunden mit einem immer größeren Drang nach Osten. Eine weitere Profitquelle für die Unternehmen: Straßen, Brücken und Schienennetze fit für den Transport von Panzern und anderem schweren Militärgerät zu machen. Für die Finanzierung dieser gigantischen Rüstungsmaschinerie muß, wie schon vor dem 1. und 2. Weltkrieg, das Volk herhalten, vor allem mit Kürzungen im Sozialbereich, im Gesundheitswesen, mit

Produktionsverlagerungen ins Ausland und Betriebsschließungen. Die Preise für Energie und Lebensmittel und Daseinsvorsorge steigen enorm. Nicht nur diese Beispiele machen deutlich, daß die Rüstungsausgaben des Staates – die Kriegsausgaben – auf das Volk abgewälzt werden. In den Medien wird die Rüstungsbranche als „Jobmotor“ für die deutsche Wirtschaft gefeiert. An einem deutschen „Jobmotor“ wird auch nach dem Krieg in der Ukraine in Form von zunächst „Wiederaufbaukonferenzen“ gearbeitet, wie am 10. Juli 2025 in Rom. Das Ziel: „Für unsere gemeinsame politische Freiheitsordnung in Europa, die Freiheit der Märkte, Wachstum und unsere Energiesicherheit“, so Kanzler Merz. Bei der Wiederaufbaukonferenz zum Gazastreifen sichert Deutschland ebenfalls Hilfe zu. Deutsche Konzerne stehen also bereits Gewehr bei Fuß, ihre Interessen unter Berücksichtigung einer Profitoptimierung durchzusetzen. Unerwähnt bleibt dabei, daß Deutschland Unsummen für Waffen, für Zerstörung in diese Kriege investiert hat, die zum Tod von zehntausenden von Menschen führten. Die auf Gewalt und Krieg orientierte deutsche Geschichtsschreibung setzt sich fort – mit einem konstruierten Bedrohungsszenarium. Fazit: Aufrüstung, Gewalt, Waffenlieferungen und die Gier nach höchstmöglichen Profiten haben noch nie Frieden erhalten oder Frieden gebracht. Nur eine breite Friedensbewegung ermöglicht es, gegen Krieg und Ausbeutung, gegen die Gier der Konzerne und Politiker vorzugehen.

Dietmar Hänel, Flöha



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Unser Planet Erde muß weiterleben

In der Zeit, als wir die sozialistische Gesellschaft entwickelten, habe ich auf einer Kunstausstellung eine Karikatur gesehen, die unser Sonnensystem zweimal darstellte: In der Gegenwart und in der Zukunft. Auf dem Zukunftssystem fehlte der Planet Erde. Ich hielt eine solche Vision für unwahrscheinlich. Heute ist das anders. Die Gefahr, daß die imperialistischen Mächte Kriege planen, die der Menschheit das Leben kosten können, besteht tatsächlich. Derzeit wird unser Planet von 59 Kriegen überzogen. Viele davon bergen das Potential in sich, in einer nuklearen Katastrophe zu enden. Der kollektive Westen reagiert zunehmend mit Kriegen auf wirtschaftliche, militärische und politische Krisen sowie auf das Aufstreben sich vom Diktat des Westens lösender Länder. Er unternimmt alles, um seinen eigenen Bürgern weiszumachen, daß man kriegstüchtig werden müsse, um die Gefahren, die aus dem Osten drohen, abwehren zu können. Daß er einen Krieg vorbereitet, den er für gewinnbar hält, das sagt er nicht. Am 10. Juli 2025 erschien im Uckermark Kurier ein ganzseitiges Interview mit dem Vorstandschef des Rüstungskonzerns „Airbus Defence and Space“ Michael Schöllhorn. Der packte aus, worum es geht. „Wir müssen in der Lage sein, einen Krieg zu gewinnen.“ Welchen Krieg meint er? Er pries die Qualität seiner Produkte und die brillante Wirtschaftslage seines Unternehmens. In Leserbriefen hagelte es Kritik auf solch eine Werbung für den Krieg. Eine Leserin meinte: „Ich fühle mich wohler in der Gesellschaft meiner friedfertigen und tatsächlich toleranten Freunde ... Die Lektüre bereitete mir Unbehagen.“ Ende Mai letzten Jahres brachte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth die wahnsinnige imperialistische Psychologie der US-Eliten gegen China zum Ausdruck. Auf einem Gipfel in Singapur sagte er, die Streitkräfte seines Landes würden „die Sicherheit in der westlichen Hemisphäre erhöhen und den Panamakanal von Chinas böartigem Einfluß befreien ... Doch jenseits unserer Grenzen und unserer Nachbarschaft orientieren wir uns neu, um die Aggression des kommunistischen Chinas abzuwehren ... Chinas Militär schikaniert Taiwan ... Die wirtschaftliche Abhängigkeit von China verstärkt dessen böartigen Einfluß nur noch ...“ Die Rede von Hegseth bestätigt die irreführenden Annahmen, die der neokolonialen amerikanischen und

europäischen Außenpolitik zugrunde liegen. Tatsächlich war China seit 1979 nicht mehr in einen Krieg verwickelt. Die Streitigkeiten im Südchinesischen Meer werden seit vielen Jahren im Konsens aller betroffenen Staaten beigelegt. Taiwan ist ein international anerkanntes Territorium der Volksrepublik China. Sogar die USA erkannten das bisher an. Es sind die irrationalen Verzerrungen und kriegesrischen Interventionen der USA, die den



Dieses Bild vom „RotFuchs“-Leser Peter Richter aus dem Efeuhaus in Grunewald bei Templin wurde auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2020 der „jungen Welt“ ausgestellt

Frieden in Asien, Afrika und Lateinamerika bedrohen. Westliche Regierungen hoffen trotz ihres erkennbaren Niedergangs gegenüber China und Rußland immer noch, den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Bedingungen ihrer Entwicklung diktieren zu können. Präsident Trump steckt in einer Sackgasse: Er hatte versprochen, China mit Zöllen zu unterwerfen, den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden zu beenden und eine Einigung zwischen Israel und dem Iran zu erzielen. Das Gegenteil ist eingetreten: Mit Zöllen für China unterwarfen sich die USA selbst. Der Krieg in der Ukraine eskalierte. Und der Krieg zwischen Israel und dem Iran hat gerade erst begonnen. Israel geht es mit Unterstützung der USA und Europas um die Vormachtstellung im Nahen Osten. Trump schwankte nun zwischen Interventionsdrohungen und Vermittlungsangeboten innerhalb weniger Stunden.

Washington will sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen auf seinen Hauptgegner, die Volksrepublik China, konzentrieren. Die Führung der USA zog sich aus der

finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine zurück. Präsident Trump liefert der Ukraine Waffen, wenn sie von Europa bezahlt werden. Das Weiße Haus ließ Europa, vor allem aber Deutschland, von der Leine. Das hat Millionär und Bundeskanzler Merz begriffen und er setzt diese neugewonnene „Freiheit“ sofort um. In London schloß er mit dem britischen Premierminister Keir Starmer einen Freundschaftsvertrag. Freundschaft zwischen

Imperialisten bedeutet militärische Zusammenarbeit und Rüstung. Achtzig Jahre nach Abschluß des Potsdamer Abkommens gaben die USA und Großbritannien Deutschland die „Freiheit“ zurück, den erneuten Ostmarsch vorbereiten zu können. Bundeskanzler Merz hat die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine geheim vollzogen. Mit ihrer Reichweite können sie in russisches Territorium eindringen. Deutschland ist damit direkt am Krieg beteiligt. Warum, so fragt man sich, rüstet Deutschland Kiew auf und bedroht Rußland? Berlin will sich die politische Führung Europas sichern. Dazu braucht es die deutschen Wirtschaftsriesen.

Im Juli 2025 traf sich Bundeskanzler Friedrich Merz mit Konzernspitzen und der Deutschen Bank, um die Initiative „Made for Germany“ zu starten. Die Firmen stellen bis 2028 mindestens 631 Milliarden Euro für Deutschland in Aussicht. Bis 2029 soll Deutschland kriegstüchtig sein. Mit einem von Deutschland angeführten Europa könnte es dann gegen Rußland gehen. Der Kreml hat diese Absicht längst erkannt. Sollte Moskau zu einer direkten Konfrontation gezwungen werden, wird das Ausmaß des Krieges von den Russen bestimmt. Deutschland ist nur wenige Flugminuten von russischen Abschussrampen entfernt, sowohl zu Land als auch zu Wasser. Warum hat Bundeskanzler Merz vor, Deutschland dem Risiko einer direkten Konfrontation mit Rußland auszusetzen, die zu seiner Zerstörung führen würde? Zwei verlorene Weltkriege waren offensichtlich noch nicht genug, um zur Vernunft zu kommen. Moskau hat gewarnt: Der nächste Weltkrieg wird ein Vernichtungskrieg sein.

Ist die Welt, der Kriegstreiberei durch den kollektiven Westen zufolge, zur Hoffnungslosigkeit verdammt? Natürlich nicht. Am 6. und 7. Juli fand in Rio de Janeiro der

17. BRICS-Gipfel statt. Neben den Gründungsmitgliedern gehören mittlerweile der Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien dazu. Partner der Gruppe sind Algerien, Belarus, Bolivien, Kuba, Kasachstan, Malaysia, Nigeria, Thailand, die Türkei, Uganda, Usbekistan und Vietnam. Klaus Fischer berichtet in der Tageszeitung „junge Welt“, daß „mit China, Indien, Rußland, Brasilien und Indonesien gleich fünf BRICS-Staaten die stärkste und dynamischste Gruppe der globalen Volkswirtschaft stellen. Eine Macht, die weiter nach politischer Bedeutung strebt und den Grundstock der angestrebten Multipolarität bildet.“

Wirtschaftsdaten machen deutlich, daß die BRICSplus-Staaten zu einer globalen Macht geworden sind, die die traditionellen Industrieländer übertrifft. Ihr gemeinsames BIP, gemessen an der Kaufkraftparität, beträgt 40,2 Prozent des weltweiten BIP, verglichen mit 28,8 Prozent bei den G7-Staaten. Das zeigt, daß sich der wirtschaftliche Schwerpunkt in Richtung des Globalen Südens verlagert hat.

Auf dem Gipfel in Rio wurden Positionen zu Wirtschafts- und Finanzfragen formuliert, aber auch umfassendere internationale Fragen traten deutlicher hervor. Zu den Zielen der BRICSplus-Staaten gehören die Stärkung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder und die Erhöhung des Einflusses des Globalen Südens auf die internationale Ordnung. Der Block definiert sich selbst als „ein Forum für politische und diplomatische Koordinierung der Länder des Globalen Südens, das in einer Vielzahl von Bereichen aktiv ist“. Darüber hinaus ist er der globale Block mit dem größten Reichtum an fossilen Brennstoffen und Seltenen Erden, der geringsten Verschuldung und den größten Wachstumschancen. Die stetige Verschärfung internationaler Krisen aufgrund der aggressiven Politik des westlichen Imperiums, das seinen Machtverlust in der Weltordnung nicht akzeptieren will, macht es kurz- und mittelfristig notwendig, eine pluralistische Einheit als Alternative zur unipolaren Dominanz zu schaffen. In diesem Sinne könnte eine globale Neustrukturierung der BRICSplus-Staaten als politischer, wirtschaftlicher und militärischer Block das derzeit fehlende internationale Gegengewicht bilden. BRICSplus will die Schaffung eines neuen Finanztransaktionssystems vorantreiben. Ziel der Initiative ist es, die BRICSplus-Länder vor einseitigen Sanktionen westlicher Mächte über das SWIFT-System und andere Sanktionsformen zu schützen. Im weiteren Sinne soll die Abhängigkeit vom US-Dollar im internationalen Handel und Finanzwesen verringert werden. Die Demokratisierung der Märkte, als ein

grundlegendes Instrument für den Wiederaufbau des Gefüges internationaler Beziehungen, war ein weiteres Ziel, das in Rio besprochen wurde. Dieses Gefüge wurde durch die Krise der Vereinten Nationen und anderer Organisationen, die zuvor als Schiedsrichter in internationalen Streitigkeiten fungierten, beschädigt. Die Diplomatie muß auf der Grundlage gemeinsamer und respektierter Normen wieder in den Mittelpunkt der Weltbühne rücken. Eine Rückkehr zum Völkerrecht, das derzeit westlichen Interessen untergeordnet ist, ist unabdingbar. Die BRICSplus-Staaten verfügen über genügend wirtschaftliches, demografisches und finanzielles Gewicht, um eine strategische Allianz zu bilden, die auch militärische Zusammenarbeit einschließt. Ziel ist es, die destruktiven Impulse einzudämmen, die von der Außenpolitik der USA, der Europäischen Union, Japans und Israels ausgehen.

Der CELAC-Gipfel im April diesen Jahres, der in Honduras stattfand, machte sich für Einheit und Multilateralismus stark. Die Debatte darüber, wie der wirtschaftliche, kulturelle und politische Austausch in Lateinamerika am besten ausgebaut werden kann, wurde neu eröffnet. Strategische Flexibilität wäre ein Trumpf, insbesondere angesichts asymmetrischer Aggressionen von Mächten, meinte Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum. Ganz oben auf der Tagesordnung des CELAC-Gipfels stand die Frage der regionalen Integration, die angesichts der Bedrohung der Region durch aggressive Handels- und Finanzdrohungen der USA an Dringlichkeit gewinnt. Die Präsidenten der größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften Mexiko und Brasilien, Claudia Sheinbaum und Lula da Silva, nahmen starken Einfluß auf diesen CELAC-Gipfel. Der Gipfel verabschiedete eine Erklärung zu den Themen Stärkung der Region als Friedenszone, Migration, Klimawandel, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung, Frauenrechte, Handel, Investitionen, regionale Sicherheit und Verteidigung. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die CELAC-Mitgliedsländer in der Lage sein werden, die regionale Integration in all ihren Formen weiter voranzutreiben, das Völkerrecht durch die Verurteilung des Völkermords in Palästina zu verteidigen, eine einheitliche Handelsverteidigung gegen die Zollaggression der USA aufzubauen und aktiv daran zu arbeiten, sich von der Rolle einer Region zu lösen, die in erster Linie Rohstoffe exportiert. Zu fast allen diesen Themen gab es unterschiedliche Meinungen. Die grundlegende Frage wird sein, inwieweit die Pseudodemokratien der Region in der Lage sein werden, ihre Nostalgie für die neokoloniale Umarmung der nordamerikanischen und europäischen Eliten aufzugeben und souverän

und unabhängig, mit Mut und Initiative zu handeln, um die menschliche Entwicklung ihrer Nationen und Völker voranzubringen.

Am 5. und 6. Juni 2025 trafen sich die Vertreter der ALBA-TCP-Mitgliedsstaaten in Venezuela. Eingeladen waren Delegationen aus Europa, Eurasien und Afrika. Die Minister der ALBA-TCP-Länder legten vierzehn strategische Punkte zur Stärkung der Ernährungssouveränität, der technischen Zusammenarbeit und der nachhaltigen Entwicklung fest. Zu den bemerkenswerten Initiativen zählen das Projekt Alba Azul, das sich auf nachhaltige Fischerei konzentriert, die Schaffung eines regionalen wissenschaftlichen Netzwerks für Agrar- und Aquakulturforschung sowie die Standardisierung von Gesundheitszertifikaten. Während des Treffens wurde die „AgroAlba 2025 Expofair“ eröffnet. AgroALBA ist eine von Fidel Castro und Hugo Chávez konzipierte Initiative zur Gewährleistung der Ernährungssouveränität in Lateinamerika und der Karibik.

Die bisherige Geschichte lehrt, daß der Sozialismus in der Lage war, den Weltfrieden zu erhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg stoppte das sozialistische Lager die Expansionsräume der NATO. Das sozialistische Lager gibt es nicht mehr. Die fortschrittlichen Kräfte der Welt müssen heute zu diesem Ansatz zurückkehren. Wie die genannten Beispiele zeigen, gibt es bereits neue Gegenkräfte, die sich gegen die Wahnsinnspläne des Imperialismus stemmen. Man könnte sagen, daß sie beginnen, eine antiimperialistische und antifaschistische Front aufzubauen. Was auch dringend erforderlich ist, denn der internationale Kapitalismus wendet, insbesondere in Krisenzeiten, die Sprache der Gewalt an. Krisen löst er nur noch militärisch. Damit setzt er die Welt der realen Gefahr eines Dritten Weltkrieges aus. Die Vermeidung dieses Ausgangs für die Menschheit ist wichtiger als jede Zweckmäßigkeit- oder Risikoabwägung. Das Schlimmste wäre, tatenlos zuzusehen, während sich ein Tornado nähert. Die Länder, die für eine multilaterale Weltordnung kämpfen, haben das verstanden. Hoffen wir, daß Kommunisten, Sozialisten und andere revolutionäre Linke des kollektiven Westens sich sammeln und zur linken revolutionären Welle zurückfinden, die es zu Zeiten des sozialistischen Lagers gab, um wirkungsvoll gegen das unheilvolle Szenarium der Vernichtung zu kämpfen. Unumstritten gehört es sich für sie, für die sozialen Probleme ihrer eigenen Bevölkerung da zu sein. Das wichtigste Problem für die Bevölkerung des Planeten Erde ist jedoch die Verhinderung einer globalen Katastrophe.

Die USA zwischen Zerfall und Widerstand – ein Erfahrungsbericht

Die gesellschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten ist durch multiple Krisen gekennzeichnet: politische Radikalisierung, wachsende soziale Ungleichheit, struktureller Rassismus, ökonomische Prekarität und die systematische Aushöhlung demokratischer Institutionen. Mit dem erneuten Amtsantritt Donald Trumps manifestiert sich ein autoritärer Regierungsstil, der weitreichende Folgen für Wissenschaft, Öffentlichkeit und soziale Bewegungen mit sich bringt. Gleichzeitig formieren sich auf lokaler Ebene neue politische Kulturen des Widerstands.

Erst kürzlich konnte ich diese Entwicklungen vor Ort beobachten. Ich besuchte zwei wissenschaftliche Konferenzen – erst in Denver (Colorado), dann in Tacoma (Washington). Beide Städte bieten ein exemplarisches Bild für die Desintegration öffentlicher Räume und institutioneller Strukturen in den Städten der USA. Sichtbare Zeichen der Vernachlässigung sind verfallene Straßen und Gebäude, marode Brücken und verwahrloste und teils dystopisch wirkende Stadtbezirke. Besonders markant ist der dramatische Anstieg der Obdachlosigkeit: Zeltlager entlang von Highways, Parks und Fußgängerwegen sind ein normaler Bestandteil des öffentlichen Raumes. In Städten, die für Autos konzipiert sind, fährt die Mehrheit der Bevölkerung an dieser Realität der Ausgrenzung vorbei.

Konzentration der Vermögensverhältnisse

Die Urbanisierung alltäglicher Armut und die gleichzeitige Konzentration von Kapital in exklusiven Enklaven markiert einen ökonomischen Strukturbruch, wie ihn Thomas Piketty in seiner Analyse der postindustriellen Vermögensverhältnisse beschreibt. Im Jahr 2024 stellten die USA fast 40 % der weltweiten Millionäre. Gleichzeitig haben über 80 % der Erwachsenen in den USA weniger als 100 000 Dollar, was die ungleiche Vermögensverteilung verdeutlicht. Diese Konzentration von Reichtum in den obersten Prozenten der Gesellschaft wirkt sich auf demokratische Prozesse, politische Repräsentation und soziale Kohäsion aus. Die Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte, Steuererleichterungen für Wohlhabende und die Privatisierung öffentlicher Güter haben ein System geschaffen, das

soziale Teilhabe systematisch einschränkt oder sogar verhindert.

Parallel zur materiellen Verarmung vollzieht sich in den USA eine Erosion des sozialen Vertrauens. Menschen, die sich in den wenigen öffentlichen Räumen wie Fußgängerwegen oder öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen, tun dies meist mit Abstand und Vorsicht. Zum einen mag das an der medialen Omnipräsenz von Bedrohungsszenarien und dem leichten Zugang zu Schusswaffen liegen. Laut Schätzungen gehen in den USA jeden Monat mehr als eine Million neue Schusswaffen über den Laden-



„No Kings“-Demonstrationen, 14. Juni 2025, Denver (Colorado)

tisch. Im Jahr 2025 wurden bis Mitte Juni rund 6 450 Todesfälle durch Schusswaffen (ohne Selbstmorde) erfaßt.

Zum anderen liegt die Erosion des sozialen Vertrauens sicher auch an der gesellschaftlichen Polarisierung. Die US-amerikanische Gesellschaft mit ihrem faktischen Zweiparteiensystem, den extrem unterschiedlichen Lebensrealitäten und Kulturen – beispielsweise zwischen Land und Stadt – sowie starken Konfliktlinien entlang polarisierter und profitorientierter Medien, bietet kaum Schnittmengen für Diskussionen oder Gespräche. Fakten, Beweise und Argumente hängen von soziokulturellen Faktoren ab, was alltägliche Gespräche, geschweige denn gemeinsame politische Aktionen erschwert.

Ein Gegengewicht boten die „No Kings“-Massendemonstrationen vom 14. Juni 2025. Millionen Menschen nahmen an den landesweiten Protesten gegen autoritäre Tendenzen und plutokratische Strukturen unter der Trump-Regierung teil. In Denver waren es Zehntausende, meine Kollegen und ich waren dabei. Die Proteste waren

bewegend, die Transparente der Menschen fantasievoll kritisch. Slogans wie „Deportiert Haß, nicht unsere Nachbarn“ (Deport Hate, not our Neighbors), „Migranten machen Amerika groß“ (Immigrants make American Great) oder „Scheiß Reich“ (Turd Reich), eine Anspielung auf das Dritte Reich (Third Reich), stehen für mehr als den Ausdruck von Unmut. Die USA stehen an einem historischen Wendepunkt, und die Widerstände auf den Straßen sind Versuche, der autoritären Zersetzung etwas entgegenzusetzen. Die Menschen gehen auf die Straße – nicht wegen, sondern *trotz* alltäglicher Gewalt.

Am selben Abend lief ich mit einem Freund in einen Polizeiaufmarsch, der sich nach einer Schießerei gebildet hatte. Solche Vorfälle sind in den USA kein Ausnahmephänomen, sie stehen symptomatisch für den Zustand einer Gesellschaft, in der öffentliche Sicherheit zunehmend privatisiert und Gewalt normalisiert wird.

Wissenschaft unter Druck

Diese Themen bewegen auch die Wissenschaft. Auf den Konferenzen überwogen Wut, Ärger und Verzweiflung. Auch wissenschaftliche Institutionen stehen unter starkem politischem Druck. Insbesondere die Forschung in

den Bereichen Gender, Rassismus, Klima und sozialer Gerechtigkeit ist unter der zweiten Trump-Regierung massiven Einschränkungen ausgesetzt. Förderstrukturen wurden umgebaut, ideologisch unbequeme Themen marginalisiert oder ganz aus öffentlichen Institutionen verdrängt. Jeder konnte Geschichten erzählen, wie eigene Forschungsgelder gestrichen und ausländische Studierende bedroht wurden.

Aktuell wird eine lange Liste von Begriffen von Regierungswebseiten und -dokumenten entfernt und zur Überprüfung durch Bundesbehörden markiert. Damit versucht die Trump-Regierung, alle Verweise nicht nur auf Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion, sondern auch auf den Klimawandel, Impfstoffe und eine Vielzahl anderer Themen zu entfernen. Eine von PEN America zusammengestellte Liste enthält mehr als 250 Wörter und Ausdrücke, die unter der Trump-Regierung als nicht mehr akzeptabel gelten. Sie reicht von „Abtreibung“ über „Frauen“ bis hin zu „Behinderung“, „ältere Menschen“,

„amerikanische Ureinwohner“ und – wenig überraschend – dem „Golf von Mexiko“. So wird Sprache systematisch aus dem öffentlichen Raum entfernt und Wissenschaft politisch manipuliert.

Gleichzeitig werden die Visa internationaler Studierender an US-Universitäten aus verschiedenen Gründen widerrufen – darunter angebliche Verstöße gegen die Visabestimmungen und kriminelle Aktivitäten – sowie vorgeschobene Bedenken hinsichtlich nationaler Sicherheit. Seit kurzem hat das US-Außenministerium auch die Befugnis, Visa zu widerrufen, wobei diese Widerrufe ohne eine formelle Anklage erfolgen können. Außerdem hat die Regierung US-Botschaften auf der ganzen Welt angewiesen, zunächst keine Termine mehr für Studentenvisa zu vereinbaren.

Politischer Widerstand und Solidarität

Trotz – oder gerade wegen – dieser politischen Verschärfungen entstehen auch neue Formen der politischen Organisation in den USA – in der Wissenschaft

und auf lokaler Ebene. Auf beiden Konferenzen wurden Gegenstrategien diskutiert und praktische Tipps des Widerstands geteilt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vernetzen sich, suchen rechtliche Hilfe und problematisieren öffentlich die faschistoiden Tendenzen der Trump-Regierung. Gleichzeitig formieren sich in Städten wie Denver und Tacoma Mieterkollektive, Gesundheitskooperativen, feministische Selbsthilfeeinrichtungen und offene Technologieprojekte. Auf lokaler Ebene arbeiten sie jenseits institutionalisierter Machtstrukturen, suchen nach solidarischen Antworten auf die wachsenden prekären Lebensverhältnisse und gehen auf die Straße, trotz der wachsenden Bedrohung durch Staat und Polizei. Am letzten Konferenztag in Tacoma bombardierte die USA den Iran, und wieder saß der Schock tief in einem Land, in dem der Krisenmodus immer normaler scheint. Er ist Ausdruck eines tiefgreifenden Umbaus ökonomischer, politischer

und kultureller Ordnungen. Ich verbrachte diese Nacht in einem Airbnb, das seit Jahren internationalen Reisenden offensteht. Die Besitzerin schuf in ihrem Haus ein kleines Refugium des Friedens. Mit Tränen in den Augen sprachen wir über den Irrsinn der Regierung, über Ohnmacht und lokalen Widerstand. Wie kann man seine Menschlichkeit bewahren, fragt sie, wenn die Situation so unmenschlich ist? Sie hält ihr Airbnb offen und umarmt internationale Reisende, die trotz allem ihr Haus besuchen. Außerdem läuft sie regelmäßig mit Wasserflaschen durch die Straßen Tacomas, um sie Obdachlosen anzubieten. Das ist ihr Widerstand: Solidarität durch Herzlichkeiten. In Zeiten des alltäglichen Faschismus braucht es beides – auch in Deutschland.

Mandy Tröger

Quelle: iSW, sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., 25.6.2025

Krise, Krieg und Profit

Deutliche Zuwächse: Der Reichtum konzentriert sich, Armut weitet sich aus – auch in Deutschland

Nach Zahlen des „World-Wealth-Report“, der vom Beratungsunternehmen Capgemini vor kurzem veröffentlicht wurde, gab es 2024 weltweit 23,4 Millionen Dollar-Millionäre. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 2,6 Prozent und der höchste Stand seit der ersten Auswertung 1997.

Auch das Gesamtvermögen der Superreichen ist laut dem sogenannten Wohlstandsbericht um 4,2 Prozent auf 90,5 Billionen Dollar angestiegen – ebenfalls ein neuer Höchstwert. Als einen Grund für diese Entwicklung nennt Capgemini steigende Kurse an den Aktienmärkten.

Bei der jährlichen Schätzung geht es um anlagefähiges Vermögen von mindestens einer Million Dollar. Darin inbegriffen sind etwa Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, alternative Investments, Bargeld sowie Immobilien, solange sie nicht selbst genutzt werden. Kunstsammlungen und Gebrauchsgüter wie Autos und Schmuck werden nicht eingerechnet. An der Spitze der Rangliste stehen mit weitem Abstand die USA mit mehr als 7,9 Millionen Millionären. Sie verzeichneten das stärkste Wachstum mit 562 000 zusätzlichen Millionären, was einem Anstieg von 7,6 Prozent entspricht. Auf Platz 2 liegt Japan mit mehr als 3,9 Millionen sehr vermögenden Personen. Deutschland landet bei

dem weltweiten Ranking der Millionäre auf dem dritten Platz. Mehr als 1,6 Millionen Deutsche zählten laut der Auswertung 2024 zu den Dollar-Millionären.

Während sich der Reichtum weiter konzentriert, nimmt die Armut weiter zu. Nach dem zu Jahresbeginn vorgestellten Oxfam-Bericht leben 3,6 Milliarden Menschen von weniger als 6,85 Dollar am Tag und 730 Millionen müssen Hunger leiden. Vor knapp fünf Jahren waren es noch 152 Millionen weniger, heißt es nüchtern in der Studie der entwicklungspolitischen Organisation. In Deutschland gibt es eine ähnliche Entwicklung. Das Gesamtvermögen der 130 Milliardäre ist nach Berechnungen der jüngsten Oxfam-Studie allein 2024 um 26,8 Milliarden auf umgerechnet 625 Milliarden US-Dollar angewachsen. Dem gegenüber standen im gleichen Zeitraum rund 13 Millionen Menschen, die hierzu lande von Armut betroffen waren. Nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbands entspricht das rund 15,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Armutsquote ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte gestiegen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Menschen ohne deutschen Paß, junge Erwachsene sowie Rentnerinnen und Rentner, heißt es in dem Ende April veröffentlichten Bericht. Nicht nur die Zahl der von Armut Betroffenen nimmt immer mehr zu. Auch deren Lage wird immer prekärer. Sie können sich aufgrund der hohen Preise – insbesondere

für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Lebens – immer weniger leisten. So habe im vergangenen Jahr das mittlere Einkommen von Menschen, die unter die Armutsgrenze gefallen sind, preisbereinigt nur noch bei 921 Euro gelegen, schrieb der Verband. Im Jahr 2020 seien es noch 981 Euro gewesen, im Jahr 2023 – wenn man den Einfluß der Inflation herausrechnet – sogar nur noch 883 Euro.

Von den 13 Millionen Armutsbetroffenen in Deutschland leben 5,2 Millionen in schwer erträglicher materieller Entbehrung. Das bedeutet, sie können es sich nicht leisten, ihre Wohnung zu heizen oder alte Kleidung zu ersetzen. Zu diesem Kreis der besonderen Armen zählt der Verband auch 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche. Alarmierend an den Ergebnissen ist zudem, daß fast zwei Drittel aller erwachsenen Armen einer Arbeit nachgehen oder in Rente sind, 1,2 Millionen sogar in Vollzeit beschäftigt. Daß die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, ist kein Zufall. Die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte hat sich als äußerst effektives Instrument der Umverteilung erwiesen. So sind allein seit 2001 die hundert größten deutschen Vermögen um 460 Milliarden Euro gewachsen. Daß sich hieran etwas ändern soll, ist im Koalitionsvertrag von Union und SPD nicht vorgesehen.

Ulf Immelt

Aus: UZ, 13.6.2025

Friedensplan wird Gegenstand der Gipfelpolitik

Die qualitativen Veränderungen der militärischen Lage zugunsten der Russischen Föderation (RF) und die positiven Ergebnisse der Gipfeltreffen zur Beendigung des Ukraine-Konflikts werden uns dem Frieden näherbringen.

Zum Charakter des Konflikts

Aus der Sicht Putins (Juli 2025) handelt es sich nicht um einen Krieg zwischen der Ukraine und der RF, sondern um einen Stellvertreter-Krieg, der sich zu einem NATO-Rußland-Krieg entwickelt und dessen Führung und Finanzierung die USA der EU übergestülpt haben. Für die Durchsetzung der Interessen der USA, von GB und der EU wird weiterhin die Ukraine als militärischer Hauptakteur mißbraucht. Rußland sollte mit Hilfe der durch den kollektiven Westen aufgerüsteten, materiell versorgten und finanzierten Ukraine so geschwächt werden, daß es kein Konkurrent mehr für die USA und die NATO darstellt und sich dem Westen wie eine Kolonie unterordnet. Dafür wurde der Ukraine die NATO- und EU-Mitgliedschaft versprochen. Immer mehr EU-Länder sind mit ihrer umfassenden „Hilfe“, ihrer zunächst indirekten und jetzt auch direkten Teilnahme an den Kampfhandlungen sowie an der Planung und Führung von Operationen gegen die RF zu Kriegsparteien geworden (darunter der Lieferant und Einsatzvorbereiter von Taurus-Raketen und -Teilen sowie von Montagebetrieben für „ukrainische Raketen“ – Deutschland).

Nicht Rußland war oder ist der Aggressor, sondern es sind die USA, die NATO, die EU sowie die nazistischen Kräfte ihres regionalen Stellvertreters – der Ukraine. Für diese Kräfte waren und sind die russischen Energieträger und Rohstoffe, aber auch die reichen Vorkommen an seltenen Erden und Titan, andere Rohstoffe der Ukraine (US-Senator Graham) sowie die politische, ökonomische und militärische Schwächung Rußlands Hauptgründe für den Beginn und die Weiterführung des Konflikts.

Aus Anlaß des Treffens Trumps mit Putin am 15.8.25 in Alaska führt der sowohl im Westen als auch im Osten gut vernetzte ehemalige Schweizer Geheimdienstoffizier Jacques Baud – im Gegensatz zur russophoben Hetze der westlichen Mainstreammedien, die Rußland zum alleinigen Aggressor abstempeln, der die Ukraine ohne Anlaß überfallen haben soll – eine vollständig vom westlichen Narrativ abweichende

Faktenkette an, welche die USA, die NATO, die EU und die Ukraine als die wahren Kriegsinitiatoren und Eskalierer ausmachen. Er begann mit dem von den USA geplanten und finanzierten *nazistischen Maidan-Putsch 2014*, der Kräfte in der Ukraine an die Macht brachte, die die physische Vernichtung und Vertreibung derer, die nicht in der Nachputsch-Ukraine leben wollten, anstrebten und auch realisierten. Er stellte weiter fest, daß diese von den USA unterstützten neonazistischen Kräfte durch eine forcierte Aufrüstung zum Kern der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) gemacht wurden, welche die Territorien, die eine Selbstbestimmung nach UN-Charta anstrebten sowie die russischen Unterstützer, militärisch bekämpfen sollten



Oberst a. D. Jacques Baud (r.): Die wahren Initiatoren des Ukraine-Krieges sitzen im Westen

(Beispiele Odessa, Donbass und die Krim). Bereits im März 2019 verkündete der einflußreiche ukrainische Ultranzionalist Aristowitsch öffentlich, daß *ein Konflikt mit der RF unvermeidlich* sei. Die neonazistischen ASOW-Formationen griffen die um ihre Selbstbestimmung kämpfenden jungen Republiken auf existenzbedrohliche Weise an, worauf diese sich mit russischer Unterstützung verteidigten. Die Neonazis gingen dazu über, gemeinsam mit dem Westen Interventionsstreitkräfte aufzustellen und in Grenznähe zu den neuen Republiken sowie der RF zu bringen. Deren Bereitschaft für einen Angriff gegen die Donbass-Republiken und deren russischen Unterstützer wurde am 16.2.2022 erreicht. In dieser hochbedrohlichen Situation unternahm die Russische Föderation (RF) alles zur Vermeidung eines Krieges. Sie ließ sich in der vorausgehenden Phase auf die Minsk-Abkommen ein, die dann aber vom Westen und Selenskyj sabotiert und zur Aufrüstung der Ukraine mißbraucht wurden. Übrigens beweisen die Minsk-Abkommen, daß diese nicht von der Ukraine

und Rußland, sondern von der Ukraine und den Donbass-Republiken – DVR und LVR – unterzeichnet wurden, wodurch das vom Westen und der Ukraine verfolgte Verhandlungsformat Rußland–Ukraine auf eine bewußte Falschinterpretation der „westlichen Garanten“ hinweist. Die RF machte im Herbst 2021 einen umfangreichen diplomatischen Versuch, um den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden. Dazu wurden an die USA, die NATO und die EU Vorschläge, die Verhandlungen für eine neutrale und NATO-freie Ukraine, den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Osten sowie die Gewährleistung der Sicherheit der RF zum Inhalt hatten, unterbreitet. Diese Vorschläge blieben aber nicht nur unbeantwortet, sondern die ASOW-Neonazis vollzogen im Dezember 2021 vernichtende Angriffe auf die Bewohner der Millionenstadt Donezk. Die tausenden Toten waren der unmittelbare Auslöser für die Anerkennung und Aufnahme der Donbass-Republiken (auf der Basis von Referenden und Beschlüssen) durch Rußland und zur Einleitung der UN-Nothilfe mittels einer russischen Spezialoperation.

Die bereits beiderseitig parafierte Vereinbarung zur Beendigung des Konflikts im April 2022 wurde von den westlichen Herren der Ukraine, aber auch vom mit Waffenlieferungen erpreßten Selenskyj abgelehnt.

Es sind die gleichen Kräfte des kollektiven Westens, die in den letzten Jahren immer neue Eskalationsschritte in diesem Konflikt vollzogen und auch heute wieder den Friedensbemühungen Trumps, Putins und der BRICS-Staaten, aber auch der Friedensbewegungen, nicht nur in den Arm fallen, sondern auch blutige und zerstörerische Maßnahmen zur Eskalation und zur Weiterführung des Krieges bis zu einer „Niederlage Rußlands“ ergreifen.

Provokationen und Eskalationen des Westens

Da es auf dem Kampffeld für die Ukraine nicht gut läuft, wird durch ihre und unterstützende Geheimdienste versucht, mittels Diversionsakten, Sanktionen, Sabotageakten und Terroranschlägen in den besetzten Gebieten und in Rußland, ihre „Auftrag- und Hilfegeber“ davon zu überzeugen, daß die Ukraine noch über Möglichkeiten zur Schwächung Rußlands verfügt und deshalb noch hilfswürdig ist.

- In der Nacht vom 22. zum 23. 5.24 wurden *strategische Fernradaranlagen* im

- Krasnodarer Gebiet und am 26.5. bei Orsk, wobei es sich um Frühwarnanlagen der nuklearen Triade handelt, angegriffen und beschädigt (Funktionsfähigkeit wiederhergestellt).
- Am 1.6.25 haben westliche Geheimdienste und solche der Ukraine *Angriffe mit regional eingesetzten Drohnen* auf sibirische strategische Flugplätze (bei Irkutsk, Murmansk, Rjasan und Iwanowo), bei denen eine geringe Anzahl von Flugzeugen vernichtet oder beschädigt wurden, durchgeführt. (Die RF organisierte eine Erweiterung des in internationalen Abkommen geregelten Schutzes der Flugplätze und die Wiederherstellung der dort basierten beschädigten Flugzeuge. Dadurch konnten die aufgetretenen Funktionseinschränkungen der Bomber TU-95, Tu-22m3 u. a. Flugzeuge minimiert werden).
 - Der General Christopher Donahue verkündete Mitte Juli 2025, daß die NATO und die mit den USA verbündeten Streitkräfte nun in der Lage seien, *Kaliningrad* vom Boden aus viel schneller als früher zu *neutralisieren und auszuschalten*, was der Plan zur „Abschreckungslinie an der Ostflanke“ möglich macht, d. h. die militärischen Fähigkeiten der NATO im Ostseeraum zu stärken. Dazu hat Trump die Entsendung von modernisierten Atomwaffen nach Europa angeordnet, womit eine erhebliche Eskalation entstand (darauf antwortete die RF im Gebiet Kaliningrad mit der Basierung von neuesten Komplexen der Luft-kosmischen Verteidigung vom Typ S-500 sowie von Hyperschallraketen verschiedener Reichweiten und Stärke).
 - Die USA haben 2025 *150 Freifallbomben des Typs B61-12* in sechs EU-Ländern stationiert (Air Base Büchel/Deutschland u. a.) und in fünf weiteren Ländern Atombomben des Typs B61 eingelagert. (Die RF bereitet effektive atomwaffenähnliche strahlungsfreie Antworten vor.)
 - Die Trump-Regierung kündigte für 2026 die *Basierung von Typhoonsystemen* (Mulliraketenplattformen für verschiedene Raketentypen, RW bis 2500 km) und *Dark Eagle* (Langstreckenhyperschallwaffen mittlerer Reichweite, 5 Mach, RW 2775 km, deren Erprobung im Dezember 2024 abgeschlossen wurde) in Deutschland an. (Die russische Antwort darauf ist die nahezu nicht abfangbare „Oreschnik-2“ Hyperschall-Rakete mit strahlungsfreiem Gefechtskopf, RW 500 bis 5500 km, die sich bereits in Serienproduktion befindet, aber auch schon im Truppeneinsatz war und ist).

Lage in der Ukraine vor dem Trump-Putin-Gipfel

Dazu äußerte der bekannte und gut vernetzte US-Militärexperte D. McGregor am 14.8.25 (sinngemäß):

Der Krieg in der Ukraine ist durch die anhaltenden Offensivoperationen der Streitkräfte der RF (SK der RF), die mit veränderter Taktik (Einsatz kleiner mobiler Sturmtruppen), vielen neuen und modernisierten Waffen sowie gründlich ausgerüsteten und vorbereiteten Kräften vorgetragen wurden und werden, verloren. Die ukrainische Verteidigung steht fast an allen Frontabschnitten vor dem Zusammenbruch. An dem Schwerpunkt Pokrowsk erreichten die SK der RF einen überraschenden Vorstoß von 17 km, führen erfolgreiche Kampfhandlungen in der Stadt und erzwangen eine verspätete Evakuierung von 14 Ortschaften. Dieses Ereignis konnte nur möglich werden, weil die Ukraine nicht mehr über eine zusammenhängende Verteidigungslinie verfügt und sich die Abstände zwischen den Verteidigungsschwerpunkten ständig vergrößern. In Pokrowsk versucht das Selenskyj-Regime durch den Einsatz der letzten Elitebrigaden, darunter auch solche der ASOW-Nationalgarde, den tiefen Vorstoß rückgängig zu machen oder mindestens zu stoppen, was aber bisher nicht gelang. Es zeichnet sich ab, daß diese Territorien, ebenso die in Konstantinowka, demnächst von den SK der RF befreit werden und das dadurch tiefgreifende Durchbrüche in die Tiefe der Ukraine in Richtung Westen und Süden erfolgen können. Obwohl die meisten Brigaden der Ukraine einen großen Mangel an Personal (nur noch 40 %), an modernen Luftverteidigungssystemen sowie an Abwehr- und weitreichenden Raketen und Munition (dreimal weniger als die RF), aber auch an Drohnen (die Ukraine kann nur ein Viertel der Drohnenanzahl der RF aktivieren) besitzen, werden diese zerschlagenen und moralisch angeschlagenen Kräfte nicht nur in der Verteidigung, sondern auch bei politisch befohlenen, aber militärisch nicht gerechtfertigten Gegenangriffen, z.B. in den Räumen Sumy und Charkow, eingesetzt, obwohl das zu weiteren großen personellen und materiellen Verlusten führt, welche die Rückeroberung von durch Rußland befreiten Territorien und die Eroberung von dringend benötigten „Tauschterritoren“ unrealistisch macht. Dies alles fand in hektischer Eile statt, um sich bei Trump in Alaska in Erinnerung zu bringen. Diese überstürzten Operationen führen zu massenhaften Verlusten der ukr.-SK (1000 bis 1700 Mann täglich) und zu einer großen Anzahl von Verwundeten, aber auch zu noch mehr Deserteuren und Gefangenen, die es bereits zu Hunderttausenden in der RF geben soll. Die Verluste der RF-SK sollen, so McGregor weiter, wegen deren umsichtigen und personalschonenden Einsätzen um ein Vielfaches geringer sein. In diesen Endkämpfen, die denen im Jahre 1944 gleichen, kann die RF bei Pokrowsk und Konstantinowka ca. 110 000 Mann und die Ukraine nur den vierten Teil an Kämpfern (die letzten Reserven eingeschlossen)

einsetzen, deren Anzahl sich auch durch die drastischen Zwangsrekrutierungen nicht „bedarfsgerecht“ erhöht. Die RF hingegen soll im Herbst dieses Jahres bis zu 100 000 gut ausgerüstete und ausgebildete, meist Vertragssoldaten bereitstellen können. Die ukrainischen Streitkräfte sollen über 100 000 Stück an Militärtechnik aller Waffengattungen und Teilstreitkräfte verloren haben, und auch die russischen materiellen Verluste sollen eine ähnliche Größenordnung besitzen.

Große personelle und materielle Verluste müssen auch die in der Ukraine handelnden Verbündeten durch die intensive Bekämpfung der Versorgungslinien für westliche Waffen, von Sammelpunkten für versoldnete NATO-Soldaten, von NATO-Führungskräften und Waffenspezialisten und sogar von ganzen Militärbasen und Führungsstäben hinnehmen. So gelang es russischen Spezialkräften unlängst, hohe britische Militärs festzusetzen und dadurch den Beweis anzutreten, daß NATO-Offiziere zunehmend schon direkt an der Organisation und Führung von Kampfhandlungen gegen die SK der RF teilnehmen.

Diese Operationen der SK der RF, bei denen Geran-Drohnen, ballistische Raketen verschiedener Typen, aber auch Hyperschallwaffen wie Kinshal und sogar Oreschnik-Raketen zum Einsatz kamen, wurden in den letzten Wochen und Tagen (d. h. vor dem Gipfeltreffen in Alaska) ausgeweitet. So sollen an Liefer- und Lagerstandorten bei Odessa, bei Lwiw und im Charkower Raum größere Mengen an Taurus-Raketen und -Teile völlig vernichtet worden sein. Gleiches soll dem ukrainisch-deutschen Großprojekt „Produktion von weitreichenden Flugkörpern-Sapsan“ (RW 500–700 km, mit Ähnlichkeiten zum Taurus, Kostenpunkt für unsere Steuerzahler ca. fünf Milliarden Euro) an mehreren ukrainischen Standorten passiert sein. Aber auch US-amerikanische, polnische, rumänische, französische, schwedische, dänische und deutsche Militärangehörige (letztere sogar uniformiert in Panzern sitzend) konnten bei den Kampfhandlungen und bei der Einsatzvorbereitung ihrer Waffensysteme in der Ukraine beobachtet, gefangengenommen, aber auch vernichtet werden.

Berechnung des ifw-Kiel zur Ukrainehilfe

EU-Europa: 257,4 Milliarden Euro, bereits 167,4 zugeteilt

USA: 119 Milliarden Euro, bereits 114,6 zugeteilt

Es ist bitterer Ernst, wenn wir durch Kanzler Merz u.a. Vertreter der Kriegsfraktion hören und sehen müssen, daß Deutschland trotz der im von der UN registrierten 2+4-Vertrag formulierten Einschränkungen, mit seiner Lieferung von Angriffswaffen und der Bereitstellung von Bedienungspersonal zur Einsatzvorbereitung von

Kampfhandlungen im Ukraine-Konflikt gegen die SK der RF zu einem Kriegsteilnehmer wurde.

Die Zeit drängt. Nur wenn wir in Deutschland und anderen EU-Ländern so schnell wie möglich Mehrheiten gegen die Kriegsunterstützung und Kriegsverlängerung, gegen die Weiterführung der NATO-Osterweiterung sowie für eine Normalisierung der Beziehungen zu Rußland finden, könnten wir die Regierungen der EU zur Veränderung ihrer Politik in Richtung auf eine dauerhafte Friedensregelung bringen.

Erste Ergebnisse des Alaska-Gipfels

Am 15.8.25 kam es nach kürzestmöglicher Vorbereitungszeit zu einem von großen Teilen der Menschheit erwarteten, aber kaum für möglich gehaltenen Gipfeltreffen der höchsten Vertreter der kriegsführenden Parteien im Ukraine-Konflikt, der Präsidenten der USA und der RF, D. Trump und W. Putin, in Alaska.

Allein der Standort, der dem russischen Präsidenten sehr entgegenkam, zeigte an, daß man dort vorhatte, Nägel mit Köpfen zu machen. Beide wollten den blutigen Ukraine-Krieg, wenn auch auf unterschiedliche Weise, beenden.

Während die Gipfelgegner und Pessimisten, die gleichzeitig auch die Vertreter der Weiterführung des Krieges sind, einen ergebnislosen Gipfel sahen, verschlossen diese ihre Augen vor den doch bedeutenden Resultaten. Trump wollte zunächst das Ziel durch einen Waffenstillstand ukrainischer und europäischer Prägung erreichen, schwenkte aber im Verlaufe der Verhandlungen auf die überzeugende putinsche Linie ein, die zuerst die Ursachen des Krieges beseitigen will, weil es ohne diesen Schritt nicht zu einem dauerhaften Frieden kommen kann. Diesen Standpunkt der RF konnte Putin unverfälscht, weil direkt, vor den wichtigsten US-Medien darlegen. Damit ist ein Waffenstillstand, den die NATO, die EU und die Ukraine unbedingt zur Wiederaufrüstung der ukrainischen Streitkräfte benötigten, vom Tisch. Beide Seiten machten einen Schritt aufeinander zu, um die Dauerkonfrontation zu überwinden und einen Dialog zur Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen einzuleiten.

Die USA haben anerkannt, daß die RF existentielle Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen hat, worüber auch in der Folge zu verhandeln sei. Putin sieht viele interessante Bereiche für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit (Arktis, Kosmos, Rüstungskontrolle u. a.) und hat Trump, der, wie er selber, für eine baldige Weiterführung der Verhandlungen ist, nach Moskau eingeladen, wofür es aber bisher noch keine Bestätigung gab.

Trump hat in seiner kurzen Presseerklärung dargelegt, daß es ihm mit Putin gelungen sei, „viele Punkte“ der Ukraine-problematik zu vereinbaren, daß es bei

einigen aber noch keine Einigung gab. Er stellte zudem fest, daß Putin ebenso an einer Beendigung des Konflikts interessiert ist, wie er selbst.

Der Ex-Diplomat von der Schulenburg sieht den Alaska-Gipfel als logischen Zeitpunkt für ein solches Treffen an, weil die Ukraine vor einem Zusammenbruch stehe, welcher die ganze Politik des kollektiven Westens grundlegend verändern würde. Die USA und die RF sehen ein solches Ereignis als einen Wendepunkt und Bruch mit den bisher praktizierten Regeln an.

Trump hat mit Putin den Gewinner des Krieges empfangen und ist dabei auszuloten, wie die Beziehungen zur RF wieder normalisiert werden können.

Den EU-Europäern und der Ukraine hat er die Grenzen von deren Politik aufgezeigt, die er als „negativ, wahnsinnig und zerstörerisch“ ansieht, denn sie bereiten sich allen Ernstes auf einen Atomkrieg gegen Rußland vor. Sie wollen die russische Schattenflotte militärisch bekämpfen und Kaliningrad angreifen. Mit einer solchen Entwicklung, die die USA sowie RF nicht zulassen wollen und die Ukraine nicht zulassen sollte, würde Letztere sich selbst zerstören. Es bleibt der Ukraine keine andere Alternative, als die Resultate der militärischen Spezialoperation der RF in ihrem Land bei der Gewährleistung von Sicherheitsgarantien durch die USA und Rußland anzuerkennen. Noch könnte eine Ukraine gerettet werden, die ein neutrales Land ist, einen Zugang zum Schwarzen Meer hat und die sich neu orientieren könnte.

Rußland scheint in Alaska der große Gewinner gewesen zu sein. Der Kriegsteilnehmer Trump, der sich dennoch als „Vermittler“ sieht, muß hingegen mit Selenskyj und den EU-Größen noch einige sperrige und dicke Bretter durchbohren, ehe er die von ihm erwartete Anerkennung seiner Leistungen in Form des Friedensnobelpreises in Empfang nehmen kann.

Vorschläge und Reaktionen rund um den Trump-Selenskyj-Gipfel

Selenskyj, der bisher keinen Deal mit den USA zu russischen Bedingungen abschließen wollte, hat sich vor dem Friedensgipfel bei führenden Vertretern der EU Rückhalt eingeholt. Er hat mit ihnen einen Schlachtplan für seine Verhandlung mit Trump geschmiedet, da er annahm, daß die europäischen Führer, die genau wie er den US-Friedensplan ablehnen und einen Waffenstillstand favorisieren, ihn bei seinem Kampf mit Trump in der Höhle des Löwen begleiten und unterstützen würden.

Was für ein Schock war es für Selenskyj und seine Unterstützer, als Trump in einem ersten Schlag diese einfach zeitweilig aus dem Zweiertreffen auslud, da dieser nur mit ihm allein verhandeln wollte.

US-Außenminister Rubio führte einen zweiten Schlag, indem er gegenüber Selenskyj äußerte, daß Trump von diesem

Kompromißbereitschaft erwartet, die übrigens auch für Putin gilt, der diese aber bereits angenommen hat. Er empfiehlt Selenskyj, den Deal auch deshalb so schnell wie möglich anzunehmen, weil jede Verzögerung einer Friedensregelung schlechtere Bedingungen für ein Übereinkommen beinhalten würde. Wenn die Ukraine nicht nachgibt, wird sie immer weiter zerstört. Putin kann den Krieg nur beenden, wenn auch Selenskyj auf diesen Zug aufspringt. Für einen Friedensschluß gäbe es drei Optionen, die noch alle möglich sind. 1. Selenskyj unterschreibt und organisiert Neuwahlen (könnte seine Unterschrift nach Wahlen nachreichen). 2. Bei Selenskyjs Ablehnung unterschreibt der Parlamentspräsident, der dann ebenfalls Neuwahlen anordnet und 3. es findet ein Militärputsch statt, nach dem Neuwahlen durchgeführt werden.

Trump äußerte dazu, daß die Ukraine die Krim niemals mehr zurückbekommen und auch nicht in die NATO aufgenommen wird. Auch der Gewinner im Ukraine-Konflikt – Putin – schaltete sich mit Vorschlägen ein. Beim Abschluß eines abgestimmten Friedensvertrages würde die RF sich verpflichten, keine weiteren Gebiete in der Ukraine anzugreifen.

Die RF ist bereit, mit der EU oder mit einzelnen EU-Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen, was international und in der russischen Gesetzgebung verankert ist.

Die USA sind bereit, sich an solchen Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu beteiligen, die dem § V der NATO ähnelt. Sicherheitsgarantien fordert aber auch die RF von Trump, der NATO und der EU.

Die Unterstützer der selenskyjschen Linie waren, so wie Merz, dabei, sich von der Vorstellung „zuerst Waffenstillstand“ abzuwenden und sich dem Abschluß eines Friedensvertrages zuzuwenden. Dies geschah nach dem 40-minütigen Telefonat Trumps mit Putin, wobei sich der russische Präsident zu einem Zweiertreffen mit Selenskyj bereiterklärte. Dennoch bleibt es nur bei einem Lippenbekenntnis, um Trump bei Laune zu halten, denn am 20.8. verkündeten sie, daß zehn Länder der NATO „Friedenstruppen“ in die Ukraine als „Sicherheitsgaranten“ schicken wollen, wissend, daß die RF dem nicht zustimmt. Dieses Vorhaben kommt einem Boykott des vorgeschlagenen Friedensabkommens gleich. Während die USA und die RF ihre Hausaufgaben gemacht haben, kehren Selenskyj und die EU auf den Kriegsverlängerungskurs zurück.

Selenskyj und die EU sind diejenigen, in dessen Händen das Schicksal der Ukraine liegt.

Die multipolare Welt sieht die bisherigen Resultate positiv und hofft, daß das verhandelte Friedensabkommen durchgesetzt werden kann und Trump dabei Standhaftigkeit beweist.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die Atombombenlüge

Irans angeblich geplante Nuklearwaffe ist Vorwand für Regime-Change-Krieg

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Chuzpe auch die neue deutsche Regierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) den Völkermord in Gaza genauso wie nun die Angriffe Israels und der USA auf Iran mit der Verteidigung Israels rechtfertigt. Seit rund 30 Jahren versucht Benjamin Netanjahu, die US-Regierung in einen Krieg gegen Iran hineinzuziehen. Dazu dient die immer gleiche Erzählung, daß Iran an einer Atombombe baue, um Israel zu vernichten. Nun hat der israelische Premier mit seinem Angriff auf Iran Präsident Donald Trump die Möglichkeit gegeben, auch sein lang gehegtes Ziel zu erfüllen: Das seit 1979 abtrünnige Land wieder einzufangen und unter die US-amerikanische Vormacht im Mittleren Osten zu zwingen. Vom Völkerrecht ist da schon gar nicht mehr die Rede, man habe „Verantwortung übernommen“, heißt es ebenso schlicht wie präsidial.

„Daß in der Politik gelogen wird, ist nicht neu“, schrieb Moshe Zuckermann jüngst mit Blick auf den Gazakrieg. „Die Lüge liegt in ihrem Wesen.“ Dies gilt auch für die Angriffe auf Iran, die allein mit seinem Atomprogramm begründet werden. Allerdings hatte der damals scheidende Direktor der CIA, William Burns, schon am 10. Januar 2025 gesagt, daß er keine Anzeichen für eine Abkehr von der Fatwa des „Obersten Führers“ Ali Khamenei sehe, die im Jahr 2003 festlegte, keine Atombombe zu bauen. Diese Einschätzung wurde fast wörtlich im diesjährigen „Annual Threat Assessment“ der „Intelligence Community“, also der insgesamt 18 Geheimdienste der USA, wiederholt. Niemand, auch nicht die Inspektoren der Atomenergiebehörde, legten seitdem andere Erkenntnisse oder Beweise für einen unmittelbar bevorstehenden Bau der Bombe, geschweige denn ihren Einsatz, vor.

Doch die Bombe war und ist nur die Lüge, um den gewollten Regime-Change – sei es nach dem Modell Irak, Libyen oder Syrien – zu verschleiern.

Dieser Regime-Change ist nicht aufgegeben. Der von Trump dekretierte Waffenstillstand vom 24.6. bedeutet noch lange keine Sicherheit, daß Netanjahu Ruhe gibt und der US-Präsident die offensichtliche militärische Schwäche Irans nicht doch noch nutzt, um den Sturz der Regierung in Teheran mit Waffen zu erzwingen. 2007 hatte der damalige Präsident George W. Bush das schon einmal versucht, es ging aber daneben. Damals heizten die Falken im Kongreß die Debatte um „die iranische Nukleargefahr“ an. Bush erklärte im Oktober desselben Jahres auf einer Pressekonferenz, wenn man einen dritten Weltkrieg und einen „nuklearen Holocaust“ verhindern wolle, müsse man Iran unverzüglich daran hindern, die Bombe zu bauen. Die Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen Iran waren getroffen.

Doch im November 2007 berichteten ihm seine Geheimdienste – damals insgesamt 16 –, daß Iran keine Atombombe baue, Teheran habe schon 2003 sein Atomprogramm gestoppt. Dieser Bericht drohte, da er an die Öffentlichkeit gelangte, die Militärstrategie Präsident Bushs zu durchkreuzen, er war hochgefährlich. Also mußte Bush reagieren. Er schrieb dazu 2010 in seinen Memoiren „Decision Points“: „Einen großen Teil des Jahres 2008 verbrachte ich damit, die diplomatische Koalition gegen Iran wieder aufzubauen, wir schafften es auch, eine neue Runde von UN-Sanktionen zu bekommen [...]. Außerdem dehnten wir unseren Raketen schild aus, darunter ein neues Raketen system mit Stützpunkten in Polen und der Tschechischen Republik, um Europa vor einem iranischen Angriff zu schützen.“

Das Völkerrecht ist offensichtlich nicht in der Lage, vor den Überfällen hochgerüsteter Großmächte zu schützen. Seit Jahrzehnten versuchen diese, das absolute Gewaltverbot des Artikels 2 Absatz 4 UN-Charta mit der Überdehnung des Verteidigungsrechts nach Artikel 51 UN-Charta zu relativieren. 2002 führte Bush das neue Präventivkonzept ein, bekannt als Bush-Doktrin, das in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ vom September 2002 offizielle Gestalt annahm. Im Dezember 2003 wurde es in die „Europäische Sicherheitsstrategie“ übernommen. Die darin verankerte „vorbeugende Verteidigung“ soll schon dann möglich sein, wenn noch gar kein Angriff vorliegt. Bekanntestes Beispiel ist der Überfall auf Bagdad durch die USA 2003.

Nicht das Völkerrecht ist das Problem und die Schwachstelle des Gewaltverbots, sondern die aggressiven Interessen von Regierungen mit internationalem Herrschaftsanspruch sind es. Ihnen kommen ideologische Angebote etwa eines „wertebundenen konstruktiven Völkerrechts“, einer „Offenheit für präventive Strategien“ oder des „Vorrangs der politischen Legitimität vor der Legalität“ und der Warnung vor einer „Überbewertung des Wortlauts“ zu Hilfe, die selbst in der Völkerrechtswissenschaft Platz greifen. Und Trumps Rechts nihilismus macht Schule. Ohne sein robustes Auftreten hätte wohl auch Friedrich Merz seine offensichtliche Verachtung für die internationale Justiz (Haftbefehl gegen Netanjahu) und das Völkerrecht („Drecksarbeit“) nicht so demonstrativ zur Schau gestellt. Dieses sind keine guten Signale für die seit längerer Zeit geplante und vorbereitete militärische Konfrontation mit der VR China.

Prof. Dr. Norman Paech
Redaktionell leicht gekürzt
Aus: *junge Welt*, 25.6.2025

„Die drei Affen“

Wer läßt große Städte bau'n,
Schneisen in die Wälder hau'n?
Wer verseucht die Ozeane –
ölverschmierte Kormorane ...

Wer schlägt Wunden in die Erde,
jagt die Gnus- und Büffelherde?
Wer baut Türme ohne Sinn?
Schmetterlinge sind dahin!

Wer treibt Völker, das es beb't?
Wer bestimmt, was stirbt, wer lebt?
Hilft denn Gott uns noch zu retten
mit Gewehr und Bajonetten?

Wer jedoch braucht Kriegseinsätze?
Wer braucht diese Mordschauplätze?
Immer hör' ich „Friedens schaffen“!
Frieden schaffen – mit mehr Waffen?

Rüstungs-Export-Industrie:
Bomben und Artillerie ...!
Deutschland bringt wieder den Tod
über Völker, Hunger, Not ...!

Feld- und Produktionsarbeiter
sind im Geiste oftmals weiter.
Wollen Arbeit für das Gute,
nicht getränkt mit fremden Blute.

Sind nicht wir, die es erlauben,
andre Völker zu berauben?
Sind nicht wir Ursach' und Grund?
Schließen Auge, Ohr und Mund ...

Demokratisch sollt' es geh'n:
„Wahlvolk ist der Souverän!“
War der Richt'ge an der Macht,
der dies' Chaos hat vollbracht?

Peter Dornbruch
Thailand

„Ich bin rechts“

Memoiren können und sollen einen großen Einfluß auf ihre Leser ausüben und sind in der Regel von opportunistischen Überlegungen der Autoren und von den Geschäftsinteressen der Buchverlage bestimmt. Innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft konnten sich Frauen Freiräume schaffen, gelegentlich von der revolutionären Hoffnung getragen, Keimzellen einer neuen humanistischen Gesellschaft zu werden. Die deutsche Frauenrechtlerin und frühere Professorin für Ethik Helga E. Hörz (*1935), die fünfzehn Jahre in der UNO-Kommission „Zum Status der Frau“ für die Frauenrechte in der UNO gekämpft hat, läßt in ihrem Rückblick den Internationalen Frauentag ebenso lebendig werden wie die bewußte Frauenförderung in der von der Bundesrepublik okkupierten Deutschen Demokratischen Republik, von der nie ein Krieg ausgegangen ist.[1] Aber der Kampf vieler Frauen in Europa in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts für ihre Kinder, für ihre Enkel und Urenkel, für eine Welt ohne Krieg und für Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung ist zu einer Episode der Geschichte hinabgesunken. Frauen und Mütter wie Ursula von der Leyen (*1958) oder Annalena Baerbock (*1980) oder Beate Meinel-Reisinger (*1978) operieren in erster Reihe an den Hebeln der zu Unterdrückung und Krieg treibenden Machtinstitutionen der Europäischen Union, ihre Sprache ist die von Lügen dominierte Herrschaftssprache des imperialistischen Systems.

Die heute 48jährige italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat 2021 das Buch „Io sono Giorgia“ veröffentlicht, welches seit 2025 in deutscher Sprache unter dem Titel „Ich bin Giorgia. Meine Wurzeln, meine Vorstellungen“ zugänglich ist. [2] Kapitelüberschriften sind „Ich bin Giorgia“, „Ich bin eine Frau“, „Ich bin eine Mutter“, „Ich bin rechts“, „Ich bin Christin“ und „Ich bin Italienerin“.

Giorgia Meloni repräsentiert den imperialistischen Staat Italien, der unter der Herrschaft der Monopole deren Interessen erfüllt. Nicht nur deshalb gilt sie bei der extremen Rechten der USA mit Donald Trump (*1949) als Zukunftshoffnung. An ihre erste Rede auf einer Massenversammlung von tausenden Italienern am 19. Oktober 2019 in Rom auf der Piazza San Giovanni, umgeben von ihren Verbündeten Silvio Berlusconi (1926–2023) und Matteo Salvini (*1973) und den Fahnen der Fratelli d'Italia, der Lega und der Forza Italia, erinnert sich Giorgia Meloni: „Ich sprach ungefähr 20 Minuten aus dem Stegreif, von Herzen, meinem Instinkt und meiner Leidenschaft folgend. Natürlich

in dem für politische Reden üblichen Ton, aber ich versuchte, wie immer, auch eine Vision zu vermitteln. Ich sprach erneut ein Thema an, über das ich schon auf anderen Veranstaltungen Gelegenheit gehabt hatte zu sprechen. Ich sprach über den Wert der Identität und von der großen, in unseren Tagen offen ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen denen, die sie verteidigen, wie wir, und denen, die versuchen, sie völlig auszumerzen, wie unsere Gegner. Ich führte aus, daß alles, was uns heute definiert, vom herrschenden Einheitsdenken als feindlich angesehen wird und daß es kein Zufall ist, daß Werte wie Familie, Heimat oder die religiöse oder geschlechtliche Identität ständig Angriffen ausgesetzt wird“ (S. 7 f.)

Über die Kunst der Beredsamkeit und der Notwendigkeit des Instinkts für Massenwirksamkeit hat sich der wortgewaltige Führer der deutschen Bewegung nach rechts Adolf Hitler (1889–1945) in seinem 1925/1926 erschienenen zweibändigen Buch „Mein Kampf“ wiederholt geäußert. 1934 ist der zweite Teil („Die nationalsozialistische Bewegung“) dieser Kampfschrift erstmals als „La mia Battaglia“ in Italienisch herausgekommen. Adolf Hitler hat im ersten Band auch eine Darstellung seines eigenen Werdens gegeben. Er hat das für notwendig erachtet, um üble Legendenbildung zu unterbinden, was die Absicht auch von Giorgia Meloni ist.

Die institutionalisierte Kirche mit ihrer hierarchischen Struktur war in Europa seit jeher Bündnispartner der herrschenden Klasse. Für Adolf Hitler war die katholische Kirche „im starken Festhalten an einmal niedergelegten Dogmen, die dem Ganzen erst den Glaubenscharakter verleihen“, beispielgebend. Eine kampffähige Bewegung wie die von ihm geführte, könne nur standhalten „unter Zugrundelegung einer unerschütterlichen Sicherheit und Festigkeit ihres Programms“. [3] Weil Papst Franziskus (1936–2025) das vom Vatikan repräsentierte Programm der katholischen Kirche durch seine Haltung vermenschlicht hat und „für eine Wirtschaft, die nicht tötet“ immer wieder eingetreten ist, wird seine prophetische Linie von Giorgia Meloni, die sich ohne Widerspruch als „Christin“ bezeichnet, scharf abgelehnt. „Ich sehe zu viele Atheisten, die ihm zuzubeln“, meint diese italienische Frau, die keine Feministin sein will.[4]

Die ultrarechte Giorgia Meloni bittet ihren „Gott“ um Hilfe, wenn sie „in Schwierigkeiten war“, und dankt „Ihm, als ich seine Gaben erkannt habe“. [5] Die betrogenen italienischen Werktätigen und ihre Familien, die unter katastrophalen Bedingungen ausgebeuteten Erntehelfer

aus afrikanischen Ländern in Süditalien oder die nach Albanien in Gefangenenlager transportierten Asylwerber werden sich wie die im Mittelmeer vor der Küste Italiens ertrinkenden Flüchtlingsfrauen und Flüchtlingskinder einen anderen „Gott“ als jenen von Giorgia Meloni suchen müssen.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 25.6.2025

[1] Helga E. Hörz: *Der lange Weg zur Gleichberechtigung. Die DDR und ihre Frauen.* trafo Verlag Berlin 2010.

[2] Originalausgabe 2021 bei Rizzoli, Mondadori Libri S. p. A., Milano; Aus dem Italienischen von Bernd Röben. Europa Verlage GmbH München 2025.

[3] Adolf Hitler, *Mein Kampf.* Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachf., München 1939, S. 512 f.

[4] Meloni, *Ich bin Giorgia*, S. 257.

[5] Meloni, *Ich bin Giorgia*, S. 257.

Völkermord? Ach, das ist ja nur Gaza – Ironie wider die Staatsmedien –

Vom Büttel hör ich nachrichtlich,
Man hätt' ihn angegriffen
Mit Steinen, Flaschen - böswillig.
Mit Polizei - erinnert mich -
Hat sicher bloß gepiffen.

Was man so Demonstranten tut,
Die grundlos demonstrieren -
Was woll'n die auch? Sie sind nicht gut.
Drum fließt bei ihnen auch mal Blut.
Der Büttel will flanieren.

Ein Völkermord? Ach, scheint ja fern,
Wenngleich begünstigt gern
Vom Schweigen, und kaum zu entbehren
Sind Waffen, -handel. Heut wir ehr'n
Geschichtsmißbräuchlich doch den Stern.

E. Rasmus

Fünf Tage Krieg in Südostasien

Am 24. Juli griffen kambodschanische Truppen einen Tempel in der thailändischen Provinz Surin an, wodurch ein alter Konflikt neu eskalierte. Vordergründig geht es bei diesem Grenzkonflikt um fünf alte Tempel aus der Khmerzeit. Vor allem ein Hindu-Tempel aus dem 11. Jahrhundert namens Preah Vihear steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt des Streits, auf den sowohl Bangkok als auch Phnom Penh historische Ansprüche erheben.

Nach fünf Tagen intensiver Kämpfe waren 40 Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten tot und 300 000 Menschen auf der Flucht. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, angefangen zu haben. Botschafter

und schlechter Regierungsführung sowie der Abschwächung der Volkswirtschaften, die von den Zöllen der Trump-Regierung noch weiter belastet werden, erhöhten sich die politischen und sozialen Spannungen in beiden Ländern.

Um von den Schwierigkeiten abzulenken, schüren beide Länder nationalistische Gefühle.

Thailand

Nach acht Jahren Militärregierung fanden 2023 Wahlen statt. Die beiden vom Militär geführten Parteien errangen nur 76 von 500 Sitzen im Parlament. Die neoliberale Fortschrittspartei (jetzt: Volkspartei) ging

Deal mit dem noch regierenden Militär geschlossen. Die Pua Thai-Partei wurde damit zum Handlanger des Militärs. Es ist klar, daß die PTP in dieser extremrechten Koalition ihre Wahlversprechen, u.a. die Anhebung des Mindestlohns und eine Verfassungsänderung, nicht umsetzen konnte.

Am Tag der Vereidigung der neuen Regierung vor zwei Jahren kehrte Thaksin aus dem Exil zurück. Er wurde noch am Flughafen in Gewahrsam genommen, verbrachte aber keinen einzigen Tag im Gefängnis, sondern wurde wegen seines angeblich schlechten Gesundheitszustandes in eine Luxussuite im Polizeikrankenhaus verlegt und nach sechs Monaten vom König begnadigt. Seither mischt Thaksin sich in alle politischen Angelegenheiten ein und bestimmt maßgeblich die thailändische Politik, obwohl er kein offizielles Amt bekleidet. Zwischen Hun Sen und Thaksin bestand eine jahrzehntelange Freundschaft. Nachdem der Konflikt an der Grenze eskalierte, rief Paetongtarn Hun Sen persönlich an und betonte, daß sie Frieden wolle. Hun zeichnete das Gespräch auf und veröffentlichte es, was in Thailand großen Unmut gegen Paetongtarn in der bereits aufgestachelten Bevölkerung hervorrief, sowohl was den Ton des Gespräches anbelangt als auch die Tatsache, daß Paetongtarn sich despektierlich über General Boonsin, den im Grenzgebiet zuständigen Militärkommandanten, geäußert hatte, der sich den Deeskalationsversuchen der Regierung widersetzte. Bereits am 28. Mai, nach einem ersten Zusammenstoß an der Grenze, rief Paetongtarn sofort zur Ruhe und Deeskalation auf. Aber die Armee hatte andere Pläne, startete statt dessen eine nationalistische militaristische Propagandakampagne und begann, die Grenzübergänge teilweise zu schließen. So wurde die zivile Kontrolle durch die Zivilregierung unterlaufen. Der Palast unterstützte die Linie des Militärs.

Die Anhänger der Monarchie und des Militärs organisierten bereits zwei patriotische Protestveranstaltungen und fordern Paetongtarns Rücktritt, da sie thailändische Interessen verraten habe. Sie wurde nach dem Telefonat mit Hun Sen vom Verfassungsgericht, das verlässlich auf Seiten des Militärs und der Monarchie steht, wegen Verstoß gegen die Ethikvorschriften vorläufig suspendiert. Inzwischen ist die zweitgrößte Partei, die BJT, aus der Regierungskoalition ausgetreten, so daß diese nur noch eine knappe Mehrheit im Parlament hat.

Kambodscha

Hun Sens Sohn, Hun Manet, übernahm im Jahr 2023 das Amt des Premierministers von seinem Vater, nachdem die kambodschanische Volkspartei (CPP) bei den Wahlen



Der hinduistische Tempel Prasat Preah Vihear im Grenzgebiet von Thailand und Kambodscha

wurden ausgewiesen, die diplomatischen Beziehungen zurückgestuft, Grenzen geschlossen, Ausgangssperren verhängt, die thailändische Luftwaffe flog Angriffe auf Kambodscha. Zwar scheint ein wackliger Waffenstillstand zu halten, doch die Spuren des Konflikts sind überall zu sehen.

Es war nicht das erste Mal, daß es zu Auseinandersetzungen an der Grenze kam. Es geht um nur wenige Quadratkilometer Land entlang einer 800 km langen Grenzlinie. Im Jahre 2000 wurde eine thailändisch-kambodschanische Grenzkommission eingerichtet, um eine Einigung zu finden, was bisher nicht endgültig gelang, denn die Wurzeln des Konflikts liegen in tiefen politischen und persönlichen Rivalitäten, Nationalismus, wirtschaftlichen Interessen und politischer Instabilität.

Die weltweite schlechte Konjunktur hat auch Thailand und Kambodscha erfaßt. Die Bevölkerung leidet unter Inflation, niedrigen Löhnen und mangelnden Perspektiven. Zusammen mit Skandalen, Klientelpolitik

mit 151 Sitzen als stärkste Partei hervor. Sie wurde aber durch Verrat der jetzigen Regierungspartei PTP an der Regierungsbildung gehindert. Die PTP brach alle Wahlversprechen und bildete eine Regierungskoalition mit reaktionären und militärischen Parteien, aus der die Fortschrittspartei ausgeschlossen war (siehe RF Sept. 2023, Verrat bei kalter Minzschokolade).

Die PTP ist die Hauspartei der Familie Shinawatra aus dem Norden Thailands. Ihr Gründer, der Milliardär Thaksin, früherer Premierminister und heutiger Familienpatriarch, war 2006 vom Militär gestürzt worden und ins Ausland geflohen. Nach seiner Schwester Yingluck (2013) wurde Thaksins Tochter Paetongtarn 2024 Premierministerin.

Um eine Regierungskoalition unter Führung der PTP zu ermöglichen und um aus dem Exil nach Thailand zurückkehren zu können, ohne ins Gefängnis zu müssen, hatte Thaksin, der in Abwesenheit zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, einen schmutzigen

einen „Erdrutschsieg“ für sich beansprucht hatte. Eine Unterdrückungskampagne gegen die politische Opposition ging mit den Wahlen einher. Hun Sen war fast 40 Jahre lang Premierminister von Kambodscha, jetzt ist er Senatspräsident und Vorsitzender der CPP. Kambodscha ist ein autoritärer Einparteiensstaat unter Kontrolle der CPP, der Hun-Clan regiert das Land, vergibt die wichtigsten Posten und alimentiert so seine Gefolgsleute. Hun Sen und Hun Manet haben die volle Kontrolle über die Regierung.

Casinos und Betrugszentren

In Kambodscha gibt es etwa 150 Spielcasinos, die meisten davon an der thailändisch-kambodschanischen Grenze. Sie richten sich vorwiegend an thailändische und chinesische Spieler, da in beiden Ländern Glücksspiel verboten ist. Die Casinos werden von einem Netzwerk aus Politikern, Militärs und Geschäftsleuten betrieben. Einer davon ist der kambodschanische Senator und Unternehmer Ly Yong Phat, der enge Beziehungen zu Hun Sen pflegt. Eines der größten Casinos, das Grand Diamond City in Poipet an der thailändischen Grenze, gehört dem ehemaligen thailändischen Abgeordneten Watthana Asavahem. Er ist auch beteiligt am Holiday Poipet, ein Joint-Venture-Hotelkomplex mit Investoren aus Indonesien, Macau, Thailand und Taiwan. In beiden Ländern existiert systematische Korruption: Betreiber zahlen Schmiergelder für Grenzabfertigung, Paßkontrollen, Zollprüfungen und Geldtransfers, die Casinos dienen als Geldwaschzentren, u.a. für den Drogenhandel. Eine Schlüsselfigur dabei ist „Kok An“, ein Unternehmer mit Nähe zu Hun Sen.

Wo Casinos sind, ist das organisierte Gangstertum nicht weit. Neben den Casinos gibt es eine Schattenwirtschaft aus Betrugszentren, wobei letztere seit Covid 19 wie Pilze aus dem Boden schossen. Laut Amnesty International gibt es deren mehr als 50 im Land. Ihr Geschäftszweig ist Online-Betrug und Cyberkriminalität. Sie organisieren alle möglichen Arten von Wetten und Glücksspielen, Investitionen in zweifelhafte oder fiktive Geschäfte und Kryptowährungen sowie Liebesbetrügereien.

Eine der Banken ist die Huione Group, ein kambodschanisches Finanzkonglomerat, das in Verbindung mit der Familie Hun steht. Der Cousin von Hun Manet ist Direktor von Huione Pay. Die Huione steht mit dem Verkauf gestohlener Daten und Geldwäschediensten in Verbindung, die von der Betrugsindustrie genutzt werden. Huione ist auch eine Krypto-Handelsplattform und bietet Unterstützung bei der Erstellung gefälschter Investitionswebsites. Sie hat sich zum größten kriminellen Marktplatz aller Zeiten entwickelt.

Die Betrugszentren werden meist von chinesischen „Geschäftsleuten“ mit guten Beziehungen zur kambodschanischen Elite betrieben und richten in ganz Asien enormen Schaden an. Sie betrügen nicht nur ihre Opfer, sie versklaven auch ihre

„Mitarbeiter“, oft junge chinesische Staatsbürger mit Sprach- und Computerkenntnissen. Mit attraktiven Jobannoncen im Internet locken sie junge Leute an. Einmal in der Falle, werden sie nach Kambodscha oder Myanmar, wo die Betrugsindustrie genau so floriert, verschleppt und in gefängnisähnlichen Einrichtungen in einem abgeschoteteten Komplex mit hohen Mauern, Kameras und Stacheldraht gefangen gehalten. Dort wird ihnen der Paß abgenommen und sie werden mit brutaler Gewalt gezwungen, bis zu 16 Stunden am Tag Online-Betrügereien zu begehen, was mit Wissen der Behörden geschieht und auf deren Beteiligung hindeutet. Selbst Polizeistationen sind Komplizen. Thailand dient als Durchgangsland für den Nachschub an Arbeitsklaven.

Thailand geriet, nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden Anzahl von Betrugsoffern im Land, unter Handlungsdruck. Die chinesische Regierung ist verärgert, die Anzahl der chinesischen Touristen nach Thailand sank um die Hälfte, mit einem enormen Schaden für die thailändische Wirtschaft. Pekings Druck stieg auch auf die Regierung in Phnom Penh. USAID schätzte, daß bis zu 150 000 Menschen gezwungen werden, in Kambodschas Betrugszentren zu arbeiten. Bei einer Polizeirazzia im Februar wurden in einer Scamfabrik 109 Thailänder, 50 Pakistaner, 48 Inder, fünf Taiwanesen und drei Indonesier befreit, tausende „Mitarbeiter“ bei einer landesweiten Razzia im Juli.

Schlußbetrachtung

Die historischen Tempel dienen nur dazu, eine nationalistische Stimmung in beiden Ländern anzuheizen. In Kambodscha ist es den Eliten so gelungen, von ihren kriminellen Geschäften abzulenken und sich als Opfer einer thailändischen Aggression darzustellen. In Thailand wiederum hat sich das Militär erfolgreich als Beschützer der Nation inszeniert. In Wirklichkeit geht es um handfeste Wirtschaftsinteressen, wozu auch die Insel Koh Kut und die Erschließung der dortigen Energievorkommen in den angrenzenden Seegebieten im Golf von Thailand gehörten, die Kambodscha für sich beansprucht, sowie um die Interessen der beiden herrschenden Klassen, die die Macht im Land behalten wollen.

In einem großen Krieg wäre die kambodschanische Armee der thailändischen hoffnungslos unterlegen. Aber die wirtschaftlichen Verluste für beide Länder sind bereits jetzt enorm. Der Konflikt ist ein weiterer Schlag für eine Wirtschaft, die sich das kaum leisten kann. Die 19-prozentigen Zölle der USA auf Exporte nach den USA, ein Einbruch des Tourismus und der Investitionen sowie eine schwache Nachfrage haben die Notlage verschärft, während Millionen Menschen aufgrund der steigenden Verschuldung der privaten Haushalte Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.

Die thailändische Koalitionsregierung hat mit schwindender Unterstützung und mit

Kritik wegen der Nähe der Shinawatra-Familie zu Hun Sen und seiner Familie zu kämpfen. Die kommenden Wochen werden sowohl für die Shinawatras als auch für die PTP-Regierung entscheidend sein. Das Militär hat wieder mehr Handlungsspielraum. Die jetzige PTP-Regierung wird den Herbst nicht überleben. Monarchistische und militärnahe Parteien werden das Land wieder allein regieren, diesmal wahrscheinlich ohne Militärputsch. Thaksin könnte bald im Gefängnis sitzen. Ein großer Teil der Bevölkerung wünscht sich sogar wieder Putschgeneral Prayut als Premier zurück. Wenn das passiert, besonders, wenn er nach Neuwahlen wiedergewählt würde, ist die Rechnung der Gelbhenden und der Armee aufgegangen und Thailand ist politisch wieder bei anno 2006.

Am 7. August wurde ein Waffenstillstandsabkommen in Kuala Lumpur unterzeichnet, ein ASEAN-Beobachterteam soll die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen. Zivilisten handelten zwar den Waffenstillstand aus, dieser muß aber von der thailändischen Armee gebilligt werden, damit er Bestand hat. Das Militär ist weitgehend unabhängig von den zivilen Behörden, kein gutes Zeichen für die Zukunft der aktuellen Regierung und der thailändischen Demokratie.

Es ist noch zu früh, das Problem als gelöst zu betrachten. Wichtige Fragen, wie die Entfernung von Landminen und die Entfernung von Stacheldraht, die Beendigung von Online-Betrügereien oder der Verzicht auf das Einsetzen der thailändischen Luftwaffe bei erneuten Zwischenfällen, wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Wenn es erneut zu Zusammenstößen kommt, könnten die USA und ihre Verbündeten versuchen, den Konflikt auszunutzen, um ihre Position in Südostasien im Rahmen der Vorbereitungen für einen Krieg gegen China zu stärken. Kambodscha ist einer der ASEAN-Staaten, die am engsten mit China verbündet sind, die USA haben seit dem Vietnamkrieg ein Militärbündnis mit dem ASEAN-Mitglied Thailand.

KLJ

Zum 80. Geburtstag am 11. September gehen unsere allerbesten Wünsche an

Ute Hornig

Mit Energie und hoher Zuverlässigkeit erfüllt Ute ihre Aufgaben als Vorsitzende der Revisionskommission des Vereins und im Versandkollektiv. Dafür sagen wir Dir, liebe Ute, herzlichen Dank. Wir wünschen Dir viel Freude an diesem besonderen Tag und in den künftigen Lebensjahren.

Vorstand und Redaktion

Westafrika vor Zerreißprobe?

Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA und Allianz der Sahelstaaten reden wieder miteinander

Am 11. Juli verweigerte die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion Burkina Faso den nach Artikel 11 der Statuten dem burkinischen Wirtschaftsminister zukommenden, alle zwei Jahre wechselnden, Vorsitz des Ministerrats: eine offensichtliche Provokation des fädenziehenden Frankreichs – was die AES-Minister von Mali, Burkina Faso und Niger mit dem Auszug beantworteten.

Seitdem steht der Ausstieg der AES-Staaten aus der Wirtschafts- und Währungsunion im Raum, den sie bereits beim Ausstieg aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft im Februar 2024 angekündigt hatten. Die afrikanischen Pressekommentare ziehen einen Spannungsbogen von „Selbstmord?“ bis „mit erhobenem Kopf raus“, „... aus einer imperialistischen Institution im Solde ausländischer Mächte.“

Ist die Trennung unvermeidbar?, fragte sich nicht nur der Soziologe Khaly-Moustapha Leye aus Mali in „L'Aube“. Zur Unterstützung der Politik der Sahelstaaten mobilisierte die Nationale Koordination der Initiativen CNAVC in der burkinischen Provinz Kadiogo am 19. Juli ihre Mitglieder. Serge Espoir Matomba, Vorsitzender der kamerunischen Oppositionspartei PURS und Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober, erklärte seine absolute Solidarität in der Nachfolge der in den 60ern ermordeten Revolutionäre Félix Moumié und Ruben Oum Nyobe. „Kamerun muß den FrancCFA lassen und sich der Bewegung AES anschließen.“ Ebenso große Sympathien genießen die AES-Länder bei den Nachbarn Togo und Ghana.

Scheidung in Freundschaft?

Die Präsidenten von Senegal und Benin sind dabei zu vermitteln, der Währungsunion „einen neuen Schwung zu geben“, so die malische Tageszeitung „Info Matin“. Noch ist nichts entschieden ... Wird ein Kompromiß gefunden? Belgien und Luxemburg helfen mit Druck nach: Enabel, die belgische Entwicklungsagentur, die belgische Investitions-Gesellschaft BIO und LuxDev, die luxemburgische Entwicklungsagentur, drohen, ihre Finanzierung einzustellen. Allein LuxDev streicht Agrar- und Schulprojekte in Burkina Faso mit 15,9 Mio. Euro und in Mali 7,8 Mio. Doch Danny Denolf, Landesvertreter von Enabel, dementierte hingegen am 1. August für seine Organisation den Rückzug.

Und die Trennung vom FrancCFA wäre mit zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden – auch wirtschaftlichen Reaktionen der neokolonialen Mächte. Aus gutem Grund hatte Mali bei Gründung der AES vor einem Jahr dafür plädiert, in der Wirtschafts- und Währungsunion zu verbleiben, erst die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Und aus guten Gründen sind die AES-Sahelstaaten bemüht, die Beziehungen mit der „Investitions- und Entwicklungsbank der CEDEAO“ (BIDC) aufrechtzuerhalten, an der die AES-Staaten 5,5 % des Kapitals halten. Die drei Außenminister haben darüber am 4. August mit dem CEDEAO-Kommissionspräsidenten Omar Alieu Touray diskutiert, eine strategische Partnerschaft auch nach ihrem politischen Ausscheiden beizubehalten, um die Finanzierung beschlossener Projekte fortzuführen und neue Projekte zu ermöglichen. Konziliante Töne von seiten der AES, die bislang noch nicht zu hören waren.

Gründung einer Investitions- und Entwicklungsbank

Am 11. Juli beschlossen die drei AES-Staatschefs, Abdourahamane Tiani, Ibrahim Traoré und Assimi Goita, die Statuten zu ändern, diese auf der Charta der AES beruhende Behörde in eine ausführende Organisation umzuwandeln, die auf der Grundlage endogener souveräner Entwicklung die ökonomische Entwicklung und regionale Integration fördert. Nach Bloomberg wird das Gründungskapital durch einen „Satz von Steuern aus jedem Staat“ aufgebracht, etwa „5 % ihrer Steuereinnahmen. „Wir wollen uns nicht in eine Situation begeben, in der wir von ausländischen Investoren abhängig sind, die uns sagen, wo wir investieren sollen und in was wir investieren sollen,“ wird ein Präsidentenberater zitiert. Das Verbot Burkina Fasos, handwerkliches Gold zu exportieren wie auch die Verlängerung des Goldexportverbots in Mali, wird auch diesem Zweck dienen. Niger gründete außerdem eine Goldraffinerie zur Weiterverarbeitung.

Die Währungsfrage währt länger.

Eine schwierige Entscheidung steht an, denn mit der Trennung ist die Abnabelung von der westafrikanischen Einheitswährung FrancCFA verbunden, die die

Revolution von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben hat. Aber mit der Einführung einer nationalen bzw. regionalen AES-Währung wäre es nicht getan. Die Gründung von nationalen Zentralbanken, einer regionalen AES-Zentralbank, und die Ausgabe eigener Münzen und Geldscheine steht in der souveränen Macht der AES. Doch damit fangen die ökonomischen Probleme an. Konvertible Währung zu welchem Kurs oder nicht-konvertibel? Die Deckung der Währung durch Devisen und Gold o.ä. müßte bewerkstelligt werden (Zimbabwe mit ihrem Z-Dollar diene als Beispiel). Werden die Devisen- bzw. Goldreserven der drei Länder zur Zeit je zur Hälfte gelagert bei der Zentralbank der UEMOA in Abidjan (Sitz der BCEAO ist Dakar) und im Pariser Schatzamt, in welcher Höhe würde es rückerstattet (in welcher Höhe und zu welchen verzinnten Konditionen)? Das Geld im inneren Kreislauf der AES zu 20 % zu decken, wäre abzusichern, so der malische Finanzökonom Modibo Mao Makalo.

Aber mit der Ausgabe der AES-Währung sind weitere Schwierigkeiten verbunden: die Beherrschung der Inflation. Selbst wenn wir von der (zu erwartenden) exogenen, d.h. imperialistischen, Beeinflussung absehen, haben die Zentralbanken die Geldmenge so zu regulieren, daß sie in einem fragilen Gleichgewicht mit dem Warenangebot verbleibt, eine zu geringe wie auch eine zu große Geldmenge zu vermeiden.

Und die Kolonialmächte?

Zweifelsohne werden die Sahelstaaten ihren aus neokolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung führenden Weg der Befreiung weitergehen. Abgesehen von einem drohenden Wirtschaftskrieg, hängt allerdings weiterhin das Damoklesschwert über dem Sahel: Ist eine militärische Intervention zu befürchten, nachdem der französische Imperialismus sich nach dem erzwungenen Rückzug in den Nachbarstaaten Elfenbeinküste und Benin eingerichtet hatte? Seit dem 23. Juli hat der französische Generalstab einen neuen Chef: General Fabien Mandon. Der scheidende General Thierry Burkhard versicherte seinen ivorischen und benin'schen Kollegen Lassina Doumbia und Fructueux Gbaguidi in Abidjan die „Partnerschaft der ivorischen, beninischen und französischen Armee“.

Georges Hallermayer

Unbekannte Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen

Von den Anfängen bis 1932 (Teil 1)

Außenminister Johann Wadepuhl offenbarte hinsichtlich der deutsch-russischen Beziehungen für sein Amt erhebliche Inkompetenz: Rußland würde immer Deutschlands Feind bleiben.

Damit wird deutsche Geschichte verleugnet:

Über 1000 Jahre waren die Beziehungen zu Rußland im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern gut. Man war sogar miteinander verbündet, Russen bewunderten die Deutschen und jene waren von den Russen fasziniert. Rußland war das einzige Land, wo deutsche Siedler massenhaft einwandern sollten und konnten, viele deutsche Prinzessinnen wurden russische Fürstinnen und Zarrinnen, die bekannteste war Katharina die Große. Die deutsche Sprache wurde Pflichtfach bis heute.

Sie teilten gemeinsam Polen auf und russische Truppen wurden im Kampf gegen Napoleon von den Deutschen herzlich begrüßt. Nach dem Sieg über die Franzosen veränderte sich allerdings das deutsche Rußland-Bild. Die europäischen Monarchen schlossen sich mit Rußland zur reaktionären Heiligen Allianz zusammen, Rußland galt als der „Gendarm Europas“. Die Liberalen und die aufstrebende Arbeiterbewegung betrachteten Rußland als politischen Feind. Hier verfestigte sich eine Haltung, die hundert Jahre später von der bürgerlichen Klasse mißbraucht werden konnte. Unter den Konservativen, vor allem unter Bismarck, blieben hingegen die Beziehungen zu Rußland gut. St. Petersburg begünstigte die deutsche Reichseiniigung. Nach dem Abgang Bismarcks und der Machtübernahme des letzten Kaisers kühlten sich die Beziehungen ab, die Herrscherhäuser, miteinander verwandt, blieben jedoch in engem Kontakt.

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Beziehungen vor allem wegen des naßforsch-aggressiv agierenden Kaisers zunehmend getrübt, doch Streitigkeiten und territoriale Konflikte gab es nicht. Erst 1795 bestand mit Preußen und 1870 die erste Grenze mit dem neuen deutschen Reich. Hier existierte keine sogenannte „Erbfeindschaft“ wie zu den Franzosen.

Schrittweise näherte sich der Kaiser auch Österreich-Ungarn an, faktisch seinen einzigen Verbündeten, und damit dessen anti-russischer Haltung. Wien konkurrierte mit den Russen auf den Balkan.

1914 ließ sich der Kaiser nicht nur in den antirussischen Konflikt der Österreicher hineinziehen, sondern befeuerte ihn zusätzlich. Hier war durch deutsche Schuld

ein neuer, künstlicher und zudem völlig überflüssiger Konflikt entstanden, der später und sogar bis heute katastrophale Ausmaße annehmen sollte.

Diese außenpolitische Neuorientierung vollzog sich scheinbar überraschend schnell, wenn man bedenkt, daß noch 1913 alle europäische Monarchen harmonisch in Berlin beieinander saßen.

Die antirussische Kriegsbegeisterung wurde von den Konservativen, den Liberalen und Teilen der SPD mitgetragen. Das Kleinbürgertum, nach der Reichseiniigung zumeist kaisertreu, hielt an seiner antirussischen Haltung fest. Das Junkertum, bislang Bewunderer zaristischer Herrschaftsmethoden und wirtschaftlich auf dem absteigenden



Antirussische Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg

Ast, glaubte nun, sich an den unendlichen östlichen Landmassen bereichern zu können. Das Großkapital lockten billige Arbeitskräfte und scheinbar unendliche Rohstoffressourcen, darunter Getreide. Das alles war weit günstiger als die mehr prestigeträchtigen, weit entfernten, zerstreuten und oft unrentablen deutschen Kolonien.

Die Arbeiterschaft wurde von der SPD-Führung damit geködert, daß der reaktionäre Zarismus ihre sozialen und politischen Erregenschaften zerstören wollte.

Die antirussische Propaganda hatte strukturell vieles gemeinsam mit der heutigen: Landhungrige Aggressivität, Brutalität

und zivilisatorische Rückständigkeit der Russen. Hier sollte also demagogisch der Fortschritt gegen die Reaktion, im übertragenen Sinne die Demokratie gegen ein autoritäres Regime verteidigt werden. Dabei war das deutsche Kaiserreich ähnlich totalitär und reaktionär wie das russische. Daraufhin antworteten die Russen wie als Beweis mit einem Vorstoß auf Ostpreußen, der sich zu einem strategischen Fiasco entwickelte. Im August 1914 wurde das russische Heer von Hindenburg, der damit seinen Kriegsruhm begründete, vernichtend geschlagen. Deutschland, so schien es den meisten, führte einen Verteidigungskrieg. Auf einer Welle enormer Kriegsbegeisterung verkündete die Reichsregierung im September ihre Kriegsziele: Rußland sollte seine Herrschaft über die nichtrussischen Völker verlieren – eine Forderung mit pseudodemokratischen Anstrich. Das hörte sich nach einer Befreiungstat an. Hierbei konnten sich die kriegswilligen SPD-Führer sogar auf Marx, Engels und Lenin berufen, die Rußland als ein Völkergefängnis charakterisiert hatten. Praktisch hätte Rußland dadurch den größten Teil seiner europäischen Territorien verloren und wäre auf seinen Besitzstand im 16. Jahrhundert zurückgefallen. Tatsächlich verlor Rußland gegen Ende des Ersten Weltkrieges Polen, die Westukraine, Westbelorußland, die baltischen Länder, Finnland und Moldawien.

Dieses Kriegsprogramm erfüllte sich jedoch erst völlig mit dem Untergang der Sowjetunion 1991.

Diese abgetrennten Gebiete sollten den deutschsprachigen Mittelmächten zufallen, Teile davon Deutschland einverleibt werden, wie eine Postkarte 1916 als „Zukunftskarte Deutschlands“ auswies. Deutschland sollte von Belgien bis St. Petersburg reichen. Die anderen Gebiete wollte man den Österreichern überlassen.

Deutschland wollte zudem eine europäische Wirtschaftsunion führen, zu der auch okkupierte und unterworfenen westeuropäische Gebiete einschließlich England gehören sollten. Dieser Traum hat sich inzwischen als Europäische Union erfüllt, wenngleich auf anderer Grundlage!

Die junge Sowjetmacht wurde 1918 zum Raubfrieden von Brest-Litowsk gezwungen, mit dem sie faktisch die Kriegsziele der Deutschen von 1914 erfüllte. Im gleichen Jahr besetzten die Deutschen noch die restliche Ukraine und Georgien.

Das alles klingt nach heute!

In diesem Zusammenhang legte der Kaiser noch zu, verlangte auch russische Gebiete,

die Krim als deutsches Siedlergebiet und ein in vier „unabhängige“ Fürstentümer aufgeteiltes Rußland.

Die Zerschlagung und Aufsplitterung Rußlands als Kriegsziel ist also über 100 Jahre alt und blieb eine Konstante deutscher imperialistischer Ostpolitik bis heute. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Deutschland hierbei bis 1918 schon recht weit gekommen war. Mit der deutschen Niederlage 1918 und der Novemberrevolution waren jene hochfliegenden Pläne vorerst hinfällig.

Dennoch gab es hierzu eine Hinterlassenschaft, die bis in die Gegenwart reicht. In der Ukraine unterstützten die Deutschen den sich herausbildenden und kurzlebigen ukrainischen nationalistischen Staat, den die Weißen und Sowjets bis 1920 zerschlugen. Die ukrainischen Nationalisten, später Faschisten, orientierten sich fortan und bis heute an Deutschland.

In Finnland hatten die Deutschen im Frühjahr 1918 die finnischen Weißen unterstützt und so maßgeblich die zweite Sowjetmacht stürzen können. Im Baltikum durften deutsche Truppen mit Billigung der Westalliierten und der sozialdemokratischen Reichsregierung bleiben, um die sich herausbildenden Sowjetrepubliken in Lettland, Estland und Litauen zu zerschlagen.

Obwohl die Balten froh waren, daß jene Deutschen ihre Länder wieder verlassen hatten, war das doch der Beginn einer antirussischen Waffenbrüderschaft, die während des Zweiten Weltkrieges gepflegt wurde und bis heute anhält.

Die Polen hingegen, mit deren lautstarken antirussischen Bedrohungsängsten man hierzulande solidarisch ist, übernahmen den deutschen Besitzstand und zerschlugen die damalige litauisch-belorussische Sowjetrepublik. Historisch gesehen der einzige Erfolg der Zerschlagung einer Sowjetrepublik.

Davon ermutigt, griff Polen 1920 wieder das Sowjetland an, wurden aber bis Warschau zurückgeschlagen. In einer Gegenoffensive konnten die Polen jedoch die Rote Armee zurücktreiben, die Westukraine und Westbelorußland annektieren. Dieser Sieg gilt bis heute als Gründungslegende des neuen Polen. Polen bestand 1921 zur Hälfte aus Gebiet mit belorussischen und ukrainischen Mehrheiten.

Angesichts des Linksrucks in Europa einschließlich des Sieges der Sowjetmacht über die Weißen und Interventionstruppen aus 14 Staaten, sowie den harten Bedingungen des Versailler Vertrages, mußte der angeschlagene deutsche Imperialismus zunächst andere Prioritäten setzen.

Da auch die Sowjets vom Westen politisch und wirtschaftlich isoliert worden waren, war für die Herrschenden in Deutschland nun Realpolitik angesagt. Zugleich hatten weitsichtige Politiker die von den Kommunisten geförderte zunehmende prosovjetsche Stimmung erkannt. Der wollte man durch gute Beziehungen zum Sowjetland

den Wind aus den Segeln nehmen. Unter Konservativen (heute CDU/CSU), Liberalen (heute FDP) als Parteien der Bourgeoisie, aber auch in der regierenden SPD griffen Ansichten um sich, mit Hilfe der Beziehungen zu den Sowjets den Westalliierten politisch und wirtschaftlich Paroli zu bieten. Mit einer scheinbar prosovjetschen Akzentuierung spekulierte man zudem darauf, dem Westen schrittweise Zugeständnisse hinsichtlich des Versailler Vertrages abtrotzen zu können.

Mit den Verträgen von Rapallo 1922 begannen sich die Beziehungen zum Sowjetland qualitativ zu verbessern und kulminierten im Neutralitätsvertrag von 1926, der den westlichen Bemühungen, Deutschland als künftigen Sturmbock gegen die Sowjetunion aufzubauen, einen erheblichen Rückschlag versetzte.

Die Rapallo-Politik, die auch eine Zusammenarbeit im militärtechnischen Bereich einschloss, brachte beiden Seiten erhebliche Vorteile, begünstigte die sowjetische Industrialisierung und half während der Weltwirtschaftskrise, seine katastrophalen Auswirkungen auf Deutschland abzufedern. Diese Politik war in Deutschland heftig umstritten. Die reaktionärsten Kräfte erinnerten sich ihrer Kriegserfolge gegen Rußland und dachten über eine Wiederholung einer antirussischen Aggression nach. Der wurde vor allem von den reaktionärsten Kreisen (NSDAP – Faschisten, faschistoide Freikorps, Deutschnationale) repräsentiert.

Ihr naiv-unrealistisches Rußland-Bild war dem der heutigen CDU/CSU, GRÜNE, FDP und SPD verblüffend ähnlich.

Man glaubt weiter an eine angeblich zivilisatorische und wirtschaftliche Überlegenheit, Rußland militärisch besiegen, unterordnen und hemmungslos ausplündern zu können. Dafür denkt man, jetzt alle nötigen Voraussetzungen zu haben, ganz Europa kräftemäßig gebündelt hinter sich zu wissen und somit strategisch den Rücken freizuhaben. Dabei werden bedenkenlos die bisherigen Erfolge deutscher Wirtschaftspolitik in Rußland für eine „Alles-oder-nichts“-Politik geopfert.

1922 hingegen waren es die extremen Rechten, die gegen Rapallo Sturm liefen und seine regierungsamtlichen Anhänger verleumdeten und terrorisierten. Sie glaubten, wie die Selensky-Anhänger heute, eine Mehrheit hinter sich zu haben. Sie ermordeten im Sommer Außenminister Walther Rathenau, einen Rechtsliberalen jüdischer Herkunft, der den Vertrag unterzeichnet hatte. Dieser Mord sollte ein Signal für einen Rechtsruck werden. Doch der fand nicht statt! Millionen Deutsche gingen aus Protest auf die Straße und verteidigten Rapallo.

Ein eindeutiges Bekenntnis zu guten Beziehungen zur Sowjetunion! Das war nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches die größte Niederlage der extremen Rechten in Deutschland und deren letzte vor 1945.

Rapallo und das Jahr 1922 schockierten den kollektiven Westen. Sollte Deutschland die guten Beziehungen zur UdSSR fortführen, käme eine Mobilisierung gegen die Sowjetunion nicht in Frage, ständen die Westmächte allein gegen die Sowjetmacht.

Nach der Zurückdrängung der revolutionären Kräfte im Herbst 1923 setzte ein Rechtsruck ein, kam es zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus. 1925 wurde der Generalfeldmarschall von Hindenburg, der die Russen im Osten besiegt hatte, mit weitreichenden Befugnissen zum Reichspräsidenten gewählt. Für ihn hatte eine knappe Mehrheit aus reaktionären Parteien gestimmt. Obwohl der Rechtsruck in den folgenden Jahren zunahm, änderte sich die Rapallo-Politik kaum und blieb bis 1933 relativ konstant.

Die angestrebten taktischen Winkelzüge, die sich dem Westen gegenüber mit der Rapallo-Politik ergaben, zahlten sich langsam aus, denn es war nicht so, daß die westliche Appeasement-Politik der Begünstigung Deutschlands erst in den 30er Jahren begann.

Der Westen hatte sehr wohl die erfolgreichen Vorstöße der Deutschen während des Weltkrieges in Rußland registriert. Engländer und Franzosen mußten sich nach ihren glücklosen Abenteuern aus Rußland zurückziehen. Während des Weltkrieges hatten Briten wie Franzosen einen hohen Blutzoll zu entrichten, in Frankreich mit katastrophalen Konsequenzen. Ein neuer Krieg war der Bevölkerung nicht zu vermitteln. Das sollte nun und allein Deutschland richten.

Hierzu wurden den Deutschen Zugeständnisse gemacht. In den Locarno-Verträgen 1925 ließen sie sich ihre Grenzen gegenüber Deutschland absichern, dessen Grenzen im Osten jedoch nicht. Allein das war schon ein Bruch des Versailler Vertragssystems und löste vor allem in Polen permanente Unsicherheit aus. Das brachte auch Marschall Piłsudski, der sich als Reaktion daraufhin mit der UdSSR ins Benehmen setzte, an die Macht. In der ČSR, wo unter den Sudetendeutschen faschistische Auffassungen mehr als in Deutschland dominierten, begannen sich deutsche Separatisten zu sammeln und eine Abtrennung von der ČSR ins Auge zu fassen.

Um Deutschland mehr an den Westen und seine Pläne heranzuziehen, wurde Deutschland als gleichberechtigt in den Völkerbund aufgenommen. Durch den Berliner Neutralitätsvertrag 1926 hatte sich Berlin allerdings nicht in eine antisowjetische Allianz hineinziehen lassen und konnte daher recht souverän agieren.

Diese doch vielversprechenden Aspekte deutscher Außenpolitik wurden schrittweise ab 1933 von den Nazis in eine Katastrophe geführt und sie steht heute wieder an einem gefährlichen Wendepunkt.

Dr. Holger Michael

„Objektiv“ sein oder Partei ergreifen?

Der Sommer brachte mehr Ruhe als sonst: Der seit dem Spätwinter anhaltenden extremen Trockenheit folgten anhaltende Tiefdruckgebiete, die den Juli förmlich im Regen ertrinken ließen. Eine Chance, wieder einmal in Ruhe lesen zu können.

Durch Zufall kam ein Buch auf meinen Schreibtisch, dessen Titel „Von Astrachan nach Barmbeck“ lautete (1). Ein Titel, der die Spannung verhielt und eine weite Reise. Ein Reiseroman? Meine Augen saugen sich wie von selbst an den ersten Zeilen fest: „Die Stadt ist noch nicht genommen, aber die Niederlage ist besiegt. Die Türen der verlassen Räume knallen zu, überall auf dem Boden – Papierfetzen, die verschiedensten durcheinandergewürfelten Sachen. Nichts ist schlimmer als der Rückzug. Aus allen Winkeln tauchen unmerklich die Gesichter von Nachbarn auf, die man monatelang nicht gesehen hat. Knöpfe in verblichenem Glanze, Dinge, die wie Kokarden aussehen, sogar Ordensbänder – aber alles noch versteckt, im Dunkel der sich leerenden Korridore, alles bei Menschen, die noch nicht wagen, ihr feiges und gehässiges ‚Faß ihn, faß ihn!‘ auszurufen. Vor dem Hauseingang vorüberziehende Batterien, staubige, gepreßte, böse Gesichter, schrille Rufe; irgendwo dröhnen Räder übers Pflaster, Pferdehufe klappern. Der letzte Widerstand wird vorbereitet. Die Fensterscheiben klirren von den schweren vorüberjagenden Lastautos, ihre lärmende Flucht tötet die letzte Hoffnung ... schrecklich ...“

Larissa Reisner beginnt ihre Reportage aus dem Bürgerkrieg, der der jungen Sowjetmacht vor einhundert Jahren aufgezwungen wurde so, daß man sich sofort mitten in den Kämpfen fühlt, an denen sie teilgenommen hat. Es läuft ein dramatischer Sturm der Weißgardisten auf Kasan, dem die Rotgardisten nicht standhalten können. Sie erleiden eine dramatische und schmerzvolle Niederlage. Über allen Schmerz und die Verlorenheit des Moments hinweg spürt man dennoch schon mit den ersten Zeilen: So wird diese Reportage nicht enden. Die Worte sind so gewählt, daß erkennbar wird: Die Stadt wird fallen, das Neue wird trotzdem siegen. Die Schmerzen der Niederlage sind groß, aber die Siege können und werden folgen. Larissa Reisner erinnert an beides: An die Schmerzen der Niederlagen wie an den Jubel nach bestandenem Gefecht. Ihre Reportagen ergreifen Partei, kein Wort wird geschrieben, ohne anzuklagen, weshalb die Kämpfe begonnen und durchgestanden werden mußten. Und keine Chance wird ausgelassen, jenen Wagemut zu beschreiben, mit dem sich die Roten in

schier aussichtslose Kämpfe stürzten, weil sie wussten: So wie die Welt war, durfte sie nicht bleiben. Die Sympathie ihrer Beschreibungen ist offensichtlich: Sie gilt den Schwachen, die ums Überleben kämpfen müssen, dem Neuen, das geboren werden muss, damit die Welt die bisherigen Qualen abstreifen kann. Sie verherrlicht



Larissa Reisner (1895–1926) um 1920

den Kampf nicht, aber sie zeigt, warum gekämpft werden muss, auch wenn die Gegner schier unbezwingbar zu sein scheinen. So schreibt sie über die Kämpfe, die sie vom Sommer 1918 von Kasan an der mittleren Wolga bis hinunter ans glühend heiße Astrachan und ans Kaspische Meer führten. So schreibt sie über das Leben der Arbeiter in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, über den Hamburger Aufstand und über Berlin im Jahre 1923. Sie ergreift Partei für das Neue und Schwache. Sie ist in der Lage, auch noch in Niedergang und Niederlagen kommende Siege zu ahnen. Sie beschreibt die Menschen, die sie eringen werden, weil sie instinktiv fühlt: In den entscheidenden Stunden werden diese Menschen über sich hinauswachsen. Eine wie Larissa Reisner würde uns heute guttun. Eine, die sich nicht in scheinbare Objektivität pressen und damit die Schwachen alleine lässt. Eine, die überhaupt nicht daran denken würde, das Leid der heutigen palästinensischen Mutter aufzurechnen gegen historische Schuld, die uns Deutschen die Geschichte auferlegt hat. Die nicht bei jeder Gelegenheit Abstand nehmen würde von der Verurteilung heutigen israelischen Terrors im Gazastreifen, indem sie ihn durch den

früheren der Hamas als gerechtfertigt zu verkaufen sucht. Sie würde daran erinnern, daß die Erbitterung der Palästinenser in dem wurzelt, was ihnen schon seit über hundert Jahren in ihrem eigenen Land angetan wird; zuerst von der britischen Mandatsmacht und später von den Zionisten. Und daß diese Zionisten seit Jahrzehnten auf grausamste Weise als Stellvertreter der Länder des Westens agieren, um deren Gier nach dem Erdöl und Erdgas des arabischen Raumes abzusichern. Sie würde nicht hereinfallen auf den Taschenspielertrick, mit dem man versucht, unser Mitgefühl mit den Leidenden in Gaza und im Westjordanland zu unterdrücken, nur weil auch im Oktober 2023 Unrecht geschehen ist. Nein, Larissa Reisner hätte sich bedingungslos an die Seite der Schwachen und Gepeinigten gestellt und den Terror, dem sie unterworfen sind, wortgewaltig angeprangert. Sie würde parteilich sein, statt sich der amtlich verordneten „Objektivität“ zu unterwerfen. Sie würde sich nicht zwingen lassen, vor den einfachen und schmerzlichen Tatsachen die Augen zu verschließen, die uns unser Gefühl als grausam und nicht hinnehmbar signalisiert. Sie würde die Bilder verhungrnder Kinder in Gaza in anklagende Worte fassen, statt über sie zu schweigen, weil es in den Kellern der Hamas noch Geiseln von 2023 gibt. Sie würde Partei ergreifen und nicht um die Sache herumreden, wie das in Deutschland 2025 von der großen Politik getan wird. Darf man auf diese Weise parteilich sein? Man darf es nicht nur, man *muß* es! Denn die Medien Deutschlands sind es auch, wenn sie zum Verständnis israelischer Grausamkeiten auffordern. Sie sind erbarmungs- und grenzenlos parteiisch. Dem kann man nur begegnen, wenn man selbst Partei ergreift. Unsere Parteilichkeit muss die Schwachen und Unterdrückten verteidigen, wenn wir nicht unser Gesicht, unsere Hoffnungen und unsere Zuversicht verlieren wollen. Wir müssen Verbrechen Verbrechen nennen. Wir müssen unser Herzblut in Zeilen gießen, damit diese Verbrechen endlich aufhören. Eine, die das konnte wie Larissa Reisner, fehlt uns dabei schmerzlich. Die wortgewaltige Revolutionärin und Journalistin ist vor 99 Jahren im Alter von nur 30 Jahren verstorben. Wir tun gut daran, wenn wir ihr Vermächtnis weiter ins uns tragen: Mit aller Kraft Partei zu ergreifen, wenn es Zeit ist, das zu tun.

Achim Seider

(1) Larissa Reisner „Von Astrachan nach Barmbeck“, Mitteldeutscher Verlag Halle – Leipzig 1983

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Auf jeden Tag kommt es an!

Ströme von Blut werden täglich noch sinnlos vergossen. In Apathie, Stumpf-sinn und Fatalismus versunken, erwarten das deutsche Volk und die Front das grauenvolle Ende dieses fürchterlichen Hitlerkrieges. Jeder sieht das zunehmende Chaos. Jeder Soldat hat den sicheren Tod in den laufenden und kommenden Endschlachten und Niederlagen zu erwarten – aber es wird weitergekämpft.

Und warum dieser irrsinnige Massenselbstmord?

Unbelehrbar durch alle bitteren Enttäuschungen und den längst erwiesenen gemeinen Volksbetrug Hitlers glauben viele immer noch, mit dem verfluchten Nazisystem auf Ge-deih und Verderb verbunden zu sein. Andere fühlen sich mitschuldig an Hitlers Verbrechen und Methoden der Kriegführung. Wieder andere haben Angst vor der Vergeltung, weil sie wissen, was wir, Hitler folgend, den anderen Völkern angetan haben. Und schließlich laufen alle mit, weil es so befohlen ist.

Dazu beugen sich alle dem Naziterror, der für sie eine Ausrede ist, um sich vom Handeln für das Volk, die Untergebenen und die Kameraden zu drücken. So ist der größte Teil der Wehrmacht in Fatalismus und Hilflosigkeit verfallen. Von vorn sehen sie den sicheren Tod in den nächsten Schlaukämpfen. Von hinten fürchten sie eine Handvoll von Überwachungs- und Terrororganen. Also warten sie auf ein Wunder. Und gehen darüber zugrunde. Deutsche Soldaten haben sich verschiedentlich geweigert, an die Front – also in den sicheren Tod – zu gehen. Dann aber

haben sie sich ohne Gegenwehr entwaffnen lassen und sind zu Hunderten blutig gemäßregelt worden.

Nach von der Roten Armee erbeuteten Befehlen mehren sich die Fälle ins Riesenhafte, wo Soldaten in ihrer Verzweiflung sich aus der Front entfernen. Hinten lassen sie sich dann von SS und anderen Überwachungsorganen kampfflos festnehmen und an die Wand stellen.

Alle Deutschen, außer den Naziverbrechern, wollen den Frieden. Aber sie denken die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihres Wollens nicht zu Ende. Und darum handeln sie nicht und sind um so sicherer dem Tod verfallen.

Was muß Hitler dem Volk und der Wehrmacht denn noch zufügen an Betrug, Schande und Opfern, damit endlich der Haß entflammt gegen ihn und seine Kreaturen? Nur glühender Haß gegen diese Volksverderber, ihre Schergen und die ihnen hörigen Knechtsseelen kann in letzter Stunde einen Beitrag des deutschen Volkes zu seiner Befreiung liefern. Darauf wartet die ganze Welt. Das ist unsere letzte Chance: den Kampf einstellen, ehe es zu spät ist.

Darum müssen die Soldaten über die Mittel und Wege dazu sich unerschrocken aussprechen und entschlossen handeln.

Jedes Mittel, dieses verbrecherische Völkermorden zu beenden, ist recht und gut, ist im Interesse des Volkes, der Wehrmacht und des einzelnen.

Aber Einsatzbereitschaft und Kampf sind nötig, um das Leben zu retten, um die

Hindernisse in Gestalt von SS-Henkern, bekannten und zu entlarvenden Spitzeln und Naziagenten wegzuräumen. Dazu rechnen auch hitlerhörige Vorgesetzte und solche, die immer noch „Aushalten!“ befehlen, um dann am Schluß ihr eigenes Leben durch Flucht oder über die Leichen ihrer Soldaten hinweg durch den Gang in die Gefangenschaft zu retten.

Im Frontbereich werden sich wenige beherzte, zielbewußte Männer schnell durchsetzen und die Schande beseitigen, daß ganze Truppenteile und Verbände von einzelnen Hitlerkreaturen sich tyrannisieren lassen. Schwankende werden auf diese Weise mitgerissen. Kein Kamerad darf mehr kampfflos einer Festnahme oder Maßregelung preisgegeben werden.

Überall handelt es sich um den ersten Absprung. Sind auch nur die ersten Hitlerkreaturen, Kriegsverlängerer, Spitzel und Terrororgane beseitigt, dann wird die Auflehnung breit und tief sich ausdehnen. Dann ist der Hitlersche Befehls- und Terrorapparat unterbrochen und aufgespalten. Dann ist die Sache gewonnen, der Kampf kann in Verbindungsaufnahme mit dem Gegner eingestellt werden, und das sinnlose Sterben hört auf.

Sofort muß es losgehen und überall, wenn zunächst auch keine Verbindung ist. Sonst türmen sich noch weitere hunderttausend in Leichenhaufen. Auf jeden Tag kommt es an!

Generalleutnant Vinzenz Müller, Mitglied
des Bundes Deutscher Offiziere
„Freies Deutschland“, Moskau, 4. April 1945

Widerstand gegen das Hitler-Regime

Nach mehr als elf Jahren faschistischer Diktatur, nach fünf Jahren eines verheerenden Krieges erhob sich eine heterogene Gruppe von Politikern, Verwaltungsbeamten, Offizieren und Generälen gegen das herrschende Regime. Es waren Menschen, die bisher diesem Regime gedient hatten.

Am 20. Juli 1944 versuchte eine um Claus Schenk Graf von Stauffenberg formierte Gruppe, Adolf Hitler mit einem Bombenschlag im „Führerhauptquartier“ zu töten. Ziel dieses Attentats war es, sowohl den Krieg als auch die faschistische Herrschaft zu beenden und einen bürgerlichen Staat zu installieren.

Der Umsturzversuch scheiterte, Hitler wurde lediglich leicht verletzt und überlebte. Danach begann die Verfolgung der beteiligten Personen. Viele wurden zum Tode

verurteilt, ermordet oder wählten den Freitod. Auch Familienangehörige der Beteiligten wurden in „Sippenhaft“ genommen. Das Attentat wurde lange geplant und umfaßte ein umfangreiches konspiratives Netzwerk von über 200 Personen. Es bestanden Kontakte zum Kreisauer Kreis, der sich seit dem Frühjahr 1942 mit der Planung eines Sturzes von Hitler befaßte. Über General Friedrich Olbricht kam Stauffenberg in Verbindung mit Carl Goerdeler und Ludwig Beck und schloß sich ihren aktiven Widerstandsbemühungen an.

Stauffenberg war zunächst kein ausgesprochener Gegner des faschistischen Regimes. Er begrüßte sogar einige seiner Grundideen. Unter dem Eindruck von Hitlers aggressiver und brutaler Kriegsführung, der Massenmorde an

Juden und der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten fand er letztendlich zur Widerstandsbewegung. Nach der Schlacht um Stalingrad und der vollständigen Niederlage der Wehrmacht wurde 1943 das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) gegründet. Dies war eine antifaschistische Militärorganisation, zu der deutsche kriegsgefangene Soldaten, Offiziere, Generale und deutsche Kommunisten, die in der Sowjetunion in der Emigration lebten, gehörten. Die Mitglieder des NKFD verbanden ihre Aufklärung an vorderster Front mit der Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen, militärischer Lageerkundung und dem Kampf gegen die Wehrmacht, SS und faschistische Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen.

Raimon Brete, Chemnitz

Wer leistete den Nazis Widerstand?

Peter Franz nennt in seinem Buch Zahlen, Herkunft und Motive

In der Einleitung zu seinem Buch „Menschen im weltweiten Widerstand gegen das deutsche Naziregime“ schreibt der Theologe Peter Franz, er sei vor mehr als 40 Jahren mit einem Bekannten – „genau wie ich als Christ beheimatet in der CDU der DDR“ – über die Frage ins Gespräch gekommen, „wer wohl den Hauptanteil des Widerstands gegen die Nazidiktatur getragen“ habe. Er selbst habe die Meinung vertreten, „daß sicher der Anteil der Kommunisten am Widerstand der größte gewesen sei“, der andere aber habe gemeint, „daß die Hervorhebung des kommunistischen Widerstands eine der bekannten Propagandathesen der regierenden SED sei.“ Statt dessen habe der christliche und kirchliche Widerstand einen noch größeren Anteil gehabt. Er, Franz, habe dieses Gespräch nie vergessen und sich endlich daran gemacht, „ein quellengestütztes Erscheinungsbild vom Widerstand gegen den Nazifaschismus in all seinen Facetten zu erarbeiten“. Dem solle die nun vorliegende Untersuchung dienen.

Das Material, auf das sich der Autor dabei stützt, ist mit Stand 2024 „eine Sammlung von etwa 32 000 Lebensdaten von Menschen aus fast 100 Nationalitäten, die sich in irgendeiner Weise gegen die NSDAP und ihr Regime widerständig verhalten haben“. Franz zählt zu solchem Verhalten richtigerweise sehr viel: Vom mündlichen Widerspruch über „kleinere und größere

Handlungsformen“, etwa Mitgliedschaft in einer Widerstandsgruppe, bis hin zu Störaktionen, Sabotage oder Anschlägen zur Tötung von Naziführern. Dazu gehörten zudem die Rettung Verfolgter, künstlerische Ausdrucksformen oder diejenigen, die wegen ihres Verständnisses von Religion (Zeugen Jehovas) oder wegen der kriminalisierten Art ihrer Sexualität vom Naziregime bekämpft wurden. Nicht erfaßt habe er „die zahlenmäßig größte Gruppe von Widerstandskämpfern“ – „die Soldaten der alliierten Staaten“, die von 1939 bis 1945 gekämpft hätten – mit den höchsten Opferzahlen.

Das Buch enthält im dritten Kapitel eine alphabetische Auflistung der „Motive, Antriebe und Handlungsgruppen“, im vierten Kapitel listet Franz die Nationalitäten auf, das reicht vom „Ägyptischen“ bis zum „Vietnamesischen Widerstand“.

Im fünften, mit 140 Seiten umfangreichsten Kapitel des Buches, fragt Franz schließlich nach den Motiven und Antrieben, aus denen sich der Widerstand jeweils speiste. In den meisten Fällen habe er „eine Parteimitgliedschaft oder ein religiöses Bekenntnis“ festgestellt. Die Organisationen, die er erfaßte, teilt er in Gruppen von mehr als 100 Personen ein und dann – nach Zahlen geordnet – Zusammenschlüsse von mehr als zehn Personen. Das Ergebnis ist eindeutig: Von den Widerständlern, deren Handlungsmotive bekannt sind, „können zwei Drittel der sozialistischen

oder kommunistischen Weltanschauung zugeordnet werden“.

In den folgenden kurzen Kapiteln fragt Franz nach den Überlebenschancen, nach Altersstruktur, Verteilung der Geschlechter, Mitwirkung in Widerstandsgruppen, nach den Zahlen der von den Nazis Ermordeten und listet schließlich am Beispiel Thüringens die Namen deutscher Überlebender und ihren Werdegang nach 1945 auf. Er würdigt „Historische Momenterfolge“ des Widerstands, nämlich italienische Partisanenrepubliken im Herbst 1944, und dokumentiert abschließend Liedzeilen, Gedichte und Mahnworte von Widerstandskämpfern wie „Die Moorsoldaten“ oder den französischen „Gesang der Partisanen“.

Im Vorwort schreibt der Faschismusforscher Manfred Weißbecker, Peter Franz setze mit seinem Buch „ein Denkmal der besonderen Art, ein notwendiges und ansprechendes sowie gelungenes“. Dem ist nichts hinzuzufügen. Es gibt bisher nichts Vergleichbares.

Arnold Schölzel

Peter Franz: *Menschen im weltweiten Widerstand gegen das deutsche Naziregime. Eine soziologische Untersuchung.* BoD – Book on Demand GmbH, Norderstedt 2024, 247 Seiten, 9,99 Euro

BUCHTIPP

Wurzeln und Kontinuitäten – Ein Buch über den „untoten Faschismus“ in Italien von Luciano Canfora

„Der untote Faschismus“ liest sich als Verteidigungsschrift, die die Geschichte des Faschismus aufblättert. Dem Hohelied eines Churchill auf Mussolini folgt die Einbettung von Francos Spanien oder Salazars Portugal in die „freie Welt“ und die Inthronisierung von Statthaltern wie Pinochet, weißer Suprematismus inklusive. Von mitregierenden Neofaschisten in Westeuropa gelangt der Band zur Rückkehr von Nazisymbolik in Osteuropa – Kroatien, Baltikum, Ukraine. Ließ der NATO-Krieg gegen Serbien den Geist aus der Flasche? Als Vorspiel zur „großen

Versuchung“, Rußland im Visier? Canfora fragt nach Kontinuitäten, die in Italien wie in Westdeutschland nach 1945 eine Rolle spielten, und nach treibenden Kräften eines Revanchismus, dessen sozialer Restgehalt noch an der Europäischen Zentralbank zu zerschellen droht.

Luciano Canfora: Der untote Faschismus. Mussolini und der fruchtbare Schoß der „freien Welt“, Verlag: Papyrossa, Köln, 2025, 101 Seiten, 12 Euro, ISBN 978-3-89438-843-0



Die bewaffnete Selbstbefreiung von Mauthausen

60 Jahre nach der Erstausgabe erscheint auf Anregung und unter Mitwirkung des KZ Verband/VdA Oberösterreich im Verlag Neues Leben die überarbeitete und erweiterte Neuausgabe von Bruno Baums Erinnerungen „Die letzten Tage von Mauthausen“. In seinem Buch vermittelt Bruno Baum eindrucksvoll die Bestialität des Faschismus, aber auch die Kraft der internationalen Solidarität zum Widerstand unter den Bedingungen eines Konzentrationslagers.

Mit dem Vormarsch der Roten Armee in den polnischen Gebieten um Lodz/Krakow im Januar 1945 beschloß die faschistische Führung, das KZ Auschwitz zu evakuieren. Zu einem Transport von 600 Häftlingen ins KZ Mauthausen gehörte auch der Kommunist und Jude Bruno Baum. Bewegend schildert er die Tage des Leidens und Kämpfens bis zur Selbstbefreiung des Konzentrationslagers am 5. Mai 1945.

Das KZ Mauthausen mit mehr als 20 Nebenlagern gehörte zur Kategorie der Vernichtungslager. Von den insgesamt 335 000 Häftlingen aus 27 Nationen wurde mehr als ein Drittel (122 767) ermordet – erschossen, vergast, erschlagen, verhungert. Die meisten Opfer waren sowjetische, polnische, ungarische Bürger. Der Vermerk auf den Karteikarten „Ru“ (Rückkehr unerwünscht) betraf vor allem sowjetische und jüdische Häftlinge.

Mit seiner Ankunft in Mauthausen hatte Baum bereits mehr als 10 Jahre Zuchthaus und KZ hinter sich und verfügte über umfangreiche Erfahrungen im Widerstand. Schon nach kurzer Zeit hatte er Kontakt zum illegalen Lagerkomitee und wurde von seinen Genossen zum Leiter des internationalen Widerstandskomitees im Sanitätslager gemacht. Dort war er zeitweise für 10 000 Häftlinge verantwortlich. In dieser Funktion trug er dazu bei, den grausamen Alltag für viele Häftlinge etwas erträglicher zu machen, manchem auch das Leben zu retten.

Anschaulich beschreibt Baum das Wirken des illegalen Lagerkomitees, die Planung des bewaffneten Aufstands, Erfolge gegen die alltägliche Demütigung, Folter und Mißhandlung durch die SS und schmerzhaftes Niederlagen mit dem Verlust von Freunden und Genossen.

Berührend berichtet er z. B., wie sowjetische Offiziere aus dem Block 20, dem „Todesblock“, mit dem Ruf „Für die Heimat! Vorwärts!“ ausbrachen. Sie hatten nichts zu verlieren. Ihre Ermordung war ohnehin bereits befohlen. Der anschließenden Menschenjagd von SS, SA und Polizei waren die geschwächten Häftlinge natürlich nicht gewachsen.

Auch das Schicksal des sowjetischen Generals Karbyschew belegt die Grausamkeit, mit der Menschenleben vernichtet wurden. In der Sowjetunion ein geachteter Militärwissenschaftler, geriet Karbyschew kurz nach Kriegsbeginn in faschistische Gefangenschaft. Allen Angeboten zum Verrat seines Landes erteilte er eine Abfuhr. Über die KZ Dachau, Maidanek und Auschwitz kam er nach Mauthausen. Dort mußte der 65-Jährige mit anderen Häftlingen im Februar 1945 bei strengem Frost völlig entkleidet im Freien stehen, bis alle erfroren waren. Um das Sterben zu beschleunigen, wurden die Opfer in Abständen mit eisigem Wasser überspritzt.

In vielen Fällen gelang es der illegalen Widerstandsbewegung aber auch, Leben zu retten. Das hieß, gefährdete Häftlinge im Sanitätslager verstecken, die Identität von Häftlingen mit Verstorbenen tauschen, zum Schutze von Gesuchten Krankheiten vortäuschen und Einfluß auf die dürftigen Essensrationen nehmen. Dabei waren die Angehörigen des illegalen Komitees selbst ständig in Lebensgefahr. Diese drohte nicht nur von den SS-Wachen, sondern auch von Verrätern, Spitzeln und Kriminellen.

Baum schildert, wie wichtig es war, politisch aktive, mutige und vertrauenswürdige Häftlinge in Lagerfunktionen zu bringen, die für bestimmte Bereiche und Aufgaben, für einen Block oder als Schreiber, Wächter, Stubendienst, Pfleger usw. verantwortlich waren. Ihr Einfluß und ihre Möglichkeiten spielten für das alltägliche Leben, oft auch für das Überleben eine beachtliche Rolle.

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes nehmen im Buch einen gewichtigen Platz ein: die Beschaffung von Waffen, die militärische Führung, die breite Einbeziehung der politischen Häftlinge, die Organisation und der richtige Zeitpunkt des Aufstandes. Entscheidende Stützen waren dabei militärisch geschulte Häftlinge, vor allem ehemalige Rotarmisten und Spanienkämpfer.

Dank straffer Führung und hoher Disziplin wurde der bewaffnete Aufstand erfolgreich durchgeführt, bevor die amerikanischen Truppen im Lager eintrafen.

Auf einer Abschiedskundgebung am 16. Mai 1945 bekannten sich die Häftlinge zum „Schwur von Mauthausen“. Sie riefen zur Verbrüderung der Völker auf und schworen, „... solidarisch und im gemeinsamen Einverständnis den weiteren Kampf gegen Imperialismus und nationale Verhetzung zu führen“. Der Aufruf endet mit dem Worten: „Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe die Freiheit!“

Bruno Baums Erinnerungen an die letzten Tage von Mauthausen sind ein einzigartiges Zeugnis des solidarischen Internationalismus und des kämpferischen Antifaschismus.

Angesichts des alten und neuen Faschismus in vielen Staaten, besonders auch in Deutschland, haben solche Erinnerungen nichts an Aktualität verloren. Sie würdigen den opferreichen Kampf und den Mut unter schwierigsten Bedingungen und fordern heraus, auch heute gegen Willkür und Unrecht Widerstand zu leisten. Sie belegen aber auch durch Zeitzeugen Tatsachen, die aktuell verschwiegen und verfälscht werden. So wird die Befreiung von Mauthausen offiziell den Amerikanern zugeschrieben, in der Erwähnung des Schwurs mit keinem Wort der Kampf gegen Imperialismus und Verhetzung erwähnt. In Mauthausen sind ebenso wie in anderen KZ russische Vertreter zu Gedenkveranstaltungen unerwünscht, obwohl auch dort die meisten Opfer sowjetische Häftlinge waren. Vom illegalen Widerstandskampf der Kommunisten ist schon gar keine Rede. Dabei waren sie es vor allem, die, wie Bruno Baum in Mauthausen, den Widerstand organisierten, so u. a. neben Kommunisten vieler Länder die Deutschen Franz Dahlem, Fritz Grosse, Bruno Leuschner, Heinrich Rau, Hans Seigewasser, alle später führende Partei- und Staatsfunktionäre der DDR. In einem Nachwort des KZ-Verbands/VdA OÖ wird Bruno Baum als „Held des antifaschistischen Widerstandes“ gewürdigt, der wesentlichen Anteil an der Rettung des führenden antifaschistischen Funktionärs Österreichs Richard Dietl hatte.

Ich zeichne in einem Nachwort Wirken und Würdigung Bruno Baums nach 1945 in der sowjetischen BZ/DDR nach. Meine besondere Beziehung zum KZ Mauthausen erklärt sich auch aus der Tatsache, daß der langjährige Generalstaatsanwalt Dr. Joseph Streit ebenfalls politischer Häftling in Mauthausen war.

Mit Freude erfüllt mich, daß ich der Witwe Baums, unserer Genossin und Kommunistin Erika Baum, diese Neuausgabe zu ihrem 100. Geburtstag im Juni überreichen konnte.

Hans Bauer
Vorsitzender der GRH

Unser Autor war ehem. Stellv. Generalstaatsanwalt der DDR.

Bruno Baum: „Die letzten Tage von Mauthausen“, Verlag Neues Leben, Berlin 2025, 223 Seiten, 16 Euro, ISBN 978-3-355-01926-2

Faschistische Ideologie und Imperialismus

1988 sprach Erich Hahn auf einer Tagung des ZK des SED

Am 24. Juni starb der marxistische Philosoph Erich Hahn in Berlin. Er wurde am 5. März 1930 in Kiel geboren, legte das Abitur 1948 ab, studierte von 1950 bis 1956 an der Humboldt-Universität Geschichte und Philosophie und arbeitete danach am dortigen Institut für Philosophie. 1961 promovierte er, 1965 folgte die Habilitation. Von 1966 bis 1989 war er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED tätig und leitete deren Institut für marxistisch-leninistische Philosophie. In den 70er und 80er Jahren war er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates der DDR für Philosophie, wurde 1976 Kandidat des ZK der SED und 1981 dessen Mitglied. Ab 1984 nahm er an allen sieben Gesprächsrunden zwischen SED und SPD teil, die 1987 in das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ mündeten.

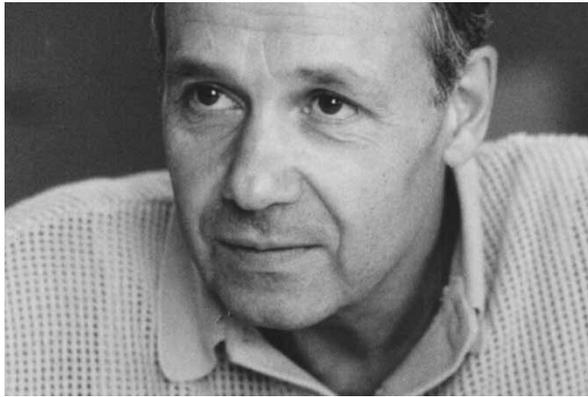
Auf der 7. Tagung des ZK der SED hielt er im Dezember 1988 eine Diskussionsrede, die unter dem Titel „In bewegten Zeiten einen klaren Standpunkt beziehen“ im „Neuen Deutschland“ vom 3./4. Dezember 1988 erschien. Wir dokumentieren einen Auszug:

Die erste kulturgeschichtliche Tat unserer Partei im Bündnis mit allen antifaschistischen, humanistischen, fortschrittlichen Kräften war die Zerschlagung der faschistischen Ideologie. Es ist wohl berechtigt festzustellen, daß folgenden Schritte im Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne diesen entscheidenden historischen Ausgangspunkt nicht hätten bewältigt werden können. (...) Uns alle bewegt zugleich die trübe Geschichte der Nichtbewältigung bzw. Reproduktion faschistischer Ideologie in der BRD. (...) Zugleich sind wir dabei mit einer neuen Qualität konfrontiert.

Der bisherige Beitrag der 80er Jahre in diesem Land, der BRD, zu diesem Strang unheilvoller Geistesentwicklung, ist einerseits die sogenannte „Historiker-Debatte“ – in deren Verlauf von reaktionären Wissenschaftlern ein massiver Vorstoß zur Verharmlosung des Faschismus unternommen wurde, mit dem Gipfelpunkt einer so oder so vorgenommenen Gleichsetzung Hitlers und Stalins. Andererseits erleben wir immer wieder neue sogenannte Entgleisungen bundesdeutscher Spitzenpolitiker. Beides hat nicht nur eine scharfe Abfuhr von seiten humanistischer Kreise der BRD selbst hervorgerufen, sondern immer wieder auch die Frage, wie so etwas überhaupt möglich sei. Bei einer schlüssigen Antwort auf diese Frage sind sicher zahlreiche Umstände und Faktoren in Rechnung zu stellen. Fest steht jedoch: Die Bewältigung des Faschismus in beiden deutschen Staaten – die Verharmlosung des

Faschismus ist auch eine Bewältigung! – ist von entgegengesetzten Klassenkräften erfolgt, wurde von entgegengesetzten Klassenkräften vorgenommen. (...)

Die Rolle der Arbeiterklasse und ihres geistigen Instrumentariums war und ist unverzichtbar, um die sozialen, die klassenmäßigen Wurzeln der faschistischen Barbarei zu identifizieren: der reaktio-



Erich Hahn (1930–2025)

näre Militarismus, die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne – ich habe aus dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zitiert. Das schloß ein, den Faschismus und seine Träger nicht mit der Bourgeoisie insgesamt zu identifizieren, aber auch die geistigen Quellen der faschistischen Ideologie nicht zu übersehen: Die Vorgeschichte des Nationalsozialismus war der Verfall der bürgerlichen Ideologie – so formulierte es Otto Grotewohl auf dem I. Kulturtag der SED 1948. (...)

Auf der anderen Seite erweist sich ein weiteres Mal die unheilvolle Rolle des Antikommunismus.

Am 7. Mai 1979 sagte Konrad Wolf auf einer Plenartagung der Akademie der Künste in Berlin, DDR: „Der Antifaschismus ist ein historisch gewachsenes Bündnis von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung. Dieses Bündnis hat Weite und Fülle im Individuellen, Geistigen, Politischen, aber es endet an einer Grenze: Antifaschismus und Antikommunismus waren und bleiben unvereinbar. In dem Land, in dem wir leben, sind Antifaschismus und Sozialismus eine Einheit geworden.“ (Neues Deutschland, 9. Mai 1979, Seite 4)

Das ist der klassenmäßige Hintergrund und Inhalt des oben erwähnten makabren Vergleichs, jenes Zusammenkens von Unvereinbarem. Dieser klassenmäßige Hintergrund darf von niemandem übersehen oder auf die leichte Schulter genommen werden. Hier geht es um die Verwischung von

Klassenpositionen, um eine auf historischer Verfälschung beruhende Variante der Totalitarismuskonzeption. Es geht darum, den Sozialismus als geschichtliche Alternative für die überlebte imperialistische Ordnung, als geschichtliche Perspektive der Menschheit in Misskredit zu bringen. Es geht darum, die Wachsamkeit der Völker von den Schandtaten des Imperialismus abzulenken. (...)

Einerseits geht aus den zahlreichen Artikulationen von Krisenbewusstsein in den letzten Jahren zweifelsfrei hervor, daß praktische und ideologische Krisenerscheinungen dieser Gesellschaft letztendlich in dem Unvermögen der Monopolbourgeoisie verankert sind, die Bedingungen und den Inhalt der menschlichen Tätigkeit so zu gestalten, daß die Gegenwart und Zukunft der menschlichen Gattung bereichert und nicht bedroht wird.

Andererseits ist offenkundig, daß insbesondere die geistig-moralischen Krisenprozesse dieser Gesellschaft in einem zunehmenden, vielgestaltigen und überaus gefährlichen Irrationalismus kulminieren.

„Die Rationalitätskepsis ist nur die Abart eines viel weiter verbreiteten Unbehagens in der Seelenwetterlage der westlichen Welt.“ (Manfred Frank. In: Die unvollendete Vernunft – Moderne versus Postmoderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1987, Seite 101) Ein anderes Zitat: „Wer Sachverhalte verdeutlichen will, die sich hinter dem Rücken auch der Wissenschaften durchgesetzt haben, muß lernen, gegen das Denken zu denken.“ (Dietmar Kamper. In: Die unvollendete Vernunft – Moderne versus Postmoderne, Seite 38 f.) Und dies ist ernst gemeint, nicht kritisch. (...)

Wir haben deutlich zu machen, daß der verhängnisvolle Schluß von der Krisenhaftigkeit imperialistischen Umgangs mit Wissenschaft und Vernunft auf die Krisenhaftigkeit von Wissenschaft und Vernunft selbst systembedingt ist. Wahrheit und Rationalität sind unverzichtbare Werte der Menschheit, die heute allerdings auf eine sozialistische Erneuerung der Welt drängen. Eine andere Schlußfolgerung ist eher praktischer Art. Es handelt sich ja bei dem Thema „Irrationalismus als gesellschaftliches Phänomen“ auch nicht nur um ein theoretisches Problem! Nachdem Konrad Wolf in der oben bereits zitierten Rede über den Faschismus der „dritten Generation“, die neofaschistischen Tendenzen der Gegenwart gesprochen hatte, sagte er: „Die Zerstörung der Vernunft, des gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins und des menschlichen Empfindens ging solchen Feldzügen immer voraus.“

RF veröffentlicht den zweiten Teil der persönlichen Erinnerungen von **Thomas Metscher**, emeritierter Professor an der Universität Bremen, zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2025

Die falsche Offiziersuniform

Die ersten drei/vier Wochen nach Kriegsende waren in dem Teil der sowjetisch besetzten Zone (der späteren DDR), in der wir lebten, eine gesetzlose Zeit – eine Zwischenzeit, wie man sagen kann. Eine Kommandantur zur Kontrolle der teilweise marodierenden Truppen war eingerichtet, doch funktionierte sie noch nicht recht, so daß man sich auf sie nicht verlassen konnte. Vor allem nachts brachen russische Soldaten aus den okkupierten Kasernen aus, kaperten einen Armeelaster und gingen auf Suche nach „Uri“ und „Frauen“, wie sie sagten. Beide wurden versteckt oder versteckten sich – was auch meistens gelang. Jedenfalls gab es in dem Ortsteil, in dem wir lebten, keine Fälle physischer Gewalt – denn das hätte ich mitbekommen. Die „Fräuleins“, nach denen sie suchten, taten es oft für die versprochene „Scheibe Speck“. Die Laster mit den Soldaten fuhren meist ergebnislos wieder davon, zuletzt auch verfolgt von Truppen der „Commandantura“, nach der wir riefen, unterstützt von klappernden Kochtopfdeckeln in lauer Frühsommernacht.

In diesen Tagen geschah es, daß zwei deutsche Soldaten, Offiziere in Offiziersuniformen, zu uns flüchteten und meinen Vater um zivile Kleidung ersuchten – sie wollten der Kriegsgefangenschaft entgehen, in die sie zweifellos gerieten, wenn von den Russen als deutsche Offiziere erkannt. Mein Vater gab ihnen zwei alte Anzüge mit Hemd und Schlips, trug ihnen aber nachdrücklich auf, ihre Offiziersmontur im nahe gelegenen Wald zu vergraben. Was die Herren nun keineswegs taten. Sie deponierten vielmehr ihr Heldenkostüm in unserem großen Garten, notdürftig zwischen zwei Tannen versteckt. Die deutschen Helden zogen unbehelligt davon. Es geschah das Naheliegende. Es erschien ein Laster mit Soldaten der Roten Armee, die Haus und Garten mithilfe eines großen Degens nach Verstecktem und Vergrabenem durchsuchten. Die Offiziersuniformen zu finden, bedurfte keiner großen Kunst. Man bezog sie auf meinen Vater. Der jetzt als kriegsgefangener Offizier festgenommen wurde. Es wurde unterstellt, daß er einer der Offiziere war, deren Uniformen man entdeckt hatte. Zum Glück paßte ihm keine, er war für beide zu groß – so daß man ihn dann auch wieder laufen ließ.

Hier nun ereignete sich der einzige mir bekannte Fall physischer Gewalt durch die Rote Armee, als einer der Suchenden, um den Widerstand meines Vaters zu brechen, diesem mit der stumpfen Seite des Degens

über den Rücken schlug. Das war ohne Frage schmerzhaft, doch war es ungefährlich. Ich selbst stand dabei und heulte wie ein Schloßhund. Da kam einer der russischen Soldaten unteren Rangs zu mir, legte seinen Arm um meine Schulter und sagte im gebrochenem Deutsch: „Du, Junge, nicht weinen. Mit Vater wird gut“ – was dann auch geschah. Wenn das aber Blutrache oder Gräueltat gewesen sein soll, so weiß ich nicht, was diese Wörter bedeuten. Auch der Hieb mit dem Degen reicht nicht dafür – zumal das Opfer anschließend wieder freikam. Meine Angst als Junge war allein die, daß Vater als Gefangener mitgenommen werden könnte. Daß die Mutti auf andere Weise bedroht war, kam mir nicht in den Sinn.



1945 bis 1994 nutzte die Sowjetarmee die Kaserne Krampnitz bei Fahrland

Bücher als Zeugen der Gesinnung

In dieser Zeit gab es fast täglich Durchsuchungen der Häuser – offizielle und nicht-offizielle, die offiziellen angeleitet von einem Offizier, die dann auch mehr oder weniger korrekt verliefen. Eine solche ist mir noch genau in Erinnerung. Es handelte sich um einen Offizier, der sachlich orientiert und in fast fehlerlosem Deutsch meinen Vater als Herrn des Hauses zu sich rief, ihm erklärte, daß er nach versteckten Waffen suche und von dem Herrn des Hauses erwarte, daß dieser ihm, sollte es sie geben, auf der Stelle überreichen würde. In diesem Fall würde niemandem, auch ihm selbst nicht, etwas geschehen. Sollte aber eine versteckte Waffe gefunden werden, würde er ihn auf der Stelle erschießen. Die Drohung war da.

Mein Vater sagte nur, daß er nicht lebensmüde sei, vielmehr ein Freund des Friedens und Gegner von Waffen aus Prinzip. Fände er diese, würde er sie ausnahmslos im See vor seiner Haustür versenken – gerade gestrigen Tags hätte eine Gruppe soldatischer Kollegen des Herrn Offiziers in just diesem Garten ein kleines Fest begangen, bei dem es zu gutem Essen auch reichlich Wodka gab. Augenscheinlich von diesem benebelt, hätten die Gäste eine ausgewachsene Panzerfaust zurückgelassen. Mein Vater nun hätte das Ungetüm einer Waffe in seinem Angelkahn auf den See transportiert und in diesen versenkt. Zum Beweis könne man ja danach suchen. Was auch tatsächlich geschah, und in dem relativ flachen See wurde das Monstrum bald gefunden. Die Stimmung hatte sich dadurch entschärft, doch wollte der Offizier die Durchsuchung des Hauses fortsetzen. Der erste Raum, den er betrat, war das sogenannte Bibliothekszimmer, das auf allen Seiten mit Werken der klassischen Literatur, meist in bibliophilen Gesamtausgaben, bedeckt war, in unterer Reihe auch die Werke kriegskritischer Gegenwartsliteratur: so Brecht, Becher, Gorki, Tucholsky, die Weltbühne, Heinrich und Thomas Mann, Kästner, Frank, Döblin und viele mehr – nur die Nazis fehlten, und in der Tat hatte solche Literatur auch keinen Platz in meines Vaters Bibliothek. Doch sonst war die große europäische Literatur in ihr versammelt: von Homer, Aischylos, Sophokles, Euripides über Vergil und die Römer, Dante und Boccaccio, Shakespeare und Cervantes, Milton und die revolutionäre Romantik der Engländer und Schotten, der große realistische Roman seit Puschkin, Tolstoi, Dostojewski, der Realismus der deutschsprachigen Literatur, der Engländer und der Franzosen – bis hin zu antifaschistischer Literatur der Gegenwart. Vermutlich hatte der russische Offizier Vergleichbares noch nie gesehen, jedenfalls in keinem Haus des faschistischen Deutschland erwartet. Er fragte nur: „Sind das Ihre Bücher?“ Mein Vater: „Wem sollten sie sonst gehören? Dies ist mein Haus. Meine Mitbewohner würden nicht einmal verstehen, was in ihnen steht.“ Der Offizier: „Teilen Sie denn die Meinung dieser Autoren?“ Mein Vater: „Ach, wissen Sie, jetzt wird Ihnen jeder erzählen, daß er Hitler für einen Lumpen und Lügner hält. Hier haben Sie meine Bücher. Sie sollen für mich sprechen.“ Darauf der Offizier: „Dann breche ich die Inspektion ab und lade Sie alle zum Essen ein.“ Gesagt, getan – und es wurde ein gutes Essen Dank der Bücher, reichlich wie seit

langem nicht mehr. Zum Abschied sagte noch der Offizier: „Verstecken Sie den Rest“ – es war viel übriggeblieben. „Meine Leute haben alles gesehen, und möglicherweise kommen sie heute Nacht, um das Zurückgelassene abzuholen.“ Doch sie kamen nicht, und wir hatten noch lange ein gutes Essen.

Das gestohlene Schwein

Es war die Zeit, in der die russische Einquartierung bereits fest etabliert war. Sie hatte sich rundum eingerichtet – doch kaum zur ungeteilten Freude der ursprünglichen Bewohner. Zur festen Einrichtung gehörte offensichtlich der Erwerb eines kleinen Schweins. In der ehemaligen Garage hatten sie ihm ein Gehäuse gebaut, in dem es schlief. Tagsüber lief es frei im Garten herum und fraß, was ihm vor die Nase kam. Doch war es selbst zum Fraß bestimmt. Als es die dafür erforderliche Größe erreicht hatte, nach Schweineart also erwachsen war, war seine Stunde gekommen. Der Tag seiner Schlachtung wurde festgelegt, seine Verarbeitung vorbereitet. Doch einige Tage davor war das Schwein plötzlich verschwunden. Und es ging ein Geheul durchs Haus: Das Schwein ist weg,

nirgendwo zu finden, es muß gestohlen worden sein. Uns war nicht wohl dabei. Wir wußten, daß die Russen in diesem Punkt keinen Spaß verstanden. Und richtig: Sie riefen die Politpolizei der nahe gelegenen Commandantura – das war die Polizei der Roten Armee, über die ungute Gerüchte im Umlauf waren. Der Hauptverdächtige war hier „Wilhelm“, mein Vater. Hubert, das schlaue Bäuerlein im Nachbarhaus, galt als der zweite im Bunde. Als der Politwagen mit ihnen verschwand, senkte sich Trauer in unsere Herzen. Es sah nach Nimmerwiedersehen aus. Die Russen dagegen feierten ein Fest – was sie bei Aufregung immer taten. Uns – ohne Vater – luden sie dazu ein. Es war um die Mittagszeit, wir alle saßen im Speisesaal. Da klopfte es laut an der Tür. Nein, nicht das Schicksal trat ein, oder wenn das Schicksal, dann in Gestalt meines Vaters. Er war nach kurzem Bericht und Verhör freigelassen worden. Wie wir später erfuhren, hatte zu diesem Zeitpunkt die auf Ulbrichts energische Initiative eingerichtete Polizei (später „Volkspolizei“) die Untersuchung von Vergehen wie Diebstahl übernommen, und sie glaubten der Erklärung meines Vaters, daß er kein Interesse

hätte, mit der Einquartierung in seinem Haus in ein feindliches Verhältnis zu treten – ganz sicher nicht wegen eines gestohlenen Schweins. Das Argument überzeugte, und so ließ man ihn gehen. Auch die Russen wurden schließlich von Wilgelms Unschuld überzeugt.

Ein Nachspiel nur: Einige Zeit nach diesem Vorfall erhielten wir den Besuch unseres nachbarlichen Bäuerleins. Er präsentierte uns als Geschenk einige Dosen gekochten Schweinefleischs und ein Stück geräucherter Rippe. „Für den Schreck“, sagte er – „es ist von dem Russenschwein“. Er habe es sehr behutsam, erzählte er, in den nahe gelegenen Wald gelockt, wo bereits der Schlächter aus dem Nachbardorf seiner harrete. Dann sei alles sehr schnell und professionell gegangen, wie geplant. Mein Vater mochte so etwas nicht, was das Bäuerlein wußte. Drum habe man ihn auch nicht näher informiert. Nun, das Schweinefleisch aßen wir dann doch, und auch die Rippen blieben nicht unberührt. Später hörten wir noch, daß das Bäuerlein eines natürlichen Tods gestorben war – auf seinen Raubzügen wurde es nie erwischt.

Parteitag der Solidarität

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) tagte in Frankfurt am Main

Vom 20. bis zum 22. Juni fand in Frankfurt am Main der 26. Parteitag der DKP statt. Die rund 170 Delegierten faßten einstimmig Beschlüsse zur konkreten Solidarität mit Palästina und Kuba und verabschiedeten eine Handlungsorientierung für die kommenden vier Jahre mit dem Titel „Widerstand gegen Militarisation und Sozialabbau organisieren – Wir kämpfen für Heizung, Brot und Frieden!“ In drei Blöcken zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Kommunalpolitik und zur Friedensarbeit wurden Erfahrungen ausgetauscht. Die Berichte aus den Parteigliederungen waren konkret und informativ und zeigten eine selbstbewußte, lebendige Partei und das Ringen, besser zu werden – vor allem bei der Verankerung in der Arbeiterklasse. Dabei werden konkrete Schritte gegangen, wie die begeistert aufgenommene Information über die Gründung von zwei Betriebsgruppen – bei der Bahn in Berlin und bei der Post in Kassel – zeigte.

Der Parteitag erhielt mehr als 50 Grußschreiben von Schwesterparteien aus aller Welt und von zahlreichen Organisationen im Inland, darunter der „RotFuchs“ und die GRH. „Hoch die internationale Solidarität“ schallte es laut durch den Saal des Frankfurter Hauses der Jugend nach den Grußworten von George Rashmawi, dem

Sprecher der Palästinensischen Gemeinde Deutschland, von Mónica Rodríguez Sánchez, die Leiterin der Außenstelle Bonn der kubanischen Botschaft, und von Vu Quang Minh, Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam. In seinem Referat hatte Patrik Köbele, der alte und neue Vorsitzende der DKP, klare Worte zum Völkermord in Palästina und der Rolle Deutschlands gefunden: „Die Bundesregierung ist Komplize dieser verbrecherischen Politik der zionistischen Apartheidregierung.“ Er forderte die sofortige und unmißverständliche Verurteilung der Angriffskriege Israels, den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik. Er forderte außerdem: „Schluß mit der sogenannten Staatsräson.“

Auch die Grüße von Ulrike Eifler, Gewerkschafterin gegen Aufrüstung und Krieg und Mitglied des Parteivorstandes von „Die Linke“, sowie von Jutta Kausch für die Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ wurden mit stehenden Ovationen gefeiert. Die der SDAJ, vorgetragen von der Bundesvorsitzenden Andrea Hornung, ohnehin. Solidarisch verließ auch die Personaldiskussion. Patrik Köbele wurde mit 152 von 169 Stimmen erneut zum Vorsitzenden gewählt, Wera Richter mit 161 Stimmen wieder zu seiner Stellvertreterin. Mit Björn Blach

(152 Stimmen), verantwortlich für Organisationspolitik, hat die DKP nun auch wieder einen zweiten Stellvertreter. Der neue Parteivorstand mit 28 Genossinnen und Genossen steht nicht zuletzt für den eingeleiteten Generationswechsel. Mit Andrea Hornung ist nun auch die Bundesvorsitzende der SDAJ dabei. Erneut wurde auch Arnold Schölzel, der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins e. V., als Mitglied des Parteivorstandes gewählt. Zudem wurden eine sechsköpfige Zentrale Schiedskommission und die vierköpfige Zentrale Revisionskommission bestimmt.

Am frühen Morgen des 22. Juni, dem Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion, trafen sich die Delegierten vor Beginn des dritten Kongreßtages zu einer Fotoaktion vor dem Haus der Jugend. Patrik Köbele informierte sichtlich erschüttert über den nächtlichen Angriff der USA auf den Iran, die erneute Eskalation des Krieges im Nahen Osten und erklärte: „Bomben auf Atomanlagen. Nicht auszudenken, was das für die Menschen in der Region bedeuten kann.“ Es seien solche Momente, wo ihm klar werde: „Wie gut, daß wir uns haben.“ Dieses Gefühl und diese Gewißheit wurden durch den Kongreß eindrucksvoll bestätigt.

Arnold Schölzel

Ein Wort zum spanischen Bürger- und Interventionskrieg 1936–1939

Dem, was Reiner Neubert unter dem Titel „Autonome Gemeinschaft Baskenland“ im Juli/August-RF schreibt, kann ich nur zustimmen. Gelegentlich verfolge ich Sendungen des spanischen Fernsehens RTVE „ruralitas“, in denen u.a. über das Leben in abgelegenen Dörfern mit manchmal nur 12 Einwohnern berichtet wird, auch dort kümmert man sich um die Versorgung Älterer, Kranker und Behinderter. Die Autobahnmaut ist schon seit drei Jahren abgeschafft. Man findet eine Verkehrsinfrastruktur vor, die sich auch so nennen darf. Ordnung und Sauberkeit in den Orten, den Millionenstädten oder kleinen Dörfern ist eine Selbstverständlichkeit. Mit hier unvergleichbar.

Zum spanischen Bürger- und Interventionskrieg möchte ich ergänzen: Es waren zwischen 90 000 und 100 000 gut ausgebildete und ausgerüstete ausländische reguläre Soldaten auf faschistischer Seite im Einsatz. Den größten Anteil stellte Italien, die Wehrmacht mit 10 000 Soldaten, Marokkaner, Engländer, Portugiesen etc.

Offiziere der damaligen regulären spanischen Armee erhoben sich gegen die Republik. Das Volk stellte sich ihnen entgegen. Unbewaffnete Arbeiter stürmten Kasernen, um die Putschisten zu entwaffnen. Sie konnten auf die Hilfe regierungstreuer Soldaten bauen. Später haben die Gewerkschaften bewaffnete Milizen aufgestellt. Chaotisch, unkoordiniert. Erst 1938 begann man unter der Führung Enrique Lister's die spanische Volksarmee aufzubauen. Zu spät!

Der spanische Bürger- und Interventionskrieg ist ein Paradebeispiel dafür, wie Imperialisten der westlichen „Demokratien“ reguläre Faschisten fördern. Das in London ständig tagende „Nichteinmischungskomitee“ unter Lord Plymouth schob den Nazis die Bälle zu. Zu den Mitgliedern des Nichteinmischungskomitees gehörten, man glaubt es nicht, Deutschland und Italien. Ihnen wurde die Aufgabe zugewiesen, Seeblockaden der wichtigsten Seehäfen Spaniens zu errichten. Das taten sie mehr als gründlich. Sowjetische Hilfslieferungen mit Lebensmitteln, medizinischen Gütern und Waffen für die reguläre spanische Regierung wurden angegriffen. Sowjetische Matrosen kamen dabei ums Leben.

Das Komitee erschwerte der legitimen spanischen Regierung Waffenkäufe, während die Versorgung der faschistischen Soldateska reibungslos verlief.

Im Frühjahr 1937 kam es zu einer Evakuierungsaktion tausender spanischer Kinder aus den bedrohten Gebieten Billaos und Asturiens. Am 5. Juni verweigerten die USA die Landung von 500 spanischen Kindern



Denkmal für die sowjetischen Freiwilligen im Spanischen Krieg auf dem Friedhof Fuencarral in Madrid

in New York. Die USA erklärten die Kinder kurzerhand zu „Kombattanten“. Kennt man schon, oder? Die USA waren seit 1935 offiziell neutral und zogen im Hintergrund die Fäden. Offen konnte der Westen nicht gegen die Spanische Republik intrigieren. Dazu genoß sie zu große Unterstützung bei den werktätigen Massen. Das manifestierte sich in den zahlreichen Freiwilligen, die der spanischen Republik zu Hilfe eilten. Trotz großer menschlicher Verluste waren es konstant an die 30 000 Internationalisten. In Albacete war deren Sammelpunkt. In Deutschland vertuschte man den Einsatz der Wehrmacht. Der „Deutsche Freiheitssender 29,8“ sendete und

informierte aus Madrid. Am 26. April 1937 bombardierte die deutsche Luftwaffe mit in spanischen Farben getarnten Maschinen die kleine Stadt Guernica. Nicht nur, daß sie das kleine Städtchen dem Erdboden gleichmachten, schossen sie auch in Tieffliegerangriffen auf Zivilisten, Männer und Frauen auf Feldern und in Gärten. Solche Greuel kennen wir satt. Und ebenso das Schweigen der „Demokraten“ und der selbsternannten „Menschenrechtler“. Es sollte dann ein noch schlimmeres Verbrechen an Flüchtlingen aus Barcelona begangen werden. Am 27. Februar 1939 schließlich erkannten Großbritannien und Frankreich offiziell Franco an und brachen ihre diplomatischen Beziehungen zur republikanischen Regierung ab.

Der ehemalige Außenminister der Spanischen Republik Alvarez del Vayo äußert sich in seinem Buch „Die Schlacht um die Freiheit“ zur ominösen „Nichteinmischung“ folgendermaßen: „Es war ein glänzendes Beispiel für die Kunst, das Opfer der Aggression den Aggressorstaaten auf einem Präsentierteller zu servieren, dabei die vornehmsten Gentlemanmanieren zu wahren und gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, als wäre dabei die Einhaltung des Friedens das einzige Ziel.“ Mit Blick auf Heute ist dem nichts hinzuzufügen.

Gedenkstätten und Mahnmale gibt es in Spanien zahlreich. Sie werden gepflegt, teilweise neu errichtet. Allerdings versucht man auch dort in den Medien gern, die Geschichte verfälscht darzustellen.

Rainer Hesse, Dresden



Frieden und Völkerverständigung



**Alternative Einheitsfeier des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
am 7. Oktober 2025,**

**im Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen bei Berlin
Beginn: 10 Uhr / Einlaß ab 9:30 Uhr**

Es sprechen: Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.
Sevim Dagdelen, Außenpolit. Sprecherin des BSW

Es moderiert und singt: Tino Eisbrenner, Songpoet

Unkostenbeitrag: 10,00 € pro Person
Dauer der Veranstaltung ca. 2 Stunden

Verbindliche Anmeldung und Bezahlung: In der GS von ISOR bzw. GRH
oder Sie melden sich unter der Mailadresse: okvJoBo@web.de

Anmeldeschluß: 14.9.2025
Restkarten können, sofern verfügbar, an der Tageskasse erworben werden.

Der 13. August 1961 und der US-Plan

Der Bau der „Berliner Mauer“ hat die Menschen in der DDR und in der Alt-BRD davor bewahrt, Ziel eines geplanten Atomwaffenangriffs der NATO zu werden.

In seinem Buch „Die Erinnerungen“ schreibt der frühere CDU-Bundesminister und bayerischer Ministerpräsident bis 1988 Franz Josef Strauß im Kapitel „Berlinkrisen und Mauerbau“ (Zitat S. 380 bis 388):

„Eines Tages kam Foertsch zu mir – es muß nach der Auseinandersetzung mit den Engländern gewesen sein, bei der sich die Franzosen im übrigen ziemlich zurückhaltend gaben –, um mir aufgeregt das Neueste aus dem NATO-Hauptquartier zu berichten. An dem Gespräch nahmen meiner Erinnerung nach noch General Schnez und Staatssekretär Hopf teil. Für den Fall, daß der von den Amerikanern geplante Vorstoß zu Lande nach Berlin von der Sowjetunion aufgrund ihrer Überlegenheit aufgehalten werde, hätten die USA die Absicht, so Foertsch, bevor es zum großen Schlag gegen die Sowjetunion komme, eine Atombombe zu werfen und zwar im Gebiet der DDR. Ich fragte nach: ‚Im Gebiet der Sowjetunion?‘ Nein, so die Antwort, im Gebiet der DDR.

Es war dann von einem russischen Truppenübungsplatz die Rede, auf der große Mengen russischer Truppen konzentriert waren. Wenn diese Atombombe präzise geworfen und wenn sie einen begrenzten Wirkungsradius haben würde, dann wären die Opfer unter der Zivil-Bevölkerung weitgehend auf die Menschen beschränkt, die auf diesem Truppenübungsplatz arbeiteten. Einen Truppenübungsplatz, den ich kannte, habe

ich namentlich genannt – ich war dort im Jahre 1942 eine Zeitlang bei der Aufstellung einer neuen deutschen Panzerflakdivision. Dies erschien mir, wenn es schon dazu kommen mußte und wir den Amerikanern nicht in den Arm fallen konnten, unter den gegebenen Umständen das geringste zu sein, obwohl es noch immer schlimm genug war. Der amerikanische Gedanke eines Atombombenabwurfs auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz hätte, wäre er verwirklicht worden, den Tod von Tausenden sowjetischer Soldaten bedeutet. Das wäre der Dritte Weltkrieg gewesen. Die Amerikaner wagten einen solchen Gedanken, weil sie sehr genau wußten, daß die Sowjets damals nicht über präzise treffende und zuverlässig funktionsfähige Interkontinentalraketen verfügten, auch nicht über einsatzgenaue Mittelstreckenraketen, die in Stellung zu bringen gewesen wären. Der Krieg hätte weitgehend in Europa stattgefunden, und zwar als konventioneller Krieg, dem die USA eine nukleare Komponente hinzufügen konnten. Solche Überlegungen sind am Sonntag, dem 13. August 1961, zum Glück Makulatur geworden.“

Strauß hatte keine Skrupel, den NATO-Generälen, ohne großen Widerstand zu leisten, die Abwurfziele in der DDR zu nennen. Anscheinend spielte es keine Rolle, daß bei einem Atombombenabwurf nicht nur die DDR, sondern auch die Alt-BRD und umliegende Ländern große Opfer an Menschenleben zu beklagen hätten. Dem Ziel der NATO, die Vernichtung des „Bolschewismus“, hatte sich alles unterzuordnen.

Die DDR-Regierung informierte schon sehr früh über die auf die DDR zielenden Atombombenpläne der NATO.

CDU-Zeitung „Neue Zeit“ (DDR) vom 10.2.1960:

„Bonn plant Atomangriff auf die DDR

Auf die Frage, ob der geplante militärische Angriff der deutschen Militaristen auf die DDR auch unter Anwendung von Atomwaffen vorgesehen sei, antwortete Walter Ulbricht auf der internationalen Pressekonferenz: ‚In den Erklärungen von Herrn Strauß ist das klar gesagt. In den Übungen, in den Stabsübungen wie in den Manövern der westdeutschen Armee, ist das bereits durchexerziert. Einer solchen Übung lag zum Beispiel der Befehl zugrunde, nach atomarer Beschießung von Städten der DDR innerhalb von 24 Stunden zunächst bis zur Oder vorzurücken. Wenn einer der westdeutschen Herren daran zweifelt, kann er sich ja beim Bonner Generalstab den Befehl für diese Stabsübung zeigen lassen. Bei einer der Stabsübungen, und zwar bei der in Rheindahlen bei Mönchen-Gladbach, wo über die strategische Konzeption zur ‚Führung des Krieges im europäischen Bereich‘ beraten wurde, vertrat Nazigeneral Kamhuber die Auffassung, daß mit der Eröffnung des Angriffs nicht nur ein atomarer Schlag gegen die DDR geführt werden soll, sondern gleichzeitig gegen die militärischen Objekte in der CSSR, in Polen und in den westlichen Teilen der Sowjetunion. An dieser Aussprache waren auch der britische Marschall Sir Jones und der frühere Befehlshaber der NATO-Armeegruppe ‚Nord‘, General Ward, beteiligt.“

Johann Weber, Niederbayern

Wir sind so frei

Was würde Heine heut' wohl schreiben
denkt er an Deutschland in der Nacht?
Ich glaub', er ließ das Schreiben bleiben,
denn so viel Dummheit hätt' er nicht verkräft.

Seine Reise war noch recht beschwerlich,
man fliegt zum Frühstück heute nach Hawaii,
drei Edelmeizen sind dabei.

Man trinkt Champagner,
ißt Kaviar aus den größten Dosen.

Was ist denn schon dabei?
Wir können's uns ja leisten –
Wir sind so frei.

Herr Ackermann, den Daumen runter,
er lächelt siegessicher und süffisant
wie weiland Nero beim Spiel der Gladiatoren
und schon haben ein paar Tausend ihren Arbeits-
platz verloren,
doch der Profit, er steigt und steigt.

Was barmt Ihr denn, ihr Toren.
Was ist denn schon dabei?
Wir sind so frei.

In allen Glanzgazetten tummelt sich der Adel,
ist wieder angeseh'n und telegen,
zieht in den Krieg und ist sehr genehm.
Mich deucht, wir hatten uns geschworen,
die Sippe sei nicht existent, sei ausgestorben
und ad acta.

Ich glaub', wir sind nicht kompetent.
Wann kommt der König, wann der Kaiser,
ach, Lieschen Müller wär' so gern dabei.
Ich höre noch den Jubelschrei
beim letzten Affentheater der Überführung
des Kaisers nach Potsdam zu seinen Hunden.
Der SPD-Minister stand stramm dabei.

Wir laufen wie die Lämmer den Schafen hinterher,
bis einer auf den Knopf drückt,

ist heute gar nicht schwer.
Verzeihung, es war der falsche, is' eben so passiert,
und schon hat ein Atomschlag paar Städte
ausradiert.

Was ist denn schon dabei,
ist doch nicht neu.

Sie reden, reden, reden
und nichts kommt dabei raus.
Sie fühlen sich sexy und überlegen
bei jeder Talk-Show – es ist ein Graus.
Sie sind der Mittelpunkt der Welt.
Ja, lieber Heine, so ist's heut um uns bestellt.
Doch was uns aufrecht und zusammenhält,
das ist der Glaube und der Kampf
für eine bess're und gerechte Welt.
Wir sind so frei!

Lisa Däne (90)
Berlin, 2009

„Sie lesen ja ein BUCH ...!“

... hörte ich zwei junge Ärzte ausrufen, in deren Warteraum ich saß. Wer heute (öffentlich) ein Buch liest, ist ein vergreister Exot, dabei gehörten Bücher, Filme, Gemälde, Theaterstücke zu unserem früheren Leben wie das tägliche Brot. Edeltraut Felfe, Jahrgang 1943, griff zur Feder und hielt ihre Gedanken dazu in dem gut lesbaren und ansprechend gestalteten Büchlein fest: „Leseland DDR. Was Widmungen in Büchern erzählen ... unterwegs zu meinem verschwundenen Land“

Professor Edeltraut Felfe ist Juristin und wurde 1992 an der Greifswalder Universität „natürlich“ gekündigt.

Die Idee zum Schreiben ergab sich aus Widmungen, welche sie vor allem in Büchern fand, die ihr Verein „Bücherfreunde Greifswald“ vor der Müllhalde rettete. Zu dessen Kernbestand zählen die „überflüssig“ gewordene Bücherei des Kernkraftwerkes Lubmin, der SED-Kreisleitung sowie die Atelierbibliothek des Grafikers Armin Münch.

Greifswalder Bürger spendeten so viele Bücher, vor allem aus DDR-Verlagen, daß der Verein mittlerweile 35 000 Bände Belletristik, Kinderbücher, Kunstbände bewahrt. Die 45 Vereinsmitglieder leihen Bücher aus, veranstalten Lesungen, Bücherbasare und bestücken die im Stadtgebiet Greifswald verteilten Bücherbäume, die selbst kleine Kunstwerke sind.

Bücher verschenkte man in der DDR häufig, an Kinder, Freunde und Arbeitskollegen: für besondere Leistungen, erfolgreiche Weiterbildungen, für Neuererideen und Zirkelarbeit, fleißiges Altstoffsammeln, gute Zensuren, zum Geburtstag, Frauentag, zur Konfirmation, als Dank an die Patenbrigade. Unter den Widmungen findet sich Witziges wie der Eintrag in Scholochows „Ein Menschenschicksal“: „Dem Major der Feuerwehr als Anerkennung für ausgezeichnete Leistungen im Aquariumszirkel, 26.1.67“, Kluges: „Kommen muß die Vergeistigung der Massen“ von Albert Schweitzer in einem Buch über ihn oder „Die weitere Vertiefung des Wissens ist der beste Beitrag zum aktiven Kampf um Frieden, Einheit und Demokratie“ aus den frühen Fünfzigern.

Inmitten dieser Schätze erinnert sich Edeltraut Felfe an „all die Erzählungen, Romane, Gedichte, schöne Bücher eben“, die seit der Kindheit zu ihrem Leben gehören. Sie will weitergeben, daß „die Bücher und ihre Widmungen etwas vom Wesen der DDR erzählen ... weil sozialistische Ideen lebendig waren, die gegenwärtig und künftig gebraucht werden“.

An den großen Anspruch des „Bitterfelder Weges“ erinnert die Autorin mit Brigitte Reimanns „Franziska Linkerhand“. Da ging

es um Liebe, Träume, Berufstätigkeit von Frauen, die Chance, „als ganzer Mensch zu leben“, um Selbstbewußtsein auch aus ökonomischer Unabhängigkeit. „Bücher helfen verändern“, war Brigitte Reimann überzeugt. Christa Wolfs spätere Enttäuschung wird erwähnt, daß der „Bitterfelder Weg“ von der Politik „ganz rigoros beschnitten wurde“, als die Schriftsteller eben begannen, auch über die ökonomische Realität in diesem Lande zu schreiben.



Edeltraut Felfe zitiert Literaturwissenschaftler, die dem Weg dennoch das Verdienst bescheinigen, „bei den heute sogenannten bildungsfernen Schichten ein Interesse an Kunst und Literatur angeregt“ zu haben.

Die zeitweise heftigen Konflikte zwischen Künstlern und der Macht, werden nicht ausgespart. Einige meinten, durch die „Diktatur“ in die „Zwangsjacke des sozialistischen Realismus“ gesteckt zu werden. Aber manchmal hatte die Macht auch Sorgen mit den Künstlern; gut, daß die Autorin festgehalten hat, was Eva Strittmatter 1980 an Jürgen Kuczynski schreibt: „Wir, Erwin und ich, sind seit langem sehr glücklich zu wissen, welches geistige Potential in dieser Gesellschaft (bezogen auch auf Leserbrief) steckt ... Die Liebe zu den kleinen Leuten hat gewiß mit der Herkunft zu tun. Wir haben viele Bekannte, Genossen, die aus dem Bürgertum stammen. Ihr Verhältnis zu jenen Menschen ist doch immer eine Sache

des Verstandes geblieben. Im Grunde haben sie sie nie für voll genommen, wenn sie auch für sie gekämpft haben. Aber wir meinen, daß gerade die kleinen Leute im Sozialismus aufgehoben sein sollten, daß der Sozialismus für sie gemacht wird. Keinesfalls als Experiment für Intellektuelle“. Sozialismus war ein Lernprozeß für alle Beteiligten – die Leser, die Künstler und die Funktionäre. Sich die Kunst zu erschließen, mit ihren eigenen Gesetzen, macht Mühe. Bei uns brauchten sich Leser und Schriftsteller. Die Vielzahl der Leserbriefe und Lesungen waren Symptom für Kunstbedürfnis und Lebensnähe. Die Witwe von Günter Görlich reagierte auf das „Leseland“-Buch mit der Bemerkung: „Bei uns war immer viel los in der Wohnung, die Leute (Leser seiner Bücher) wollten mit ihm über ihr Leben diskutieren.“

Humanistische Literatur kann formend sein für Charakter und Weltanschauung, setzt aber auch Wissen und Reife voraus. Für uns war wertvolle Literatur erreichbar, preiswert, wir behandelten sie in der Schule, diskutierten im Kollektiv. Ich erinnere mich, wie sehr ich vom Buch „Olga Benario“ von Ruth Werner geprägt wurde, als ich 14 Jahre alt war.

Im „Leseland“ wird ein Buch mit Gedichten für die Grundschule aus dem Jahr 1949 einem Lesebuch für Pommern von 1909 gegenübergestellt. Im ersten sind Themen wie Völkerfrieden, Freiheit, Heimat, Freundschaft Anliegen der Kulturpolitik der jungen DDR; im zweiten die Kriegstüchtigkeit: da geht es gebückt und rührselig um Gott und Kaiser, Paraden, treue preußische Soldaten. „Auch steht der Kaiser mit Tränen in den Augen einem glücklich sterbenden Soldaten bei.“

Kriegstüchtigkeit wird von heutigen Kinderbüchern wieder erwartet. Sie sollen die kleinen Leser im Alter von 3 und 4 Jahren aufwärts schon mal darauf vorbereiten, daß Papa oder die gleichberechtigte Mama „lange weg ist“, weil es „einen Menschen auf der Welt gibt, der keinen Frieden will“.

Wie geht es weiter? Die Bücherretter bangen und mühen sich um die Zukunft ihrer Literatur. Sollen die Aitmatow und Simonow, Nexö und Arnold Zweig, Renn, Hermann Kant und Elfriede Brüning, Heinz Kahlau und Uwe Berger, Harry Thürk und Inge von Wangenheim, Hedda Zinner und Wolfgang Schreyer, Bodo Uhse ... gerettet worden sein, um doch auf dem Müll zu landen?

Martina Dost
Vierlingen

Das Buch ist für 12,00 Euro bei der Autorin zu beziehen: edeltraut.felfe@gmail.com oder telefonisch: 0 38 34-4 48 24 13

Landbaumeister auf Rügen

DDR-Architektur war viel mehr als nur „langweilige“ Plattenbauten. In Wirklichkeit ist das architektonische Erbe der DDR jedoch vielfältiger als die Propaganda heute suggerieren will.

Ein Gebäude in Berlin war ein Beispiel dafür. „Die Großgaststätte Ahornblatt stand von 1973 bis 2000 im Berliner Ortsteil Mitte an der Gertraudenstraße, Ecke Fischerinsel. Das Gebäude war das gesellschaftliche Zentrum für das Wohngebiet Fischerinsel, ...“¹ Es war ein wichtiger Teil des gesamten Wohngebietes, das von 1970 bis 1973 neugestaltet wurde.

Das Ahornblatt-Gebäude umfaßte 880 Gaststättenplätze (Betriebsgaststätte) und eine Ladenpassage. Das Geniale an diesem Gebäude war das Dachtragwerk des Bauingenieurs Ulrich Müther und seiner Firma VEB Spezialbetonbau aus Binz. Für den Entwurf des Ahornblattes zeichneten Gerhard Lehmann und Rüdiger Plaethe verantwortlich. Die städtebauliche Planung übernahm Helmut Stingl.

Das denkmalgeschützte Gebäude (seit 1995) wurde 1997 von der Stadt Berlin verkauft und für den Abriß im Jahre 2000 freigegeben. Hinter diesem „Geschäft“ standen Politiker aus dem „Westen“, wie der damalige Senator für Stadtentwicklung Peter Strieder und der Senatsbaudirektor Hans Stimmann (beide SPD). Diese Entscheidung hatte zum Ziel, „Investoren“ lukrative Immobilien in der Hauptstadt Berlin zu „verschaffen“ und politisch mit der DDR-Architektur abzurechnen.

Erwerber des Gebäudes mit Grundstück war die Objekt Marketing GmbH. Der Abriß erfolgte im Jahr 2000 trotz vieler Proteste aus der Bevölkerung und der Fachwelt. „Es ist die Geschichte eines Skandals und ein Zeugnis der Ignoranz der Berliner Stadtplanung und Politik.“ „Die Proteste gegen die Tilgung eines Exempels der DDR-Moderne waren vehement. Auch die Berliner Architektenkammer widersprach massiv. Dessen ungeachtet erhielt der Investor eine Abrißgenehmigung für das Ahornblatt. Auch die Denkmalschutzbehörde fügte sich mit der Begründung, es gebe kein „Nutzungskonzept“ und stimmte dem Abriß zu.“² Eine negative Rolle spielte dabei der Stadtbaurat Thomas Flierl von der PDS. Er hatte sich mit Strieder geeinigt, die Belange des Denkmalschutzes „zurückzustellen“.³

An diesen Skandal konnte ich mich noch gut entsinnen, jedoch nicht an den Ingenieur Müther, der für die Dachkonstruktion verantwortlich zeichnete.

Daß es anders geht, zeigte die Stadt Magdeburg, die das Messe- und Ausstellungszentrum 2019–2024 sanierte und wieder eröffnete. Es „ist bekannt für ihre einzigartige, selbsttragende Dachkonstruktion aus hyperbolischen Paraboloidschalen und gilt als architektonische Meisterleistung.“⁴



Großgaststätte Ahornblatt auf der Berliner Fischerinsel kurz vor dem Abriß im Jahr 2000

Im Jahr 2024 erinnerte mich Marion, eine Freundin der Familie und Bauingenieurin, an den Bauingenieur Müther, als wir gemeinsam in Potsdam das Café „Seerose“ besichtigten. Sie erläuterte umfänglich Müthers Dachkonstruktion.

Rostock-Warnemünde hat eine beeindruckende Sehenswürdigkeit am Strand von Warnemünde, die man nicht so leicht vergessen kann. Bei Besuchen in Warnemünde fiel mir immer wieder eine Gaststätte auf, ohne daß ich mir je Gedanken über den Schöpfer des Daches machte. Das Gebäude wird liebevoll „Teepott“ genannt. Diese Gaststätte war und ist beliebt und wurde von 1967 bis 1968 gebaut. Beeindruckend ist die Eleganz des geschwungenen Daches, das sich in die Strandansicht gut einpaßt. Das gesamte Projekt ist ein Gemeinschaftswerk von Ulrich Müther, Erich Kaufmann, Carl-Heinz Pastor und Hans Fleischhauer.

Aufmerksamen Besuchern der Stadt Binz auf Rügen fällt am Ostseestrand die Rettungsstation der Strandwache 2 (Architekt Dietrich Otto) auf. Sie sieht aus wie ein futuristisches Raumschiff. Der Rettungsturm wurde vom Bauingenieur Müther 1981 errichtet. 2004 und 2018 wurde das Gebäude saniert. Heute wird der Turm als Raum für Trauungen am Meer durch das Standesamt Binz genutzt. Leider wurde

der Rettungsturm 1 in den 90er Jahren abgerissen.

Ulrich Müther wurde 1934 in Binz auf der Insel Rügen geboren und verstarb 2007. Er blieb seiner Heimatstadt ein Leben lang treu. Er war gelernter Zimmermann und absolvierte ein Studium an der Ingenieurschule für Bauwesen Neustrelitz und ein Fernstudium an der Technischen Universität Dresden. Müther entwickelte die Technologie für Schalenbauwerke (doppelt gekrümmte Beton-Schalentragwerke, Hyperbolische Paraboloidschale). Er war mit seinen Fähigkeiten ein gefragter Bauingenieur, der eine Vielzahl von formschönen Bauten in der DDR errichtete. Die meisten Müther-Bauten stehen heute noch in Mecklenburg-Vorpommern. Der selbstbewußte und eigenwillige Bauingenieur/Architekt war nicht nur in der DDR sehr gefragt, sondern auch im Ausland. Er hat u.a. am Raumflugplanetarium in Wolfsburg, am Planetarium in Vantaa (Finnland) und an der Radrennbahn in Havanna mitgewirkt. Er war auch in den Bau der Rennrodelbahn in Oberhof (1979/1980) einbezogen.

Übrigens war Ulrich Müthers Bauunternehmen an der zweigeschossigen Fußumbauung des Berliner Fernsehturms im Rahmen der Bauausführung 1971 beteiligt. Müther hat mehr als 70 Projekte realisiert und an weiteren mitgewirkt.

Müthers Schalenbauweise war zeitaufwendig, aber materialsparend, und entsprach daher den wirtschaftlichen Bedingungen der DDR.

Das Einmalige bei Ulrich Müther bestand darin, daß hinter ihm eine Baufirma stand. Es ermöglichte ihm, seine Bauten nicht nur zu entwerfen, sondern auch baulich zu realisieren.

Müther selbst bezeichnete sich als Landbaumeister. „Wenn ich international gefragt wurde, ich war ja auf einigen Kongressen mit überwiegend Professoren, die sich mit Schalen befaßten, dann habe ich ihnen gesagt: Ich bin Landbaumeister in Binz auf Rügen.“⁵ Ulrich Müther aus Binz gilt auch heute noch als ein bedeutender Baumeister in der DDR und der Nachkriegszeit.⁶ Seine Leistungen stehen durchaus in der Tradition der Modernen/Bauhaus-Architekturschule. Das Müther-Archiv an der Hochschule Wismar bewahrt das Erbe von Ulrich Müther.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fgastst%C3%A4tte_Ahornblatt

2 <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/berlin-historisch-das-ahornblatt-an-der-fischerinsel-li.11229>

3 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/einigung-mit-investoren-gaststatte-ahornblatt-soll-abgerissen-werden-613462.html>

4 Messezentrum Magdeburg Müther

5 <https://www.ndr.de/kultur/kunst/mecklenburg-vorpommern/Der-Schalentragwerk-von-Binz-Gedenken-an-Ulrich-Muether-muether130.html>

6 <https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/Ulrich-Muether-Der-DDR-Pionier-der-Schalentragwerk-muether113.html>

„Ich bin zu früh geboren ...“ – Theo Balden zum 30. Todestag (6. Februar 1904–30. September 1995)

„Ich bin geboren, um zu arbeiten, viel, viel zu früh“, schreibt Theo Balden in autobiografischen Notizen.¹ „Zu früh“ – wenn man bedenkt, daß seine erste Lebenshälfte von Armut und Emigration geprägt war, die eine kontinuierliche Ausformung seines künstlerischen Talentes verhinderten. Im Alter, nach der schöpferischen, höchst produktiven Phase in der DDR, mußte er auch noch das Verschwinden seines Landes erleben. Das wird ihn bekümmert haben, war er doch der Meinung, „der Sozialismus ist, sehen wir mal von der Renaissance ab, der geeignete Nährboden, auf dem wirkliche Monumentalkunst gedeihen kann. Wir brauchen in der Tat Werke, die sich an die ganze Gesellschaft wenden und die nicht zu privatisieren sind.“² Nun war er in den letzten Lebensjahren zurückgeworfen in eine Ordnung, deren Menschenfeindlichkeit er bereits kennengelernt hatte.

Theo Balden kam am 6. Februar 1904 als drittes Kind von Auswanderern in Argentinien unter dem Namen Otto Koehler zur Welt, wo sich die Familie ein neues, einfaches Leben aufbauen wollte. Nach dem Unfalltod des Vaters kehrte die Mutter 1906 mit den Kindern nach Berlin-Charlottenburg zurück. Sie lebten in Armut; der zweite Lebensgefährte der Mutter fiel als U-Boot-Matrose im Ersten Weltkrieg, und Otto mußte schon als Kind mitverdienen, indem er vor der Schule Milch austrug. Die Folge waren schlechte Noten – außer im Zeichnen. Glücklicherweise blieb sein Talent nicht unentdeckt: Ein fortschrittlicher Zeichenlehrer nahm ihn in eine Gruppe der begabtesten Schüler Berliner Volksschulen auf, denen er Unterricht erteilte.

Mit Beginn einer Lehre als technischer Zeichner in einer Maschinenbaufabrik fing der Junge an, sein Leben politisch zu begreifen. Die Entlassung eines Lehrlings, der sich für den Achtstundentag einsetzte und eine Kundgebung mit Karl Liebknecht gaben äußere Anstöße. Karl Liebknecht sollte ihn später über Jahre künstlerisch beschäftigen. Der kommunistische Schriftsteller Klaus Neukrantz wies Otto 1923 den Weg zum Weimarer Bauhaus, wo er jedoch nur ein Jahr blieb. So verdiente er seinen Lebensunterhalt in einer Werkgemeinschaft bei Berlin und studierte in der Freizeit mit Anspannung als Autodidakt Kunst. Die Sicht von unten auf die Gesellschaft führte zu sozialem Engagement: 1926 trat er in die „Rote Hilfe“ ein, 1928 in die KPD, 1929 in die Berliner ASSO, die politische Kampforganisation der Künstler. Ab 1933 arbeitete

mit dem Werbegrafiker Peter Pewas in der gleichen Widerstandsgruppe, bis 1934 die Verhaftung durch die Gestapo folgte. Nach neun Monaten kam er noch einmal davon, mit einem verletzten Wirbel, der ihm lebenslang Schmerzen bereitete. Pewas „schöpfte“ einen falschen Paß mit echtem Foto und dem Namen Theo Balden. Damit floh er im Frühjahr 1935 nach Prag. Hier traf er auf John Heartfield, das Ehepaar Wüsten und andere, mit denen er den Oskar-Kokoschka-Bund gründete, einen Zusammenschluß österreichischer und deutscher Künstler-Emigranten. Es gab damals eine starke KP in der ČSR und die deutsche Kultur rangierte gleichberechtigt neben der tschechischen und slowakischen. Das bedeutete eine große moralische Unterstützung



Ernst Busch 1965

für die in materieller Unsicherheit lebenden Künstler. So konnten zahlreiche Zeitungen erscheinen wie die „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ sowie Broschüren, die nach Deutschland geschmuggelt wurden mit dem Ziel, das faschistische System zu entlarven.

1938 halfen tschechische Genossen wie der Maler Josef Čapek Mitgliedern des Kokoschka-Bundes, im Januar 1939 bei Nacht und Nebel nach London zu fliehen.

Hier bestand zunächst Arbeitsverbot für Emigranten, England hatte genug eigene Arbeitslose. Mit Kriegsbeginn fand Balden eine Anstellung in einer Gipsgießerei, die Kitsch herstellte, wo er aber Erfahrungen im Umgang mit diesem Material sammelte: aus Gips formt man die Modelle für Bronze-güsse. Er gründete den „Freien Deutschen Kulturbund“ mit und fand günstigere

Bedingungen für seine künstlerische Tätigkeit als in Prag. 1941 zog er mit seiner ersten Frau wegen der deutschen Bomben aufs Land, nach Derby, wo ihn ein Schulmuseum einstellte. Hier konnte er kreativ sein, indem er Unterrichtmodelle herstellte, die ihm große Anerkennung einbrachten. Auch sonst war es ein Glückstreffer:

Die Leiterin organisierte mit der Art Gallery London und dem Deutschen Kulturbund 1942 die große Ausstellung „Allies inside Germany“, „Verbündete in Deutschland“, mit Belegen der antifaschistischen Opposition wie Briefen, Fotografien, Flugblättern. Nach London wurde sie in 11 weiteren Städten gezeigt. In Derby gründete Balden 1943 den „International Club“, in dem Engländer, Österreicher, Tschechen, Polen und Deutsche vereinigt waren. In einer Gruppe von etwa 100 Emigrantenkünstlern stellten 40 bis 50 regelmäßig aus, zeigten in ihren Werken die Nöte des deutschen Volkes und wurden so in relativ breiten Kreisen des englischen Volkes bekannt.

Nach 12-jähriger Abwesenheit betrat Theo Balden im Januar 1947 das zerstörte Berlin. Er arbeitete für den „Ulenspiegel“ und war ab 1950 Lehrbeauftragter an der Kunsthochschule Weißensee, bis ihn 1958 ein Herzinfarkt vorzeitig in den Ruhestand zwang und er freischaffend arbeitete.

Vor seiner Flucht war Balden beeindruckt von Ernst Barlach, Käthe Kollwitz und Wilhelm Lehmbruck, die er in seiner Weimarer Zeit kennengelernt hatte. „Barlach sprach mich nicht an – er sprang mich an“, schrieb Balden 1975. „Die Kraft, die seinen Skulpturen innewohnt, schien mir damals groß und von innen kommend“.³

Nun zeigte sich, wie nachhaltig die englischen Erfahrungen auf seine Persönlichkeit und sein Werk wirkten. Als Künstler hatte er mehr Internationalität kennengelernt als die Zurückgebliebenen, die in innerer Emigration, Illegalität oder in Gefangenschaft überlebten. Er war beeindruckt von der englischen Bildhauerkunst, die in den 40er Jahren eine Blüte erlebte; vor allem Henry Moore, dessen Weltanschauung er nicht teilte, empfand er als einen der bedeutendsten Plastiker dieser Zeit. Das Leben in einem fremden Land mit anfangs fremder Sprache und Mentalität erweiterte seinen Horizont.

Nun galt es jedoch, unter den gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen künstlerisches Neuland zu erschließen. Ursula Feist schreibt in ihrer Monografie, daß Balden damit zunächst Schwierigkeiten hatte.

Ich halte das für verständlich: Bis 1933 gab es humanistische, bürgerlich-soziale und proletarisch-revolutionäre Traditionen. Die Künstler kämpften gegen Not, Ungerechtigkeit, Krieg, gegen die bestehende Ordnung. Nun wurde der Aufbau einer antifaschistischen und später sozialistischen Gesellschaft eingeleitet. Welchen Inhalt sollten zeitgenössische Kunstwerke haben? Mit welchen Formen drückt man diesen aus? Es war eine Zeit der Suche, die Balden letztendlich mit Bravour meisterte.

In den 50er Jahren entstand in intensiver Arbeit eine Vielzahl an Bildnissen, so von Fritz Cremer und Eduard von Winterstein, vom Grafiker Johannes Wüsten, der mit 46 Jahren im Gestapo-Gefängnis starb. Die Fassungen von Ernst Busch zeigen diesen energisch, offen, nach außen gewendet, Robert Schumann dagegen erscheint empfindsam und eingeeigelt in Sorgen und Sehnsüchte. Die „Arbeitermutter“ nach dem Urbild einer abgearbeiteten Frau nannte Balden ein „generalisiertes Porträt“. Als am Weltgeschehen teilnehmender Künstler formte er Bildnisse junger koreanischer Waisenkinder, deren Schicksal ihn tief berührte, Porträts von Vietnamesen, die Plastik „Napalm“ – ein verbranntes Gesicht – sowie die Statuen „Vietnamesischer Freiheitskämpfer“ und die „Zornige Araberin“, eine Palästinenserin.

DDR-Bildhauer schufen im Auftrag der SED in den 50er und 60er Jahren bedeutende Mahnmale für die Opfer des Faschismus, Monumentalkunst, deren inhaltlich-künstlerische Höhe einmalig blieb. Dazu gehören Baldens Denkmal für die Rosenbergs 1957/60 und das Mahnmal für Karl Liebknecht, 1968 aufgestellt auf dem Markt in Luckau, wo der Geehrte im Gefängnis saß. „Strenge Porträtähnlichkeit war bei dieser Aufgabe unwichtig“ erläuterte Balden, „... in meinem Liebknecht vereinigen sich viele, Marx, Engels, Lenin. Ich wollte ihn als Personifikation der Arbeiterklasse fassen, Kraft und Dynamik zeigen, seine Aufrichtigkeit und Geradheit.“⁴ Nach 1990 wurde es hinter die Stadtmauer verbannt. Balden gelang es immer besser, die Welt von heute – die nun gestern ist – in sein Werk einbeziehen, er suchte ständig nach wirkungsvolleren, erlebnisstärkeren gestalterischen Wegen. Experimente mit konvexen und konkaven Formelementen, wie er es bei Henry Moore beobachtet hatte, mit Höhlungen und Drehungen, führten ihn zur „offenen“ Form wie beim „Zeitungsleser“ von 1967. Die Zeitung als Fenster zur Welt, das Gesicht hochkonzentriert, der Körper angespannt bis in die Fußspitzen. „Das Lesen wird förmlich zur physischen Tätigkeit, zum dramatischen Vorgang, der die ganze Persönlichkeit ... in Anspruch nimmt. Die Zeitung, plastisch transparent gemacht, wird zum Gegenspieler des lesenden Mannes, der das Gelesene mit äußerstem Interesse in sich aufnimmt, wertend, kritisch, ... ein Meisterwerk Baldens“⁵

Die humorvolle „Alte am Fenster“, die „Vogelbäume“ und viele Kleinplastiken charakterisieren Menschen in Situationen des Alltags, die als Liegende, Sinnende, Träumende eng mit ihrem Milieu verhaftet sind. Kunst soll auch Freude bereiten, glücklich machen, die sinnliche Fülle des Lebens erschließen.

Mutter-Kind-Darstellungen beschäftigten Balden immer wieder. Bergende Räume erinnern an Käthe Kollwitz' Grafik „Saatfrüchte dürfen nicht vermahlen werden“: eine Mutter hüllt ihr Kind in ein riesiges Tuch, eine andere schützt es mit Körper, Armen und Brüsten; Gleichnisse für die Verteidigung des Lebens gegen Krieg und Unmenschlichkeit. Jahre später spielen seine Mütter gelöst mit ihren Kindern, heben sie auf die Schultern, lassen sie sitzend auf ihren Beinen balancieren.

Zunehmend zeigt sich im Werk auch der unvergeßliche Eindruck der englischen Landschaft, die Baldens Verhältnis zur Natur neu begründete. Das An- und Abschwollen der Hügel, die Weiden mit Zäunen aus Steinen und die Lanes, gassenartige Hohlwege, dazu die Bäume, die ihn faszinierten und die er in Deutschland so nie gesehen hatte: „Ich habe versucht, ... meine Gestalten nach den gleichen Prinzipien zu formen, nach denen Berge, Bäume und Gräser geformt sind ... die feingliedrige Höhe eines Grases oder die stattliche eines Baumes wollten mir – im übertragenden Sinne – die geistige menschliche Höhe verdeutlichen“.⁶ Er formte Figuren, die mit großen Füßen und stämmigen Beinen fest mit der Erde verwurzelt sind und mit einem schmaler werdenden Körper sich nach oben recken – wie ein Baum, dessen Stamm, Äste und Zweige sich nach oben verzweigen.

Theo Balden war in der DDR und im Ausland (Ausstellungsbeteiligungen in Ägypten, BRD) ein anerkannter Künstler, mit Ausstellungen und Preisen geehrt, darunter mit dem Nationalpreis. Das schützte ihn nicht immer vor unsachgemäßer Kritik in Zeiten, als die Kunsttheorie in bezug auf das Verhältnis von Natur, Leben und Kunst ungefestigt war und die heute in jeder Ausstellungseröffnung, die ich erlebe, von Kuratoren meist westlicher Herkunft reflexartig als Symbol der „Unfreiheit“ in der DDR hervorgekramt und nicht historisch eingeordnet wird. Auch Kunstkritiker und die, die sich Kraft ihrer Funktion dafür hielten, mußten erst lernen, (die neue) Kunst zu verstehen. Die Formalismusdebatte hatte ihre Impulse auch in der Sowjetunion. Große Freude bereitete Balden eine Ausstellungstournee 1965 nach England über Leicester, Nottingham, Derby nach Coventry. Er begegnete alten Bekannten und seinen frühen Werken wieder und konnte eine große Werkschau Henry Moores sehen. Als man ihn bat, eine seiner Schöpfungen für eine internationale Verkaufsausstellung in London zur Unterstützung politischer Gefangener in Südafrika herzugeben, spendete er die vietnamesische „Mutter mit totem Kind“, die schmerzgedrückt ihr totes Kind beklagt. Theo Balden hinterließ ein erstaunlich phantasiereiches, bildhauerisch gekonntes,

geschlossenes Werk, welches das hohe Niveau der Bildhauerkunst der DDR repräsentiert. Verständnis für sein Werk können wir heute in offiziellen Kreisen nicht erwarten. Die Diffamierung der DDR-Kunst endet nicht, es gibt höchstens ein paar Lichtblicke, die vielleicht Achtung, aber kaum wirkliches Verstehen bedeuten. Dazu bräuchte es historisches Wissen. Wir können nur hoffen, daß seine Kunst weitgehend erhalten bleibt für spätere Generationen, die auch wieder von vorn anfangen müssen. Das Liebknecht-Forum in Potsdam ist bereits verschwunden ...

Am 30. September 1995 ist Theo Balden gestorben.

Martina Dost

Endnotes

- 1 Ursula Feist: *Theo Balden. Verlag der Kunst Dresden 1983 S. 15*
- 2 Lothar Lang: *Begegnungen im Atelier, Henschelverlag Berlin 1975 S. 48 f.*
- 3 Ursula Feist: *ebenda S. 38 f.*
- 4 Lothar Lang: *ebenda S. 50*
- 5 *Geschichte der Deutschen Kunst, Kunst der DDR 1960-1980, Seemann Verlag Leipzig 1983 S. 92*
- 6 *Ebenda S. 12*

RF-Singegruppe: In eigener Sache

Unsere RF-Singegruppe blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Allein zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nahmen wir an vier Veranstaltungen teil und brachten so unsere Entschlossenheit, im Kampf um den Frieden nicht nachzulassen, zum Ausdruck. Weitere Auftritte folgten und werden noch folgen, ob in Ziegenhals oder im September beim RFB in Heidenau.

Natürlich kommen wir auch gern zu Regionalgruppen, wenn sie mit der S-Bahn oder Regionalbahn gut zu erreichen sind. Leider haben auch unsere Mitstreiter mit Krankheit und Alter zu kämpfen, so daß wir manchmal nur in halber Besetzung und nun auch oft ohne musikalische Begleitung auftreten müssen. Daher erneuern wir hier noch einmal den Aufruf an Freunde, die gern Arbeiter- und Kampflieder singen, sich uns anzuschließen, damit wir künftig noch kräftiger unsere Stimmen gegen Kriegstreiberei und für den Frieden erheben können. Wichtig sind auch Instrumentalisten, die uns mit Gitarre, Banjo, Keyboard usw. begleiten können. Wir proben immer am 2. und 4. Mittwoch im Monat, jeweils von 11 bis 13 Uhr. Interessierte können sich an Konstantin Brandt (030-53 02 76 64) oder an mich (0151 68 51 51 56) wenden. Wir freuen uns auf Euch!

Gabi Parakeninks

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 2. September, um 16.30 Uhr spricht Thomas Loch, Freidenkerverband (Quedlinburg), zum Thema: **Thomas Müntzer, Theologe und Revolutionär, der große Bauernkrieg als Höhepunkt einer Epoche im Umbruch und historische Parallelen**
Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonntag, dem 14. September, 10.30 Uhr: öffentliche Veranstaltung anlässlich des **Internationaler Gedenktages für die Opfer des Faschismus, gestaltet vom Arbeitskreis Gedenken**
Ort: Treff 23, Saal 3, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 16. September, um 15 Uhr, spricht Dipl. Phil. Siegfried Kretschmar (Leipzig) zum Thema: **Das Aufkommen neofaschistischer Bewegungen und die Rolle der AfD**
Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 16. September, um 18 Uhr, spricht der Militärgeschichtler und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg – die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**
Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 18. September, um 15 Uhr, spricht Jörg Eisenträger zum Thema **„Uiguren unterdrückt? – Nationalitätenpolitik der VR China**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 19. September, um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Karin Kulow (Arabistin und Islamwissenschaftlerin) auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Kommunalpolitischen Forum Land Brandenburg e. V. und dem „WeltTrends e. V.“ zum Thema: **Aggression, Völkermord oder unsere Drecksarbeit? – Die aktuelle Lage und Strategien der Akteure im Nahen und Mittleren Osten**
Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 20. September, um 10 Uhr, stellt Egon Krenz seinen dritten Band der **Erinnerungen „Verlust und Erwartung“** vor und spricht zu innen- und außenpolitischen Themen.
Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 20. September, um 11 Uhr, spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland unter der neuen Regierung von CDU/CSU und SPD**
Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgelände)

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonntag, dem 21. September, um 15 Uhr: Programm Tino Eisbrenner: **„Mit Musik und Poesie für den Frieden“**
Ort: Mehrgenerationenhaus IN VIA, Danziger Straße 45 D, 18107 Rostock (Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße)

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 23. September, um 15 Uhr, gibt Stefan Natke, Mitglied der Internationalen Kommission der DKP, einen Reisebericht zum Thema: **Mit antifaschistischer Karawane im Donbass**
Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 24. September, um 18 Uhr: **Lesung aus „Grenzgänger“-Reisebericht der Autoren M. Brandt und A. Klimentov aus dem Bürgerkrieg im Osten der Ukraine (2015–2018).**
 Als Mitglieder der „Deutsch-Russischen-Seelen“ leisteten sie unter schwierigen, manchmal fast abenteuerlichen Bedingungen selbstlose humanitäre Hilfe.
Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 27. September, um 10 Uhr, spricht Wolfgang Schumann zum Thema: **Imperialismus heute – unterschiedliche Auffassungen unter kommunistischen Parteien**
Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 27. September, um 10 Uhr, spricht Eberhard Schmiedel zum Thema: **Stadtgeschichte Neubrandenburg – Konzentrationslager und Zwangsarbeit in der Ihlenfelder Vorstadt**
Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Veranstaltungen Oktober 2025

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 7. Oktober, um 16.30 Uhr, spricht der Militärgeschichtler und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg – die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**
Ort: „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 9. Oktober, um 16 Uhr spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich Engelsstraße 38, 19061 Schwerin

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 97. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 95. Geburtstag

Werner Renkwitz (Berlin) am 22. September

Zum 94. Geburtstag

Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
 Dr. Klaus Freygang (Dierhagen) am 29. September

Zum 93. Geburtstag

Gisbert Graff (Berlin) am 5. September
 Elfriede Jentzsch (Bad Schmiedeberg) am 23. September

Zum 92. Geburtstag

Eva Ruppert (Bad Homburg) am 29. September

Zum 91. Geburtstag

Lothar Ludwig (Bautzen) am 28. September
 Karl Schönlwy (Leipzig) am 28. September

Zum 90. Geburtstag

Heinz Hässelbarth (Leipzig) am 15. September
 Richard Sawatzki (Perleberg) am 24. September
 Margot Winter (Königs Wusterhausen) am 26. September

Zum 85. Geburtstag

Helge Tietze (Bautzen) am 29. September

Zum 80. Geburtstag

Maria Wendt (Leipzig) am 15. September
 Hans Müller (Dalkendorf) am 20. September

Zum 75. Geburtstag

Margit Radloff (Berlin) am 15. September
 Lothar Schulze (Zurow) am 15. September
 Peter Eisemann (Wernigerode) am 16. September
 Siegfried Ketzschmar (Zwenkau) am 17. September
 Klaus Bartl (Chemnitz) am 23. September

Zum 70. Geburtstag

Manfred Feldmann (Landshut) am 15. September

Zum 65. Geburtstag

Ruf Thomas (Villingen) am 5. September
 André Baunack (Picher) am 11. September
 Edgard Kürschner (Magdeburg) am 15. September

Zum 60. Geburtstag

Petra Rosenow (Schöneiche) am 4. September

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



Rußland will Frieden

Ich (geb. 1931) gehöre zu den nicht mehr sehr vielen, die als Kind den Faschismus direkt und intensiv erlebten und heute aus diesen Erfahrungen beurteilen und bewerten können. Ich war acht, als der Zweite Weltkrieg begann und dreizehn, als meine Geburts- und Heimatstadt Dresden in eine Feuerhölle verwandelt wurde. Dieses Erlebnis ist für mich prägend für immer. Die nach Kriegsende totale Umkehrung der Werte – die „Guten“ waren plötzlich die schlimmsten Verbrecher und umgekehrt – ein Schock, der mich bis heute mahnt, nicht dem Augenschein zu trauen, sondern nach den Gründen und Ursachen zu suchen, z.B. für die heutige Verurteilung Rußlands und das Schüren von Haß gegen dieses Land. Welche politisch-strategische Orientierung gab es auf der Konferenz in Fulton im März 1946, als Europa noch in Trümmern lag? Dann kam die Truman-Doktrin am 12. März 1947 und schließlich die Gründung der NATO, einer von den USA geführten Militärorganisation mit europäischen Staaten. Und da stellt sich keiner die Frage: Cui bono?, Wem nützt es? Es paßt alles zusammen. Sicher ist: Mit der rußlandfreundlichen Regierung der Ukraine von Janukowitsch hätte es keinen Krieg gegeben, aber mit der intensiv nach Mitgliedschaft in der NATO strebenden, faschistischen Regierung von Selenskyj schien dieser leider unausweichlich, ganz sicher zur Befriedigung der herrschenden Kreise in den USA, die ihn ja auch von Anfang an anheizten.

Rußland, das größte Land der Erde mit den meisten Rohstoffen, ist und bleibt auch in den nächsten Jahrhunderten der unmittelbare Nachbar Europas. Selbst im privaten Bereich sollte man sich, auch im eigenen Interesse, um ein gutes Einvernehmen mit ihm bemühen.

Selbstverständlich lehne ich die gegenwärtige Hochtunnelei Deutschlands nicht nur ganz entschieden ab, sondern würde auch an entsprechenden Aktionen teilnehmen, wenn mir das noch möglich wäre.

Die Aufrüstung ist nicht nur sehr kostspielig (und entzieht damit anderen wichtigen

Bereichen wie Medizin, Bildung, Kultur etc. die Mittel), sondern auch sehr gefährlich. Sie provoziert beim vermeintlichen Feind ebenfalls eine Hochtunnelei. Da sind Anlässe für eine Eskalation nicht auszuschließen. Die Begründung für dieses sehr tiefgreifende Vorgehen ist hingegen äußerst einfältig. Was könnte Rußland mit der Eroberung Deutschlands im Vergleich von Aufwand und Nutzen gewinnen? Rußland hat selbst genug und Bodenschätze. Da wäre es doch bequemer, einen guten Handel vorzuziehen. Und die Möglichkeit eines Angriffs auf Deutschland mit Rußlands militärischer Sonderoperation gegen die Ukraine zu begründen, können nur völlig Uninformierte glauben. Für mich steht absolut fest, daß Rußland in den nächsten Jahrzehnten keinen Krieg mit Europa anfangen wird, und daß es vielmehr an Frieden und guten Handelsbeziehungen interessiert ist – was auch für die EU sehr vorteilhaft wäre. Die feindliche Haltung des Westens gegen Rußland ist durch nichts zu begründen und zu rechtfertigen und es ist nicht zu fassen, daß trotzdem große Massen diesem verordneten Haß folgen!

Dr. Klaus Freygang, Dierhagen

Strategie des Westens geht nicht auf

Die gegenwärtige Situation im Ukraine-Konflikt und die Haltung der US-Administration dazu, macht es nachvollziehbar, daß am 18.8.25 Selenskyj und führende Politiker westlicher Länder, einschließlich Ursula von der Leyen, am Verhandlungstisch von Präsident Trump saßen und um weitere Unterstützung bettelten. Alles andere als ein Erfolg hätte schwerwiegende Folgen für das westliche Bündnis und die einzelnen Länder im besonderen. Nach drei Jahren Krieg zeigen sich verheerenden Auswirkungen auf die Wirtschaft, die zum Teil den Bach runtergeht bzw. fluchtartig das Land verläßt. Die meisten Kommunen pfeifen finanziell aus dem letzten Loch und wissen schon jetzt nicht mehr, wie sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen sollen.

Diese Situation haben NATO und EU selbst heraufbeschworen. Sie haben 2022 Selenskyj dazu überredet, den unterschrittsreifen Vertrag mit Rußland nicht anzuerkennen, statt dessen den Krieg fortzusetzen. Man war guter Dinge und meinte, Rußland militärisch, wirtschaftlich und finanziell in die Knie zwingen zu können. Einmal mehr hat man die entstandene internationale Lage vollkommen falsch eingeschätzt. Nach nunmehr drei Jahren Krieg und Sanktionspaketen ohne Ende zeigt Rußland keine Schwächeanfänge, aber der Zusammenhalt in der EU beginnt zu bröckeln.

Unter Berücksichtigung der Geschichte ab 1990 den Russen vorzuwerfen, sie hätten alles Vertrauen in den Westen verspielt, ist gelinde gesagt, schon ganz schön unverfroren. Wenn ein Land kein Vertrauen mehr in westliche Versprechen und Verträge haben kann, ist es Rußland. NATO-Osterweiterung

seit 1990, Minsk I und II, Istanbul, Nichteinhaltung des 2 + 4-Vertrages etc. sprechen eine klare Sprache. Weil das so ist, versteht Trump auch Putins Forderung: keinen Waffenstillstand, sondern Friedensverhandlungen. Eines ist jetzt aber auch klar: Die nun von Rußland geforderten Bedingungen werden die Ukrainer weitaus schmerzlicher treffen, als es der Vertrag vom Frühjahr 2022 gewesen wäre.

Daß der Westen lieber einen Waffenstillstand bevorzugen würde, ist nachvollziehbar – man könnte weiter Waffen liefern. Bei einem Friedensvertrag bleibt man voraussichtlich auf einem gewaltigen Berg Waffen sitzen, den man bestellt hat und der bezahlt werden muß.

Ralf Kaestner, Bützow

Militärausgaben statt Sozialausgaben senken

Der Landkreistag fordert, die Sozialleistungen zu kürzen, wird unlängst in der „Schweriner Volkszeitung“ mitgeteilt. Mit dieser Forderung zäumt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages das Pferd vom falschen Ende her auf. Dringend notwendig ist es, die Militärausgaben radikal zu reduzieren. Die Militärausgaben sollen 86 Milliarden Euro in diesem Jahr und im Jahr 2025 dann 215 Milliarden Euro betragen, je Einwohner 2559 Euro.

Die 1891 Abgeordneten des Bundestages und der Landtage sollten ihr „Versicherungsfrei“ aufgeben. Auch mehr als 5,3 Millionen Beamten sollten zur Gesundung der Finanzen mit einbezogen werden.

Wilfried Schubert, Güstrow

Nur Lug und Trug

Die derzeitige Regierung unter Kanzler Merz ist voll auf Krieg getrimmt. Erst wurde noch der alte Bundestag genutzt, um fast eine Billion Euro für Militär und Infrastruktur (dient auch dem Militär) aufzunehmen. Wer soll denn mal die sicher nicht zinsfreien Schulden bezahlen? Eine weitere Täuschung bzw. Nichtaufklärung der Bevölkerung sind die nun vom NATO-Gipfel festgelegten 5 % des BIP eines jeden Landes des sogenannten Verteidigungsbündnisses für Militärausgaben. Was sind denn 5 % des BIP, mag einer dabei denken? Das klingt sehr wenig, aber lassen wir Zahlen sprechen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der BRD betrug 2024 4,31 Billionen Euro. 5 % davon sind 215,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundeshaushalts betragen 2024 440,634 Milliarden Euro. Verteidigungsausgaben sind Bundessache. Die 215,5 Milliarden Euro müssen aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden, das sind 48,8 %. Das hat uns keine Regierung vorgezeichnet, der Bürger könnte anfangen, sehr unbequeme Fragen stellen. Erst hier wird deutlich, welche Riesensummen in die (Auf-)Rüstung fließen sollen. Deutschland soll laut Merz und Pistorius die stärkste Armee der EU vorhalten. Das ist nicht Herstellung der

Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, sondern die Beteiligung an einer maßlosen Aufrüstung der NATO gegenüber Rußland. Und alle nehmen diese Machenschaften so einfach hin? Ist das im Sinne der deutschen Bevölkerung? Zum Schluß sind wir es, die u.a. über erhöhte Steuern die ganze Aufrüstung bezahlen müssen.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Gibt es eine Alternative zum Frieden?

Egal ob Ostermarsch, Mahnwachen, Protest gegen NATO-Manöver oder den Bundeswehrtag, das Bild gleicht sich in Rostock, Stralsund und anderswo. Die Protestierenden bleiben unter sich. Hat denn jeder Trupp hier eine eigene Idee vom Frieden, eine Idee, die sich grundsätzlich von den anderen unterscheidet? Liest man die Losungen auf den Bannern und Transparenten, ist ein Unterschied nicht erkennbar. Zumindest eint hier die Erkenntnis der Notwendigkeit zum Handeln.

Inzwischen lassen die Kriegstreiber und Lobbyisten des Kapitals, flankiert von den Lohnschreibern des Todes, die Korken knallen. Die Rendite stimmt und es ist nicht abzusehen, wann eine Kursänderung eintreten wird. Dem Volk wird eine drohende Gefahr erklärt, Kriegstüchtigkeit eingefordert. Manöverspiele und Schautage von Kriegsgerät tun das ihrige. Die Geschichte lehrt, wer bezahlt und den Blutzoll liefert. Die Leichensäcke sind gerade nachbestellt worden vom Bundeswehrbeschaffungamt. Eine vom Friedensbündnis Norddeutschland durchgeführte Online-Konferenz „Die Ostsee – ein Meer des Friedens“ am 14.6.2025 bestätigte die Situation länderübergreifend. Die Mehrheit der Bevölkerung will keine Kriegsvorbereitung durch Hochrüstung und sieht auch eine reale Kriegsgefahr.

Aus der hemmungslosen Russophobie entsteht aber auch Angst. Ausgrenzung und Vereinzelung sind die Folge. Nicht zu übersehen war in Stralsund z.B., wohin das führt. Man sollte sich fragen: Wem nützt diese Zersplitterung?

Zum Frieden, einem friedlichen Leben zwischen den Völkern, gibt es keine Alternative. Es ist die Aufgabe der Friedensbewegung, lagerübergreifend und parteiunabhängig für den Frieden zu kämpfen. Gut beraten ist, wer sich hierbei auf Geschichtswissen und dialektisches Denken stützen kann.

Uwe Borg, Rostock

Sozialkosten

Kaum an der Regierung und schon der Griff auf zahllose Milliarden für Krieg, Rüstung und mehr Krieg. Kaum an der Regierung und schon der Griff tief in die Taschen der Ärmsten und die Kassen der Sozialleistungen. Ist das allen so neu?

Sozialkosten sind den deutschen Regierenden in allen täuschenden Farbgebungen immer und zu jeder Zeit zu hoch gewesen. Rüstungsausgaben und Subventionierungen

oder Entlastungen des Großkapitals, der Konzerne sind noch nie als zu hoch bejammert worden. Ja, die Kosten, Kosten, Kosten, die Löhne, die Mindestlöhne noch schlimmer und vor allem staatliche Leistungen für Hartz, Bürgergeld, für alle Menschen, die nicht der Faulheit wegen auf soziale Leistungen angewiesen sind, die trotz Arbeit „aufstocken“ müssen, die vom Lohn durch eigene Arbeit nicht leben können, Menschen, die gesundheitlich wie familiär daran gehindert sind, in Lohnarbeit zu sein oder einfach dem „Arbeitgeber“ nicht passend und leistungsfähig genug scheinen. Ja, die Kosten. Und weshalb wird nie geredet, geschrieben, gefordert, nicht so gierig zu sein, mit bescheideneren Profiten zufrieden zu sein, auch mal Profite zu senken für einen starken Staat, der seine soziale Verantwortung und Grundkompetenz wahrnehmen kann. Warum wird nur die Lohnseite betrachtet und nie die Profitseite, nur die Armut größer und größer gemacht, nie der wachsende Reichtum von immer weniger Superreichen der Betrachtung unterzogen, vor allem die Frage gestellt welche eigene Leistung den Reichtum „erarbeitet“? So genau und allseitig wollen deutsche Regierende nie das Thema ökonomisch beleuchten und schon gar nicht diskutieren. Warum wohl nicht? Könnten nicht unter den Millionen Lohnabhängigen bis zu denen, die auf staatliche Leistungen bis zur Wohltätigkeit angewiesen sind, dazu noch der Faulheit, Arbeitsunwilligkeit, des Schmarotzertums bezichtigte werden, mal einige helle Köpfe, gute Rechner, Beobachter und wirtschaftlich Denkende der Frage nachgehen, wie das alles sein kann – die einen ohne Arbeit reich und reicher werden, die anderen mit mehr und mehr Arbeit und längerer Lebensarbeitszeit immer zahlreicher von relativem Wohlstand in Armut fallen und vom Armutsstand bedroht sind? Dem Geheimnis auf die Spur zu kommen, wie ganz legal in dieser Marktwirtschaft, dem Staat und Gesellschaft der „Arbeitgeber“, die scheinbar Gebenden, die Wohltäter ohne eigne Arbeit zu ihrem Wohlstand und Reichtum kommen, von wessen Leistung sie mehr oder weniger gut leben können? Wie geht das, wenn Millionen „Arbeitnehmer“ nur die Nehmenden sind, dankbar sein müssen, so ein „Arbeitgeber“ ihnen großzügig Arbeit gibt? Die Fragen sind so alt wie die Marktwirtschaft selbst. Antworten will keiner dazu. Die Antworten, die es gibt, stehen unter höchstem Verbot, Verschwiegenheit und allen demagogischen, verlogenen Vernebelungen.

Roland Winkler, Aue

Zweierlei Maß

Der Überfall Israels auf den Iran, wie wir das Regime auch beurteilen mögen, ist ein völkerrechtswidriger, verbrecherischer Angriffskrieg. Das wird so nicht gesagt. Der Krieg Rußlands gegen die Faschisten in der Ukraine bekam neben dem Attribut „unproviziert“ diese Bezeichnung sehr

wohl sofort. Für mich ist immer wieder erstaunlich, wie das in den „Qualitätsmedien“ durchgesetzt und wie das von der Bevölkerung geschluckt wird. So einfach wird der große Krieg gegen Rußland wieder vorbereitet! Kann man die Völker wirklich in jede gewollte Richtung manipulieren?

Zum Glück gibt es noch Medien wie den „RotFuchs“, die dagegenhalten!

Dieter Voigt, Berlin

Ein „absurder Vorschlag“

Trump ist und bleibt unberechenbar, da ist seine Zollpolitik, er hat bombardiert mit stärkster Vernichtungskraft, ohne Rücksicht auf Menschenleben. Er unterstützt das Massaker an Palästinensern, obwohl wegen Kriegsverbrechen gegen Benjamin Netanjahu ein Haftbefehl vorliegt. Wenn da in aller Weltöffentlichkeit Netanjahu den US-Präsidenten für den Friedensnobelpreis vorschlägt, ist das „ein absurder Vorschlag“, so wie das ein Kommentator treffend darlegt. Ein ganzes Volk muß hungern, es wird getötet und aus Gaza vertrieben. Das ist eine planmäßige Auslöschung der Bewohner! Zur Vorgeschichte: Tatsächlich ignorierte die israelische Regierung UN-Resolutionen und das Völkerrecht. Seit 2005 akzeptiert Hamas die Zwei-Staaten-Lösung, hat nicht die Vernichtung Israels zum Ziel, es geht um die Beseitigung des Besatzungsstatus Palästinas. In dieser Auseinandersetzung hat Israels Regierung ohne Gnade bis heute ein Trümmer-Meer mit zigtausend Toten und Verstümmelten vorzuweisen. Daß sich hier Regierungen des Westens und besonders Deutschland durch finanzielle Unterstützung an Israel mitschuldig machen, wird ignoriert. Vorwürfe werden Demonstranten gemacht, die sich für Frieden, gegen den Palästinensermord einsetzen. Regierungen verteidigen ihren Kriegskurs. Menschenverstand ist da nicht mehr im Spiel. Mich wundert es nicht, wenn als nächster Anwärter für den Friedenspreis Netanjahu vorgeschlagen wird. Da frage ich, wird unsere Zukunft von Wahnsinnigen bestimmt, mit allen Rechten für den Stärkeren?

Ernst Jager, Panketal

„Großisrael“ und die deutsche Staatsräson

Ein normal denkender und ein wenig in der Geschichte bewandeter Mensch stellt sich die Frage, was eigentlich das angestrebte „Großisrael“ so gravierend vom ehemaligen Großdeutschland unterscheidet? Die aggressiven, landnehmenden und kriegerischen jüdischen Israeliten gebärden sich nicht wesentlich anders als die damaligen deutschen Faschisten, mit dem Unterschied, daß die Verbrechen der Deutschen mit dem Völkermord an den Juden im 2. Weltkrieg mit nichts in der Welt zu vergleichen sind. Was macht aber Israel seit Jahrzehnten mit den Palästinensern? Landraub, Morde an Zivilisten, Zerbomben ganzer Städte ohne

Rücksicht auf Verluste. Allein 40 oder 50 000 Tote in Gaza, anlaßlose und mit Lügen untersetzte Bombardierung des Iran usw. Deutschland mit seiner unmöglichen Staatsräson sitzt zunehmend zwischen den Stühlen. Was glaubt die deutsche Regierung eigentlich, wie das von der Weltbevölkerung aufgenommen wird?!

Israel trägt den Holocaust als Wirtschaftsmodell seit Ende des 2. Weltkrieges wie eine Monstranz vor sich her. Das, was den vorangegangenen Generationen jüdischen Glaubens von den deutschen Faschisten angetan wurde, rechtfertigt heutige Generationen nicht, das Leben der Palästinenser auszulöschen.

Der Schuldkomplex der deutschen Nachkriegsgenerationen verkehrt sich ins direkte Gegenteil, wenn sie die aktuellen Gewaltverbrechen der Israelis nicht als Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung geschichtlich einordnet und bewertet. Deutschland wird damit in der Welt mit jedem Tag unglaubwürdiger.

Reiner Neubert, Berlin

Wer kann helfen?

Liebe „RotFuchs“-Freunde, ich wende mich heute mit einer Bitte an Euch. In über 20 Jahren haben die Stapel der „RotFuchs“-Hefte bei mir eine beachtliche Größe angenommen. Ab einem bestimmten Alter kam nun die Überlegung auf, was passiert damit, wie kann es noch nutzbringend verwendet werden. Ich habe es nicht fertiggebracht, die Hefte zu entsorgen. Aber wie nun platzsparend für Interessierte, auch der nächsten Generation, aufbewahren und weiterreichbar machen? Ich entwickelte den Gedanken, die gehüteten Exemplare jeweils eines Jahrganges zu Büchern binden zu lassen. Eine engagierte Buchbinderin fand ich erstaunlich schnell und mit Hilfe von treuen „RotFuchs“-Freunden konnte ich bereits meine Sammlung ergänzen. Stattliche Bücher in hervorragender Bindung konnten dadurch bereits fertiggestellt werden. Leider fehlen für mein Projekt noch einzelne Exemplare. Nun frage ich Euch, wer kann mir folgende, noch fehlende Exemplare zur Verfügung stellen, um auch diese Jahrgänge zu komplettieren? 8/2004; 11/2006; 7/8-2009; 12/2010; 1/2012; 8/2012; 2/2014; 3/2014; 1/2022

Es ist übrigens spannend, in früheren Heften zu lesen. Viele Autoren und ihre Texte waren sehr weitblickend mit Themen, die den heutigen Zustand der Welt berühren und erklären. Mein Enkelsohn äußerte bei Ansicht der ersten fertigen Bücher: „Das sind ja hervorragende und interessante Geschichtsbücher ...“

Hans Ludwig, Wildau

„Hätte, hätte, Fahrradkette ...“

Die politischen Inhalte im Interview mit Alexander King und dem Inhalt des Beitrags „Demokratiefeindlich und unfair“ sind ja

alle richtig, allein: eine selbstkritische Bewertung, dass das BSW sich hier mit seiner restriktiven und überängstlichen Mitglieder-Aufnahmepolitik auch selbst ein Bein gestellt hat, fehlt bis heute und wird auch bei King im zweiten Teil seines Interviews nur sehr zart angedeutet. Warum stellt sich eigentlich bis heute die BSW-Spitze nicht hin und sagt: „Da haben wir einen entscheidenden, wahrscheinlich wahlentscheidenden Fehler gemacht?“

Tausende nicht beschiedene Aufnahmeanträge, die über 10 Monate und länger nicht positiv beschieden wurden, haben eine Masse Frust erzeugt, weil sich darin auch eine Geringschätzung von Willigen zeigte. Dabei wissen erfahrene Wahlkämpfer, dass jedes neue Mitglied 3 und mehr Sympathisanten als Stimme mitbringt. Leider führte dieser Fehler der Führung zu einem äußerst knappen Verpassen des Wahlzieles.

Die restriktive Aufnahmepolitik hat, wie wir heute wissen, auch nicht verhindert, dass es Fehler bei der Aufnahme und auch Abtrünnige gegeben hat, die vorher – offensichtlich mit Fehlern im „Prüfverfahren“-BSW-Mitglieder waren.

Würde das BSW sich endlich mit den Fehlern der Vergangenheit offen auseinandersetzen, wäre auch der positive Ausblick von King am Schluß des Interviews mehr berechtigt.

Andreas Thomsen, Oldenburg

Der Internationale Kindertag und mein „Hauptgewinn“

An den Internationalen Kindertag, über den der RF in seiner Juni-Ausgabe berichtete, habe ich eine ganz besondere Erinnerung. Sie betrifft den 1. Juni im Jahr 1958. Wir versammelten uns an diesem Tag auf dem Sportplatz des Ortes. Alle Kinder hatten sich mit einer selbst gestalteten Postkarte, auf der auch der Absender stand, darauf vorbereitet. Jedes Kind bekam einen vorher mit einem Gasgemisch gefüllten Luftballon. Daran wurden die Karten befestigt und die bunten Ballons stiegen über die ringsum befindlichen Berge in den strahlend blauen Himmel unserer erzgebirgischen Heimat. Schon Tage später trafen erste Meldungen zu zahlreichen Funden in der näheren und weiteren Umgebung ein. Mich traf der „Hauptgewinn“. Mein Ballon flog bis nach Tschechien und wurde von einem sieben Jahre älteren Mädchen, ich war damals gerade neun, im Garten des elterlichen Wohnhauses in Prag gefunden. Es war der weiteste Ballonflug der gesamten Schülerschaft. Wir haben uns regelmäßig geschrieben und auch gegenseitig besucht. Beispielsweise nahmen Alena und ihre Mutti an meiner Jugendweihe teil. Großen Wert haben wir in unserem Land auf die sinnvolle Feriengestaltung der Kinder insgesamt gelegt. Bis weit in die 60er gab es für Beschäftigte nur ganze zwei Wochen Urlaub. Und so waren die Schulen für die Organisation und Durchführung von dreiwöchigen Ferienspielen (pro Kind) unter

Leitung der Lehrer verantwortlich. Pro Woche war dafür nur eine Mark (!) zu bezahlen. Die ganztägige Betreuung, das Mittagessen, Gestaltungs- und Bastelmaterialien, Besuch des nahegelegenen Sommerbades, Eintrittsgelder für Kino, Ausstellungen ..., Fahrgelder ... – alles inbegriffen.

So waren die gesamten Sommerferien durch die Angebote der Betreuung der Kinder organisiert. Schließzeiten für Kindergärten gab es, wie heute üblich, ohnehin nicht.

Meine Schwestern und ich denken gern an unsere dreiwöchigen Aufenthalte während der großen Sommerferien in den unterschiedlichsten Gegenden unseres Landes zurück, die wir als Kinder der Beschäftigten des Kühlturms für einen „Unkostenbeitrag“ von 15 Mark für An- und Abreise, Gesamtverpflegung, Unterbringungskosten, Besuch von Ausstellungen, Ausflüge in die Umgebung, Museums- und Ausstellungsbesuche, Eintritt für Schwimmbäder etc. jährlich verbringen durften. Die Betreuung der Kindergruppen übernahmen angehende Lehrerinnen und Lehrer. Das Werk hatte da einen guten Draht nach Rochlitz. Eine Teilnahme war nach Ende der 3. Klasse und bis nach Ende der 8. Klasse möglich. Eine besondere Erlebnis- und Unterbringungsmöglichkeit hatten clevere Mitarbeiter des Sozialbereichs des Werkes ab 1974 in Berlin gefunden: das Kinderheim „Makarenko“ in der Kiefholzstraße in Berlin-Treptow. Dafür durften die dort lebenden Kinder drei Wochen Ferien im Schulungsheim des Werkes im Erzgebirge, gesponsert vom Betrieb, verbringen.

Dagmar Neubert, Berlin

Gedenken an den 22. Juni 1941

*geschrieben am 22. Juni 2025 von unserer RF-Leserin **Beate Bölsche** (93), Beetzsee*

Heute
vor 84 Jahren
überfiel
Deutschland
die Sowjetunion.
Das Deutschland
von heute hetzt
gegen die Russen.

Es ist wie damals –
Tausend Angstwürmer
kriechen immer noch,
wenn mittags die Sirene geht.
Ohnmächtig saßen wir
im Keller, im Bunker,
ohne Schutz.
Man will sie wieder
fit machen
zu neuerlichem „Schutz“.
Ich war 14 damals.
Ich will das nicht wieder erleben.
Das schwor ich für alle Zeit.

Die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki mahnen zum Frieden

Erklärung der Teilnehmer am Gedenken im Friedrichshain am 6. und 9. August 2025



Vor 80 Jahren erlebten die Menschen in den Städten Hiroshima und Nagasaki das unbeschreibliche Grauen von zwei Atombombenabwürfen. Seither warnen uns die Überlebenden dieser Katastrophe vor den Folgen des Einsatzes von Nuklearwaffen. Unser Gedenken gilt dabei nicht nur den zigtausend Toten als Folge der Abwürfe, sondern zugleich den vielen an den Spätfolgen der Atombombeneinsätze leidenden Menschen, bekannt als Hibakusha. Ihr Vermächtnis nach Frieden und Abschaffung aller Atomwaffen ist uns Verpflichtung. So bleibt das Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe untrennbar mit der Mahnung vor den Gefahren durch die immer noch zahlreich bereitgehaltenen atomaren

und anderen Massenvernichtungswaffen auf der Welt verbunden.

Experten des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI gehen aktuell von rund 12 241 Atomsprenköpfen weltweit aus. Die Arsenale der neun Atommächte werden weiter modernisiert und ausgebaut. Die Gefährdungen durch zum Teil in unmittelbarer Einsatzbereitschaft gehaltenen Atomwaffen liegen einmal mehr in technischem und menschlichem Versagen.

Die Doomsday-Clock zeigt 89 Sekunden vor 12!

Deutschland wird zunehmend zur Drehscheibe der NATO ausgebaut und strebt an, sich

atomar zu bewaffnen. Das würde eine eklatante Verletzung des 2+4-Vertrages sowie des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages bedeuten und diesen endgültig zerstören. Angesichts der vielen Konflikte und Kriege auf der Welt, erinnern wir daran, daß die weitere Eskalation bewaffneter Konflikte in einen gegenseitigen Vernichtungskrieg münden kann.

Die Friedensglocke im Friedrichshain ist ein bedeutungsvoller Ort in Berlin, an dem sich über die Opfer von Hiroshima und Nagasaki hinaus auch der Schicksale all jener Menschen erinnert wird, die Krieg und bewaffnete Auseinandersetzungen in Europa, im Nahen Osten, Afrika oder anderswo erleben müssen.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!
- Nein zur Wehrpflicht!
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft und damit keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter den Mantel der Kriegstüchtigkeit!
- Beendigung von Rüstungsexporten und gegen Waffenproduktion für Drittstaaten!
- Eine europäische Sicherheitsordnung unter Einschluß Rußlands!
- Endlich den Beitritt zum Atomwaffenverbotvertrag!

Atomwaffen schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern sind ein Risiko für die Existenz der Menschheit!

Anja Mewes

Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

Vorsitzende

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das Oktober-Heft ist der 29. August.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXC

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.